

# Sachsen braucht einen Mietendeckel



Bild von Free-Photos auf Pixabay

**Links!**  
im Digitalabo. Jede  
Ausgabe schon drei Tage  
früher im Mailpostfach!

Jetzt kostenlos bestellen:  
[www.links-sachsen.de/abonnieren](http://www.links-sachsen.de/abonnieren),  
[aboservice@links-sachsen.de](mailto:aboservice@links-sachsen.de)  
oder 0351/84 38 9773.

# Links!

Politik und Kultur für Sachsen, Europa und die Welt  
Mai 2019

Das Thema Bezahlbare Mieten ist in aller Munde. Anfang April waren deutschlandweit mehr als 55.000 Menschen für bezahlbare Mieten und gegen Spekulation auf der Straße. Auch in Sachsen haben mehrere tausend Menschen demonstriert. Für das Berliner Volksbegehren „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ wurden die ersten 20.000 Unterschriften innerhalb weniger Tage gesammelt. Derweil bekommen es die Wohnungskonzerne sowie konservative und liberale Politikerinnen und Politiker und auch Medien mit der Angst zu tun und fahren regelrechte Kampagnen gegen das Volksbegehren. Der entfesselte Wohnungsmarkt sorgt für immer lauter werdende Proteste und in der Folge bekommt das neoliberale Dogma des freien Marktes immer größere Risse.

Es ist also höchste Zeit, progressive und mutige politische Forderungen zu stellen – gerade für unsere Partei, gerade in Zeiten des Wahlkampfes. Auch wenn in Sachsen noch keine Mieten wie in München oder Berlin gezahlt werden müssen, so ist der Mietenwahnsinn doch auch hier angekommen. In Leipzig stiegen die Mieten in den letzten acht Jahren um 36 Prozent, in Dresden in zehn Jahren um 35 Prozent. Und auch in den umliegenden Mittelzentren ziehen die Mieten spürbar an. Die Folge ist, dass immer mehr Menschen einen immer höheren Anteil ihres Einkommens für die Miete ausgeben müssen.

Dieser Trend muss gestoppt werden und es ist Aufgabe der LINKEN, sich dieser sozialen Frage anzunehmen. Mit unserem wohnungspolitischen Konzept haben wir im Dezember die programmatische Grundlage gelegt, uns auch in Sachsen als Partei der Mieterinnen und Mieter zu etablieren. Jetzt müssen wir zeigen, dass wir es ernst meinen, und einen Mietendeckel für Sachsen fordern. Die Bestandsmieten sollen nur noch im Rahmen der Inflationsrate, jedoch maximal um zwei Prozent jährlich erhöht werden dürfen. Die Mietentwicklung wird damit an die sonstige Preisentwicklung gekoppelt und dem freien Spiel des Marktes entzogen. Die Deckelung der Mieten wäre ein großer Schritt gegen den Mietenwahnsinn und für zehntausende Mieterinnen und Mieter eine echte Verbesserung ihrer Situation. Für Neuvertragsmieten muss auch in Sachsen endlich die Mietpreisbremse gelten – und zwar überall, ohne Ausnahmen. Aktuell gilt sie gar nicht und die Regierung weigert sich auch beharrlich, sie einzuführen. Selbstverständlich brauchen wir dabei eine echte Mietpreisbremse, die ihren Namen verdient und Mieterhöhungen oberhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete ausschließt.

Die Zeit ist reif, Mietwucher und Spekulation etwas entgegen zu setzen. Ein Mietendeckel ist dabei ein wichtiger Schritt. Lasst uns dafür kämpfen – für die Mieterinnen und Mieter in Sachsen.

• Caren Lay

ISSN 2193 682X



9 772193 682004

# Es geht alle an!

Ralf Richter hat die Gewerkschafterin *Dorit Hollasky* dazu befragt, wie sich die Bedingungen in der Pflege verbessern lassen

Dorit Hollasky, Sprecherin der ver.di-Betriebsgruppe im Städtischen Klinikum sowie des „Bündnisses für mehr Personal in der Pflege und im Krankenhaus“, gehört zu den Organisatoren des zweiten „Walk of Care“, der am 12. Mai – dem Tag der Pflege – um 15 Uhr auf dem Dresdner Albertplatz startet.

**Die Politik hat das Thema Pflege lange links liegen lassen – ins Bewusstsein kamen die Probleme mit dem Auftritt des Azubis Alexander Jorde. In der ARD-Wahlarena 2017 machte er die Kanzlerin auf die Missstände aufmerksam. Wie fanden Sie seinen Auftritt?**

Das war schon beeindruckend. Für uns, die wir mit dem Thema bestens vertraut sind, hat er nichts Neues gesagt. Es ist ihm aber gelungen, die Missstände so anzusprechen, dass es wie ein Weckruf wirkte und vielen die Augen öffnete.

**Am 26. Mai wird wieder gewählt und Sie wollen zuvor erneut darauf aufmerksam machen, dass es trotz einiger Reformversuche noch immer nicht rund läuft.**

Unsere Forderungen sind: Weg mit den Fallpauschalen, für eine gesetzliche Personalbemessung, keine Privatisierungen im Gesundheitswesen, mehr Geld für Pflege statt für Rüstung – unter anderem.

**Was ist das Hauptproblem?**

Mit dem Fallpauschalensystem ging eine Ökonomisierung des Gesundheitswesens einher. Seither steht im Mittelpunkt nicht mehr die Gesundheit des Menschen, sondern der Profit. Seit der Einführung der Fallpauschalen wurden bundesweit 65.000 Stellen für Pflegekräfte abgebaut. Inzwischen gibt es in privaten Kliniken eine Art Wettbewerb: Wer schafft es mit dem geringsten Personalaufwand, die – aus wirtschaftlicher Sicht – lukrativsten Fälle schnellstmöglich zu behandeln? Wer in diesem Wettlauf nicht vorn liegt, gerät unter Druck, als Klinik privatisiert zu werden.

**Hat der Gesundheitsminister nicht schon ein wenig Abhilfe geschaffen mit den versprochenen 13.000 Stellen in der Altenpflege?**

Das ist ein Tropfen auf dem heißen Stein – denn es sind wie gesagt 65.000 Stellen abgebaut worden. Es fehlen Pflegekräfte, Altenpfleger, Therapeuten, medizinische Assistenten und Ärzte beiderlei Geschlechts. Darunter leiden letztlich die Patienten und damit auch deren Angehörige. Hinzu kommt: Kaum ein Krankenhaus zahlt den Tarif des öffentlichen Dienstes. Im Ergebnis ist das Personal überlastet und unterbezahlt.

**In der Pflege ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad nicht besonders hoch. Was kann gewerkschaftlich erreicht werden?**

In der Öffentlichkeit gehen Erfolge unter oder werden schnell vergessen. Ich erinnere daran, dass bereits 2015 die Berliner Charité Vorreiterin war und Entlastung erkämpfte. Es kam zwar zu keiner gesetzlichen Regelung, aber immerhin wurden in einem Tarifvertrag – den ver.di mit den Kollegen durchsetzte – Mindestbelegungen auf den Stationen festgeschrieben. Eine Bewegung gegen den Pflegenotstand ist also schon vor



ver.di-Aktivistin Dorit Hollasky (in der gelben Weste)

2015 entstanden und erzielte erste Erfolge – allerdings nicht für alle Beschäftigten, sondern nur für einen sehr kleinen Teil. Die Gewerkschaften müssen sich endlich wieder als Organisatoren der Arbeiterklasse begreifen und kämpferische Forderungen aufstellen, denn nur so sind die Massen zu mobilisieren.

**Wenn man mit Bezeichnungen wie „Bündnis für mehr Personal in der Pflege und im Krankenhaus“ konfrontiert wird, merkt man: Pflege geht viele Bereiche an.**

Es gibt im Wesentlichen drei Bereiche, in denen Pflegearbeit geleistet wird. Wir vom Bündnis entstammen vor allem den Einrichtungen in der Krankenhauspflege. Hier sind die Zustände für die Mitarbeiter zwar alles andere als gut, aber immer oft noch besser als in den Pflegeheimen oder bei der ambulanten Pflege.

**Sie kennen sicher Beispiele.**

Allerdings! In Pflegeheimen ist der Personalmangel insbesondere in der Nacht so groß, dass die Pflegekräfte hin und wieder gar keinen Überblick über die Gesamtlage haben. So passiert es, dass Patienten an ihrem Erbrochenen ersticken, weil niemand zum Nachschauen kommt. Wenn eine Pflegekraft über 40 Patienten in einer Schicht allein betreuen muss, ist das kein Wunder. Man muss sich auch den Wildwuchs bei den Heimen vor Augen führen, die durch unterschiedlichste Träger betrieben werden. Doch auch in Krankenhäusern ist es oft schlimm. Als sich ein Kollege von uns beim schweren Heben die Schulter brach, musste er wegen Personalmangels mit gebrochener Schulter seinen Dienst bis zum Ende versehen.

**Wer wirkt in Ihrem Bündnis?**

Wir sind ein Dresdner Bündnis. Bislang gibt es vergleichbar mit dem unseren bundesweit mindestens zwanzig Bündnisse und es bilden sich auch ständig neue. Wichtig ist, dass diese Bündnisse

keinesfalls auf Fachleute aus der Pflege begrenzt sind. Jeder kann pflegebedürftig werden oder Angehörige haben, die gepflegt werden müssen. Deshalb ist das Thema Pflege eines für die gesamte Gesellschaft.

**Mit Unterstützung von attac und weiteren Organisationen ist ein „Aufklärungsfilm“ entstanden. Sie waren dabei, als er von der Initiative „Aufstehen“ im Dresdner Coselpalais gezeigt wurde.**

Sie spielen auf „Der marktgerechte Patient“ an. Es handelt sich bei diesem Film von Leslie Franke und Herdolor Lorenz um einen „Film von unten“. Er zeigt, wie es gekommen ist, dass mit der Einführung des Fallpauschalensystems 2003 ein Systemwechsel im Gesundheitswe-

sen stattgefunden hat, was die meisten bis heute noch nicht verstanden haben. Damals wurde das Prinzip der Fürsorge durch das Streben nach Profit ersetzt. Das Ziel aller Bündnisse muss also ein Systemwechsel sein hin zu einem System, dass sich wieder am Menschen orientiert. Der Film zeigt erschreckende Beispiele, wie selbst Notfälle in großer Zahl heute abgewiesen werden und wie Menschen sterben, die bei normaler Betreuung nicht sterben müssten.

**Ein Film, den wirklich jede und jeder sehen sollte und sehen kann.**

Unter „Der-marktgerechte-Patient.org“ kann man für 20 Euro eine DVD bekommen, die eine Lizenz zur nichtkommerziellen Vorführung einschließt. So können überall Menschen bei Veranstaltungen kostenlos den Film sehen. Es braucht nur Interessenten, die das wollen

**Ich hoffe, etwa die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat den Wink verstanden. Werden Sie als Mitglied der LINKEN gut von der Partei unterstützt in Ihrem Engagement?**

Das Beispiel Gesundheitswesen und Pflege zeigt, wohin es führt, wenn der Kapitalismus in Bereiche eindringt, wo es um den Menschen und nicht um Kommerz gehen sollte. Der Mensch ist keine Ware – aber er wurde dazu gemacht. Ich könnte mir vorstellen, dass die Linken ein kostenloses Gesundheitswesen für alle hier Lebenden fordern – so etwas ist im viertreichsten Land der Erde nicht utopisch. Generell muss die Linke deutlich machen, dass sie nicht den Kapitalismus humaner machen will, sondern Alternativen ohne Profistreiben bevorzugt. Ich denke, die Partei könnte uns auf vielfältige Weise unterstützen, indem sie sich etwa dafür einsetzt, dass dieser Film überall gezeigt wird. Wenn dann noch von den Linken jemand dabei wäre, um die Diskussion zu moderieren und auf die Bündnisse für Pflege hinzuweisen ... Last but not least könnte die Linke in Dresden mobilisieren für die Teilnahme am Walk of Care am Sonntag, dem 12. Mai, ab 15 Uhr am Dresdner Albertplatz. Es geht um Gesundheit für alle!



## Falsch & Richtig

Aufgrund eines technischen Fehlers enthielt die Seite 2 unserer April-Ausgabe leider dasselbe Bild wie die Titelseite. Das dadurch verloren gegangene

Fotos unseres Interview-Partners Dr. Axel Viehweger, Vorstand des Verbandes Sächsischer Wohnungsgenossenschaften e. V., liefern wir hiermit nach und bitten vielmals um Entschuldigung.

• Die Redaktion

# Fünf Tage Bildungszeit für Sachsen

In 14 der 16 Bundesländer haben die Arbeitnehmer\*innen einen Anspruch auf jährlich fünf Tage Freistellung für individuelle Fortbildung. Nur zwei haben dies nicht, Bayern und Sachsen – wenig überraschend, bei derart konservativen Landesregierungen. Der sächsische Bezirk des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat nun eine Kampagne gestartet, um diesen Missstand zu ändern.

Die Bildungszeit beschreibt eine Freistellung von der Arbeit, unter Fortzahlung des Arbeitsentgeltes, zur Teilnahme an Weiterbildungsveranstaltungen. Die Bildungsveranstaltungen im Sinne dieser Freistellung müssen, meist von einem Ministerium, als Bildungsveranstaltungen anerkannt sein. Die Teilnahmekosten trägt man allerdings selbst.

Gemeint sind aber nicht nur Seminare zur beruflichen Fortbildung (die meiner Meinung nach so oder so in der Arbeitszeit zu gewähren und vom der Arbeitgeber\*in zu finanzieren sind), sondern auch individuelle Fortbildungen für den politischen, ehrenamtlichen, sozialen oder kulturellen Bereich.

Das umfasst zum Beispiel Sprach- und Rhetorikkurse, Computer-Schulungen, Seminare über ehrenamtliche Arbeit, wie zum Beispiel Seminare zur

Gremienarbeit im Stadtrat; Trainer- und Übungsleiterausbildungen; mehrtägige Workshops und Intensivseminare für die politische Bildung und vieles mehr.

Wem nützt es? In erster Linie ganz klar den Arbeitnehmer\*innen. Bildung stärkt auch die eigene Persönlichkeit, schafft Selbstvertrauen in die eigenen Fähigkeiten und kann behilflich sein, eigene Interessen,

auch im Betrieb, durchzusetzen. Aber auch die Arbeitgeber\*innen gehen nicht leer aus. Eine schlaue Betriebsleitung weiß, dass auch ihr gebildete Arbeitnehmer\*innen in einer sich ständig wandelnden und fortentwickelnden Industrie- und Wissensgesellschaft nutzen. Daher sollten Arbeitnehmer\*innen, die diesen Anspruch geltend machen, nicht als Kostenfaktor gesehen werden, die für bis zu fünf Tage ihre Arbeitskraft

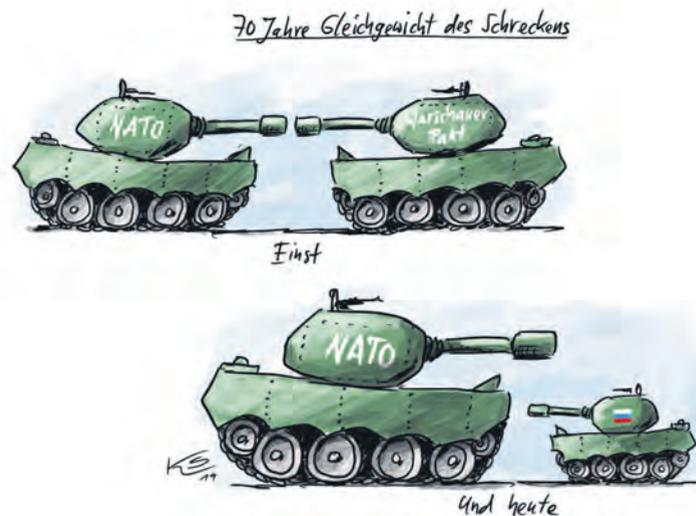
entziehen, sondern als Investition in ihren Betrieb.

Aber auch Vereine profitieren. Warum? Angenommen Frau Müller, Schatzmeisterin im gemeinnützigen Verein für Geflüchtetenhilfe, besucht während ihrer Bildungszeit einen Workshop zur Vereinsbuchhaltung. Dann profitiert am Ende auch der Verein von ihrem Wissenszuwachs.

Sogar Parteien wie DIE LINKE haben etwas davon! Viele unserer Mitglieder sind ehrenamtlich aktiv, zum Beispiel als Gemeinderatsmitglied oder sie sind als Multiplikator\*innen unserer Inhalte an Wahlkampfständen oder in Gesprächsrunden aktiv. Oftmals fehlt nach dem Feierabend oder an den wenigen freien Wochenenden die Zeit und verständlicherweise auch manchmal die Motivation, an Abend- oder Wochenendseminaren teilzunehmen. Mit der Bildungszeit könnten Genossinnen und Genossen zum Beispiel Workshops zu Rhetorik und Argumentation während ihrer Arbeitszeit besuchen, um fit für die nächste Debatte zu sein oder sich für ihre Gremienarbeit fit machen.

Was könnte besser sein, als auf dem Weg, den Kapitalismus abzuschaffen, den Kapitalismus dafür auszunutzen?

• Christopher Colditz



## Von der fliegenden Britin und der schönen Europa

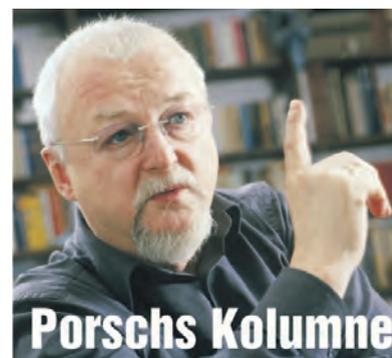
„Uns ist in alten mæren wunders vil geseit“. So beginnt das Nibelungenlied. Und wer es nicht versteht, Karl Simrock hat es übersetzt: „Viel Wunderdinge melden die Mæren alter Zeit“. Ja, das ist so. Der Märchen- und Sagenschatz der Völker und Kulturen der Welt ist voller Berichte über Wunderbares. Es ist vor langer, langer Zeit geschehen. Kein Augenzeuge lebt mehr. Keine Aufzeichnung, kein Bild gibt uns authentische Kunde von den Ereignissen. Begeben haben sie sich aber doch. Wir wissen es, weil sie weiter erzählt und weiter erzählt wurden. Freilich hat jeder Erzähler, jede Erzählerin der Anschaulichkeit und Lebendigkeit halber das Seine und Ihre und dem Publikum Gefällige hinzugefügt. Die Vorkommnisse wurden oft aus der Geschichte genauer bekannten Personen zugeordnet, von denen man indes auch nicht mehr alles wusste. Das Erzählte wurde dadurch aber glaubwürdiger. Und so kommen sie zustande, die „Wunderdinge“ der Alten. Mit dem heute Möglichen muss das nicht immer übereinstimmen.

Jetzt will ich aber eine wundersame Geschichte erzählen, die gerade be-

ginnt und erst in der Zukunft ein merkwürdiges Ende nehmen wird: Es ist ein Schiff, ein riesengroßes Schiff, das seit langem vor der Küste des europäischen Festlandes liegt. Die Mannschaft ist gut ausgebildet, in der Seefahrt erfahren. Viele Kapitäne und Offiziere lösten sich schon ab – immer erfolgreich und zeitweilig die ganze Welt beherrschend, obwohl sie ihr Schiff nie bewegten, nur mit, wenn auch gewaltigen, Beibooten in See stachen.

Das Hauptschiff lag jedoch so fest vertäut, dass es die Mannschaften, die Kommandanten und auch die backbord liegenden Europäer für eine Insel hielten. Die Stimmung auf der Insel nannte man „splendid isolation“ – „wunderbare Isolation“. Eines Tages nun entstand an Bord der Streit, ob denn das Schiff sich endgültig als unverrückbare Insel an der Seite Europas verstehen sollte und vor allem im Handel und in der Zusammenarbeit mit Europa sein Heil suchen könnte. Man wagte den Versuch. Nur, als man das geraume Zeit ausprobiert hatte, wurde ein Teil der Mannschaft und der Offiziere unzufrieden. Man wäre ja gar

nicht mehr Herr des eigenen Schiffes. Die Entscheidungen fielen ja ganz woanders und die Kapitäne sowie ein Teil der Mannschaft und der Offiziere mache das munter und von der Bequemlichkeit der Nähe der vorgebliehen Partner angesteckt einfach mit. Es kam zur Meuterei und es kam zur Abstimmung darüber, ob man denn nicht neue Fahrt aufnehmen sollte



und neuen Kurs einschlagen. Im Schiff als Ganzes gab es eine Mehrheit dafür: Losfahren und neuen Kurs aufnehmen. Damit war freilich das Problem noch nicht gelöst. Die Frage blieb offen, wie trennt man die schon so fest gewordenen Bindungen an das Festland und wohin sollte die Fahrt eigentlich gehen. Das Schiff hatte gerade eine Kapitänin. Sie wollte den Willen der Mehrheit erfüllen. Allerdings fand sie keine Mehrheiten mehr für auch nur irgendeinen Kurs der Reise. Entschlossen versuchte sie die aufgebrachte

Besatzung zu entwaffnen. Sie wollte es Vasco da Gama gleichmachen, dem die Mannschaft beim Umsegeln des Kaps der Guten Hoffnung die Gefolgschaft verweigerte. Er machte sie hilflos und schleuderte ihnen entgegen, „jetzt ist Gott der Steuermann.“ Gesagt, getan und es kam, wie es bei dem holländischen Kapitän Bernard Fokke in ähnlicher Situation gekommen war. Die Kapitänin hatte sich entschieden. Die Mannschaft und auch die betrogenen Europäer verfluchten sie. Der Fluch aber verdammt sie, mit ihrem Schiff, so groß wie eine Insel, loszufahren über alle Meere und keinen Hafen mehr zu finden. Das Festland verlor sein Gegenüber. Es war zwar immer mal noch sichtbar, jedoch nicht mehr erreichbar.

Sollte es keine Rettung mehr für Kapitänin und Mannschaft geben? Doch! Am 11. April 2019 prophezeite im Sender Bayern 3 der Weise Theo Waigel, der einst das britische Schiff fest an Europa gekettet hatte, dass mit den Jahren Schiff und Mannschaft und Kapitänin erlöst werden könnten – es würde auf dem Schiff wieder reine Liebe zu Europa aufkommen. Da ist was dran, würde sie denn erwidert. Europa ist ja in Wirklichkeit eine schöne Königstochter. Wen dabei die Kapitänin stört, der oder die denkt wie in alten mæren. Alles neu macht die May. Ähnlichkeiten mit der Geschichte vom Fliegenden Holländer sind hingegen rein zufällig.

# Zum zweiten und letzten Mal gewann ein Franzose

Ralf Fiebelkorn mit spannenden Hintergründen zur Friedensfahrt – und einer Einladung

Von 1948 bis 2004 und 2006 gehörte der Mai dem Radsport, mit der Internationalen Friedensfahrt, dem „Course de la Paix“. Im Interview mit dem „Neuen Deutschland“ antwortete der Präsident des Internationalen Radsportverbandes Anfang Mai 1969 auf die aus heutiger Sicht vielleicht abgehobene Frage: „Herr Präsident, glauben Sie, daß die Friedensfahrt – symbolisch gemeint – Züge einer Weltmeisterschaft trägt?“ – Rodoni: „Ich glaube, daß sich die Bedeutung des Rennens schon nach dieser Anfangsetappe wieder bestätigt hat. Die hochklassige Beteiligung und die große Begeisterung der Bevölkerung hebt den Wert der Fahrt Jahr für Jahr und läßt die Frage bejahen, daß sie faktisch den Charakter einer Etappen-WM trägt.“

Am Ziel der ersten Etappe jubelten 100.000 Polen dem Sieger zu. Es war ihr Landsmann Zygmunt Hanusik, der den Spurt vor dem Belgier Jean Ronsmans und dem Dänen Ole Holund Pedersen gewann. 1969 war für die Friedensfahrt besonders: Erstmals sollte das Rennen nicht durch die ČSSR führen. Die Ereignisse um den „Prager Frühling“ ließen keine sichere Durchführung der Friedensfahrt auf tschechischem Boden erkennen. So entschied das Organisationsbüro, bestehend aus polnischen, tschechischen und deutschen Mitgliedern, die Fahrt in Warschau starten und in Berlin enden zu lassen. Der tschechische Radsportverband meldete keine Mannschaft an. Nachdem die tschechische Regierung an die Organisation der Friedensfahrt mit der Bitte herantrat, doch mindestens eine Etappe über tschechisches Territorium laufen zu lassen, stimmten die Organisatoren am 8. Mai zu und änderten die Streckenführung.



Die siegreiche DDR-Mannschaft mit den Fahrern (v. l.) Axel Peschel, Manfred Dähne, Dieter Gonschorek, Bernd Knispel, Dieter Grabe, Klaus Ampler und Dieter Mickeln

Die sechste Etappe führte statt von Walbrzych nach Wrocław (152 km) nun von Jakuszyce durch die Orte Nowy Svet, Trutnov, Nachod und Beloves in der ČSSR, zurück ins polnische Wrocław. Diese Etappe gewann der DDR-Fahrer Dieter Gonschorek im Spurt vor den zwei Polen Zenon Czechowski und Ryszard Szurkowski sowie dem Franzosen Jean-Pierre Danguillaume. Wenige Tage später siegte der Franzose auf der elften Etappe beim Zeitfahren über 58 km von Wilhelm-Pieck-Stadt Guben nach Cottbus. Er übernahm das Gelbe Trikot des Führenden von Ryszard Szurkowski.

Einige Tage vor dem Start der Friedensfahrt schrieb Klaus Huhn im ND über Karriere-Chancen von ausländischen Radsportlern, die die Friedensfahrt gewonnen haben: „Wer die Friedensfahrt

gewinnt, darf sicher sein, daß sein Name nicht in Vergessenheit gerät. Ein Sieg bescherte schon manchem aus Holland, Frankreich, Belgien die lukrativsten Verträge. Der Holländer Damen kam aus der Friedensfahrt direkt in die Tour de France. Wer diese Prüfung gewonnen hat, braucht keine Prüfung mehr abzulegen, meinten die Manager eines großen holländischen Fabrikstalls und steckten Damen sofort in das Tour-de-France-Trikot.“

Auch Jean-Pierre Danguillaume ging zu den Profis. Er unterschrieb einen Vertrag bei Peugeot und fuhr bis zum Ende seiner Laufbahn in diesem Team. Dort errang er 68 Siege in acht Jahren, darunter sieben Etappen der Tour de France. Da ich mit Klaus Huhn über die Zeitung „LEIPZIGS NEUE“ und über das Radsportmuseum in Kleinmühlungen

öfter Kontakt hatte, erzählte er mir eine kleine Geschichte mit Danguillaume. Am Morgen vor der elften Etappe der 69er Friedensfahrt bat Jean-Pierre Klaus Huhn, er möge ihm zur Hälfte der Zeitfahr-Etappe die Zwischenzeit sagen. Er würde sich dafür revanchieren. Klaus Huhn tat das, ohne eine Gegenleistung zu erwarten. Ein Jahr später trafen sie sich bei der Tour de France wieder. Oft sprachen sie miteinander. Der Journalist Klaus Huhn erfuhr so viel über das Geschehen auf den einzelnen Etappen. Am 18. Juli 1970 fand die vorletzte Etappe statt. Nach 238,5 km gewann Jean-Pierre Danguillaume den Spurt auf der Aschenbahn des Versailler Stadions. Nach seinem Sieg, umringt von einer großen Schar Reporter, antwortete er auf ihre Fragen: „Mein erster Tour-Etappensieg, ein großer Tag, allerdings nicht mein größter, denn den feierte ich als Sieger der Friedensfahrt“. Der Manager seines Teams, der zufällig neben Klaus Huhn stand und ihn kannte, fragte diesen darauf: „Ganz unter uns: Was haben Sie ihm dafür bezahlt?“ Für ihn war unverständlich, das Jean-Pierre Danguillaume seine Sätze aus innerster Überzeugung so formuliert hatte.

Die Freunde der Friedensfahrt in Kleinmühlungen haben lange darum gekämpft, den Sieg Danguillaumes fünfzig Jahre später mit ihm zu feiern. Leider hat das nicht geklappt. Trotzdem treffen sich ehemalige Friedensfahrerteilnehmer am 30. Mai ab 13 Uhr im Radsportmuseum „Course de la Paix“. Mit dabei sind: Alexander Awerin, Juri Barinow, Pavel Dolezal, Alexander Gusjatinow, Olaf Ludwig, Iwan Mistschenko, Wladislaw Neljubin, Rolf Töpfer, Gustav-Adolf „Täve“ Schur, Jan Smolik, Gerrit de Vries, Tarek Aboul Zahab ...

## Vor der Wahl versprechen, in der Regierung vergessen

### Sozial-Skandal des Monats

Zur Beseitigung des Rentenunrechts ist mehr nötig als Worte, findet *Susanne Schaper*

Mit dem Antrag „Ostdeutsche Arbeits- und Lebensleistung anerkennen – Fehler und Versäumnisse der Nachwendzeit und Treuhand-Unrecht kritisch aufarbeiten!“ haben wir in der Plenarsitzung vom April 2019 einen letzten Anlauf für diese Legislaturperiode gewagt, um Gerechtigkeit zwischen ost- und westdeutschen Renten herzustellen. Man durfte ja angesichts des kürzlich von der SPD vorgestellten Zukunftsprogramms Ost annehmen, dass dieser Antrag zumindest bei der SPD auf Zustimmung trifft. Jedoch bleibt die SPD ihrem Motto treu: Vor der Wahl versprechen, in der Regierung vergessen. So wurde der Antrag unter anderem mit der Begründung abgelehnt, er enthalte zu viele Punkte. Unseren Antrag „Gerechtigkeit für sächsische

Bergleute herstellen“ vom Januar 2017 lehnte man aus gegenteiligen Gründen ab: Dieser ging angeblich nicht weit genug. Außerdem fahre ja die Integrationsministerin Köpping umher und rede mit den Betroffenen. Tröstende Worte helfen aber nicht. Es muss auf parlamentarischer Ebene etwas passieren, damit die Betroffenen ihr Recht bekommen. Die SPD jedoch bleibt untätig. Sie hätte in den letzten 30 Jahren mehr als einmal als Regierungspartner etwas unternehmen können, um den Rentnerinnen und Rentnern in Sachsen, die durch das Rentenüberleitungsgesetz benachteiligt werden, zu helfen.

Und wenn jetzt Bundesarbeitsminister Hubertus Heil es als Erfolg verkaufen möchte, dass die Renteneinheit schon

2024 hergestellt werden könne, ist das ein schlechter Witz. Für Rentnerinnen und Rentner in Ostdeutschland, die 1990 im Alter von 65 Jahren in Rente gingen, heißt das: Sie müssen nur noch 99 Jahre alt werden statt 100, um das zu erleben.

In Sachsen hatten wir der SPD in den letzten fünf Jahren mehrfach die Chance gegeben, zu beweisen, dass sie es ernst meint mit den Interessen der Ostdeutschen. So forderten wir, das Bekleidungs- und Verpflegungsgeld für ehemalige Angehörige der Volkspolizei bei der Rentenberechnung als Arbeitsentgelt anzuerkennen. Damit sollte die Rechtsprechung des Landessozialgerichts umgesetzt werden. CDU und SPD waren dazu nicht bereit. Wir ha-

ben auch gefordert, die Lebensleistung von in der DDR geschiedenen Frauen anzuerkennen. Die Vereinten Nationen fordern das seit Jahren, SPD und CDU ist es egal. Im März 2017 haben wir die Staatsregierung aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Rentenwerte zügiger angeglichen werden. CDU und SPD lehnten ab. Und im Januar 2017 verlangten wir, die Ansprüche der DDR-Braunkohlkumpel aus dem Zusatzversorgungssystem anzuerkennen – auch vergeblich.

Für uns gibt es keinen Frieden mit dem Nachwendunrecht. Deshalb werden wir uns nicht nur vor Wahlen, sondern aus tiefster Überzeugung weiter für die Interessen der Ostdeutschen einsetzen. Gerechtigkeit gibt es nur mit uns.

Schaute man sich vor Beginn dieses nunmehr 44. unkonventionellen Gesprächskreises der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen um, dann war an diesem Abend vieles anders. Eine neue Adresse im Süden Leipzigs lud ein: die stadtbekannteste Kulturlocation „Horns Erben“, unweit der Karl-Liebknecht-Straße gelegen. Da passt sogar der Straßename zu Rosa L. Nach der unter Mitgliedern und Sympathisanten kontrovers aufgenommenen Entscheidung, die langjährigen Büro- und Versammlungsräume der RLS in der Harkortstraße zu kündigen, war und ist Kreativität gefragt, nicht nur bei den Organisatoren des beliebten und etablierten Jour-fixe-Podiums. Der neue Treffpunkt sorgte schon vor Anbeginn für angeregte Gespräche und Erinnerungen unter den zahlreich Erschienenen: Kein Zufall, denn die einstige Likör- und Weinfabrik „Wilhelm Horn“, mit ihren vielen unverwechselbaren Filialen, hatte seit 1923 in der Messestadt den besten Ruf im hochprozentigen Bereich, auch zu DDR-Zeiten und noch später.

Eine ganz andere DDR-Zeitreise versprach nun dieser Abend: Der Berliner Historiker Prof. Dr. Gerd Dietrich präsentierte im vollbesetzten Theatersaal des historischen Etablissements sein jahrzehntelang akribisch recherchiertes, 2.400 Seiten umfassendes, dreibändiges Werk. Es gilt als die bisher größte zusammenhängende Darstellung der Kulturgeschichte der DDR, erschienen bei Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen. Welch ein Thema! Nicht nur für den 1945 in Rudolstadt geborenen Autor. Der lernte zunächst als Elektriker und Spinner im Chemiefaserwerk die Arbeitswelt kennen, studierte später Geschichte und Sport in Halle-Wittenberg. Seit 1969 wirkte er als Historiker, Hochschullehrer an der Humboldt-Uni war er bis 2010.

Anno 2019, im April, saß er nun in Leipzig interessierten Zuhörern gegenüber, die zum Teil ähnliche und ganz andere Lebenserfahrungen hinter sich haben. Wo seit 1990 vieles ab- oder zusammenbrach, sich stark

# Schaut auf diesen Staat

Leipziger Jour fixe debattiert und reflektiert die Kulturgeschichte der DDR mit dem Berliner Historiker Prof. Dr. Gerd Dietrich.

Von Michael Zock

veränderte und hinterfragt wurde. Auf dem Weg zum Veranstaltungsort gingen wahrscheinlich nicht nur mir, als gelerntem DDR-Bürger, einstigen Facharbeiter und späteren Diplomjournalisten im Bereich Kultur,



widersprüchliche Gedanken und Fragen durch den Kopf. Ich vermutete zu Recht, die Wenigsten hatten bisher die drei Bände gelesen. Andererseits ergeben die bisherigen gedruckten Erscheinungen in Sachen DDR-Kultur eine umfangreiche Bücherliste. Musik,

Film, Literatur, Memoiren ... das füllt Regalmeter. Kein Gebiet wurde da ausgelassen, bewertet, umgedeutet.

Ich schaute neugierig, zur Einstimmung auf den Abend, nach langer Zeit in „Meyers Lexikon“, das 1976 im VEB Bibliographisches Institut Leipzig erschienen war. Folgende Stichworte und Fakten sind u.a. zu finden: „Kultur“ (Bestandteil und Ergebnis der gesamten menschlichen Tätigkeit, als Prozess der Gesellschaftsentwicklung), „Kulturabgabe“ (nötig zur Aufbringung zusätzlicher Mittel für kulturelle Veranstaltungen), „Kulturbund“ (sozialistische kulturpolitische Organisation). Es folgen noch zehn weitere Begriffe, bei „Kulturpolitik“ verwies mein altes DDR-Lexikon auf die „Verbindung von Institution, Staatsapparat, Künstlern und Arbeiterklasse“. Belassen wir es bei diesen Zitaten!

An diesem Abend saßen, an einem runden kleinen Bühnen- und Büchertisch, nicht nur Prof. Gerd Dietrich, sondern als Moderatoren und Frager auch Dr. Karsten Krampitz und Dr. Ursula Wohlfeld, auf diesem Gebiet bestens und unterschiedlich beschlagen. Da bewegten anfangs Fragen nach der kulturellen DDR-Identität sowohl die Bühne als auch den Saal. Ein Dietrichscher Denkansatz: „Dieses kleine Land war eigentlich immer auf der

Suche nach einer eigenen Identität. Dabei spielte Kultur für die Herrschenden genauso wie für die Beherrschten eine besondere Rolle. Die DDR als der kleinere deutsche Staat musste sich ständig behaupten, eine kulturelle Potenz besonders herausstellen. Auch weil man wirtschaftlich schwächer war. Und im Vergleich zu allen anderen sozialistischen Ländern stand der DDR keine eigene nationale Identität mehr zur Verfügung. Die deutsche Tradition hat man sich ja mit dem Westen geteilt.“

Auch folgende Fakten kamen zur Sprache, wurden mit dem Autor diskutiert: „Die DDR hat, gemessen an ihrer Einwohnerzahl, doppelt so viel Geld für Kultur ausgegeben wie die Bundesrepublik. Es gab über 350 Kulturhäuser, sehr viele freischaffende Künstler und Schriftsteller. Auch wenn dort nicht immer herausragende Kunst produziert wurde – im gesellschaftlichen Leben spielte Kultur eine ungeheure Rolle. In den Achtzigerjahren allerdings gingen diese hohen Kulturausgaben dem Staat langsam an die Substanz.“

Da mag manchem, der im damaligen Bezirk Leipzig beheimatet war, nicht nur die 1960 eröffnete neue Leipziger Oper und das prestigeträchtige Gewandhaus einfallen. Auch die Theater in Borna, Döbeln, Altenburg, die vielen Kinos im Bezirk, sowie die teils eindrucksvollen, neugebauten Kulturhäuser, nahe am einstigen Arbeitsplatz in Espenhain und Böhlen gelegen. Vieles lebt heute nur noch als Erinnerung. Ja, das ist ein weites Feld!

Der Diskussionsabend in „Horns Erben“ war es auch, kenntnisreich, kulturreich und widersprüchlich. Das war zu erwarten und macht neugierig auf die weiteren. Auf dem Heimweg gab es Wünsche für den nächsten Jour fixe: Bitte eine Mikrofonanlage besorgen und dem Saal etwas mehr Helligkeit spendieren!

Siehe auch das Interview mit Prof. Dr. Gerd Dietrich auf Seite 7 dieser Ausgabe.

## Ernst Thälmann – ein Vermächtnis

Mit den prophetisch zu nennenden Worten „Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“ appellierte Ernst Thälmann bereits 1932 an die Deutschen, mit Bedacht Entscheidungen zur Reichstagswahl zu treffen. Vergebens! Der erste Mann der Kommunistischen Partei Deutschlands sah mit klarem Blick und gestützt auf eine marxistische Analyse der Machtverhältnisse in Deutschland, wie das Unheil heraufzog. Es kostete 60 Millionen Menschen das Leben, zerstörte Städte und Dörfer, vernichtete ganze Landstriche.

Thälmann, erbitterter Gegner der Faschisten und leidenschaftlicher Kämpfer für eine antifaschistische Einheitsfront, wurde unmittelbar nach dem Machtantritt der schwarzen und braunen Banden 1933 verhaftet, in Bautzen eingekerkert und 1944 im Konzentrationslager



Gedenken zum 133. Geburtstag Thälmanns am 17. April 2019 in Chemnitz

Buchenwald erschossen. Seine Mörder lebten unbehelligt in der BRD.

Heute wird öffentlich vor allem derer gedacht, die erst zum Ende des mörderischen Zweiten Weltkrieges über ein gewaltsames Ende Adolf Hitlers nachdachten und leider erfolglos handelten. Hitlers Generäle, Ministerialräte, Blutrichter und Staatsanwälte blieben in der Bundesrepublik weitgehend in Amt und Würden. Globke und Lübke sind nur ein Synonym dafür. Nach 1989 wurden viele Denkmäler und Erinnerungsstätten von Antifaschisten geschleift, Straßen und Plätze sowie Schulen, die ihren Namen trugen, unbenannt. Auch damit wurde der Kampf gegen den Faschismus mit seinen heutigen Folgen infrage gestellt.

• Raimon Brete

Bildung erwerben wir nicht allein wie Robinson auf der Insel, sondern zusammen mit anderen – mit denen wir in Konflikt geraten, aber auch Aufgaben lösen können, mit denen wir uns deshalb über die Regeln des Zusammenlebens, in der Schule wie im Gemeinwesen, verständigen müssen. Bildung, die wirkliche, nicht die deformierte des Wettbewerbs, verweist auf die grundsätzliche Frage, wie wir zusammenleben wollen – ob in Vielfalt und Partnerschaftlichkeit oder in ständig misstrauischer Konkurrenz inmitten einer Kultur des Egoismus. Wenn wir weiter von einer Exzellenzinitiative zur nächsten hasten in der illusionären Vorstellung, dass die Auslese der Besten ganz vorne stehen muss und zehn Prozent Elite die Gesellschaft als Ganzes voranbringen, dann werden wir die Zukunft nicht gewinnen. Denn die liegt in einer neuen Kultur der Gemeinsamkeit und des Vertrauens.

Wenn wir den sozialen Sinn in der Gesellschaft befördern wollen, dann brauchen wir andere Schulen. Ob sie Gesamtschule, Gemeinschaftsschule oder integrierte Regelschule heißen – entscheidend ist, dass eine Schulform ein längeres gemeinsames Lernen als nur bis zur Klasse vier ermöglicht. Erfahrungen im Umgang mit sozialer und kultureller Verschiedenheit gehören zum schulischen Lernen genauso wie der Unterricht in den Naturwissenschaften. Wir brauchen eine Pädagogik der Vielfalt in Gemeinsamkeit. Wer den schulischen Auftrag auf Leistungserbringung verengt und nicht auch soziales Lernen einbezieht, der muss sich nicht wundern, wenn Rohheit und Gewalt zunehmen.

Wir wissen, dass die Bildungspolitik in den Augen der Bürgerinnen und Bürger einen besonders hohen Stellenwert hat, was die Verbesserung der Lebensverhältnisse betrifft. Und wir wissen, dass eine klare Mehrheit der sächsischen Bevölkerung die Einführung von Gemeinschaftsschulen befürwortet. Mit der Gemeinschaftsschule würde Sachsen den internationalen Standard erreichen. Andere Staaten haben das gegliederte Schulwesen längst durch „integrierte Systeme“ ersetzt. Die meisten Länder arbeiten erst ab der Sekundarstufe II mit Formen der äußeren Differenzierung. Den Einwand, dass eine individuelle Förderung durch ein längeres gemeinsames Lernen verhindert werde, widerlegt die Praxis in den anderen Ländern. In Sachsen selbst gibt es zwei Schulen, die das längere gemeinsame Lernen mit großem Erfolg praktizieren – das Chemnitzer Schulmodell und die Nachbarschaftsschule Leipzig. Beide arbeiten mit einem besonderen pädagogischen Konzept und unterrichten nach reformpädagogischen Grundsätzen. Dazu zählen u.a. altersgemischte Klassenstufen, fächerverbindender Unterricht, Wochenplanarbeit u.a.m. Die wissenschaftliche Begleitung bescheinigt der Nachbarschaftsschule eine gute Arbeit.

DIE LINKE unterstützt deshalb die aus der Bevölkerung kommende Initiative „Gemeinsam länger lernen in Sachsen“. Nach dem Vorbild Thüringens soll ein erster Schritt auf dem Weg zu einem

# Sachsen als modernes Bildungsland

Nötig sind andere Schulen und eine Bildungsreform von unten, sagt die *LINKE* Bildungspolitikerin *Cornelia Falken*

flächendeckenden längeren gemeinsamen Lernen getan werden, und zwar in Form eines Optionsmodells, bei dem die Schulen selbst über die Einführung einer Gemeinschaftsschule entscheiden können.

In der Kontinuität bisheriger programmatischer Auffassungen hält DIE LINKE eine umfassende Reform des Bildungswesens weiter für notwendig. Sie beinhaltet sowohl eine äußere als auch eine innere Schulreform. Zu verbessern sind nicht allein die Schul- und Lernkultur an der Einzelschule, sondern ebenso die Rahmenbedingungen für die Bildung. Eine moderne, leistungsfähige, gleichwohl soziale Schule, die sich durch eine solidarische und demokratische Lernkultur auszeichnet, stellt das Ziel einer solchen Bildungsreform von unten dar. Wie diese Schule konkret auszugestaltet sein wird, muss öffentlich debattiert werden. Vor allem bedarf es einer Verständigung über die grundlegende inhaltliche Ausrichtung der Bildung im Kontext einer emanzipatorischen gesellschaftlichen Gesamtperspektive.

Eine Reform der Bildung, die mehr anstrebt als ein Qualitätsmanagement zur Gewinnung von Fachkräften und Vorteilen anderen Wirtschaftsstandorten gegenüber, bedarf berechenbarer, über Wahlperioden hinausgehender Rahmenbedingungen. Eltern- und Schülervertretungen fordern seit Jahren „kein ständiges Bangen um die nötigen Ressourcen“ für die sächsischen Schulen mehr, „keine vollgestopften Schulen und keine Klassenzimmer, die aus den Nähten platzen“. Stattdessen wünschen sie vom Kultusministerium „eine transparente und fachlich fundierte Bildungsplanung“. Das erfordert eine grundsätzliche und unvoreingenommene Verständigung über Defizite des Bildungswesens und deren Überwindung.

Bei aller notwendigen Konzentration auf die einzelne Schule darf die systemische Ebene, das Bildungswesen insgesamt, nicht außer Acht gelassen werden. Die Schulstrukturen sind von erheblicher Bedeutung für einen guten Unterricht. Eine konsequente Gliederung nach Schulstufen anstelle von Schulformen ist pädagogisch sinnvoll und politisch durchsetzbar: Zwischen Grundschulen, Schulen im Sekundarbereich und Oberstufenschulen können eindeutige institutionelle Trennungslinien gezogen werden.

Lernen findet nicht mehr allein in der Schule oder an anderen Bildungseinrichtungen statt, sondern an einer Vielzahl von Lernorten, an denen sich informelle und nicht-formalisierte Lernprozesse verknüpfen. Diese Verknüpfungen müssen durch die Politik gefördert werden – im Beruf, in Organisationen und Vereinen, in der Familie, in der Freizeit, im Internet und anderen neuen Medien, durch Lernen im Prozess der Arbeit und im sozialen Umfeld. Unsere Politik setzt daher auf ein lebenslanges Lernen bei Anerkennung einer Pluralität von Lernwegen, Lernformen und Zugängen zu Lernabschlüssen sowie auf die Schaffung entsprechender Lerninfrastrukturen.

Aus der Pluralisierung des Lernens folgt für DIE LINKE jedoch nicht, die Schule als Lernort generell infrage zu stellen, wie das die neue Rechte mit ihrer Politisierung der Familie tut. Deren Ansicht nach kann sich eine starke Nation nur mittels eigener Kinder und nicht durch Zuwanderung behaupten. Daher komme der Familie im Kampf um nationale Selbstbehauptung ein besonderer Stellenwert zu: Sie Sorge für Nach-

wuchs, in biologischer als auch in kultureller Hinsicht. Als der primäre Ort der Kulturvermittlung ist die Familie für die Neue Rechte die

„Keimzelle“ einer starken Gesellschaft. Deshalb müssten dem Bildungssystem zentrale Erziehungsaufgaben entzogen und „auf natürliche Weise“ wieder in den Verantwortungsbereich der „intakten“ Familien übergehen. Hausunterricht durch einen Privatlehrer oder die Eltern, selbst wenn sie keine ausgebildeten Lehrkräfte sind, erweist sich als eine politisch motivierte Schulverweigerung. Das kann DIE LINKE unmöglich akzeptieren.

Zum Schluss ein Wort zu einem Problem, dessen Lösung die Voraussetzung für den schulischen Unterricht ist: der Personalmangel. Die politische Verantwortung für die akute Notlage bei den Lehrkräften trägt die Landesregierung. „Maßnahmenpakete“ und „Handlungsprogramme“ ändern nichts an diesem Notstand. Die Verbeamtung ist ein parteipolitischer Kompromiss zwischen CDU und SPD, und zwar ein schlechter. Aus bildungspolitischer und pädagogischer Sicht ist eine Verbeamtung von Lehrkräften nicht geboten. CDU und SPD erhoffen sich davon eine Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit Sachsens auf dem Lehrer-Arbeitsmarkt. Die Erfahrungen anderer Bundesländer zeigen jedoch, dass eine Verbeamtung vor Lehrermangel nicht schützt.

Dem Land entstehen durch die Verbeamtung erhebliche Kosten zu Lasten der schulischen Entwicklung. In den nächsten Jahren müssen erhebliche Zuführungen an den Generationenfonds geleistet werden. Die Verbeamtung der Lehrerinnen und Lehrer bis zur Vollendung des 42. Lebensjahres führt zu einer Zweiklassengesellschaft. Das sorgt für ein hohes Maß an Ungerechtigkeit und Demotivation. Und ob verbeamtete Lehrkräfte wirklich in die Regionen gehen, wo der Personalmangel am größten ist, ist zweifelhaft.



**Was waren die Beweggründe, dieses monumentale Werk zur Kulturgeschichte eines untergegangenen Landes vorzulegen?**

Ich fühlte gewissermaßen eine innere Verpflichtung nach drei Seiten. Erstens weiß ich als Historiker um das Desiderat: Es gibt drei umfassende Kulturgeschichten der Bundesrepublik Deutschland, die DDR kommt darin kaum vor. Es war an der Zeit, diesen eine ausführliche Kulturgeschichte der DDR an die Seite zu stellen. Zweitens fühle ich als Ostdeutscher die Verpflichtung, die eigene Geschichte für die Erfahrungen der Ostdeutschen aufzuschließen und über die bisher dominierende politische Geschichte hinauszugehen. Drittens sind meine Zielgruppe vor allem jene jungen Leute, die nach der Spezifik der ostdeutschen Gesellschaft und ihrer Kultur fragen. Denn die DDR war mehr als nur Diktatur, und sie war zu verschiedenen Zeiten verschieden.

**Welchen Stellenwert hatte eigentlich Kultur in der DDR?**

Aus drei Gründen hatte Kultur einen hohen Stellenwert: Zum einen war die DDR tief in einer protestantischen deutschen Kulturlandschaft und der deutschen Kulturtradition verwurzelt. Zu diesem Erbe gehörte auch das besondere Pathos des Wortes Kultur: Kultur als Religions- und Politikersatz wie als Kompensation für politische Freiheiten. Zum zweiten stand die DDR in der Tradition der sozialistischen deutschen Arbeiterbewegung und deren Idee einer Kulturgesellschaft von gleichen und arbeitenden Menschen. So wurde zunächst versucht, eine Gesellschaft zu schaffen, die die negativen Trends der Modernisierung vermeiden sollte. Und zum dritten hatte die DDR ein Legitimationsproblem. In der Konfrontation mit der wirtschaftlich stärkeren Bundesrepublik wurden die kulturellen Werte zu meist höher veranschlagt als die Ökonomie. Während andere sozialistische Länder auf dem Selbstverständnis ihrer nationalen kulturellen Identität aufbauen konnten, hatte die DDR als kleinerer deutscher Teilstaat ein Identitätsproblem. Eine breite Pflege von Kultur gewann darum besondere legitimatorische Bedeutung.

**Sie nehmen eine interessante Periodisierung vor. Welches sind hierfür die wichtigsten Kriterien?**

Wenn Kultur als ein relativ selbständiger Teilbereich der Gesellschaft beschrieben werden soll, kann sich deren Periodisierung durchaus von der Politik- und der Sozialgeschichte unterscheiden. Der Geschichte der Kultur in der SBZ/DDR gehe ich in drei historischen Perioden nach: I. Kultur in der Übergangsgesellschaft 1945–1957 und Mobilisierungsdiktatur. II. Kultur in der Bildungsgesellschaft 1958–1976 und Erziehungsdiktatur. III. Kultur in der Konsumgesellschaft 1977–1990 und Fürsorgediktatur. Diese Gesellschafts- und Diktaturbegriffe sind als idealtypische und dialektische Kennzeichnungen zu verstehen. Sie schließen sich nicht gegenseitig aus, sondern heben das Besondere und Dominante des jeweiligen historischen Zeitraums hervor. Die fundamentalen Umbrüche von

# Kulturgeschichte der DDR in drei Bänden

Karsten Krampitz sprach mit dem Historiker Gerd Dietrich



Foto: Wolfgang Stehr

1945 und 1990 sind klar bestimmt. Mit den Zäsuren dazwischen ist es schwieriger. Im Unterschied zu den allgemein üblichen historischen Zäsuren von 1961 und 1971, die eindeutig politisch konnotiert sind, werden die hier gesetzten Zäsuren bewusst kulturgeschichtlich definiert.

Die eine Zäsur lag zum Ende der 50er Jahre: Die Nachkriegszeit war zu Ende. 1958 wurden die Lebensmittelkarten abgeschafft, und man ging zum industriellen Bauen über. Die bisher mehr oder weniger bildungsbürgerlich geprägte Kulturpolitik wurde von der Propagierung einer sozialistischen Kulturrevolution abgelöst. Gleichzeitig klopfte die moderne Massenkultur an die Tore der DDR. Rock- und Popkultur wie Literatur und Künste begannen zu „Ersatzöffentlichkeiten“ zu werden. Auch offiziell sprach die SED-Führung vom Ende der Übergangsperiode. „Übergangsgesellschaft“ also im doppelten Sinn: vom Krieg zum Frieden und von einer alten Gesellschaft in eine vorgeblich neue.

Die andere Zäsur lag in der Mitte der 70er Jahre: Das Konzept der Bildungs- bzw. Kulturgesellschaft war zugunsten eines großzügigen „Konsumsozialismus“ aufgegeben worden. Das Jahr 1976 offenbarte mehrere Konflikte: zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik; zwischen marxistisch-leninistischer Orthodoxie und Eurokommunismus (Berliner Konferenz); zwischen

Kirche und Staat infolge der Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz; zwischen Jugend und Politik am Beispiel des Menetekels von Altenburg; zwischen Intelligenz und Staat durch die Ausbürgerung Wolf Biermanns. Die Konflikte und Proteste führten zu Polarisierung und Substanzverlust der DDR-Kultur. Ein Riss der Generationen zeichnete sich ab, und alternative Konzepte von Künstlern und Oppositionellen traten hervor.

**Welchen Platz räumen Sie der Kulturpolitik in Ihrer Darstellung ein?**

Bisherige Darstellungen gingen in der Regel davon aus, dass die SED-Politik die kulturellen Entwicklungen und ihre Richtung dominierte. Das führte zu einem relativ einspurigen und simplen Schema. Dagegen soll eine Veränderung der Perspektive vorgenommen und ein kulturgeschichtlicher Ansatz favorisiert werden. Das heißt, Kulturpolitik wird als Teil des kulturellen Feldes behandelt. Der Politik wird keine Schlüsselstellung eingeräumt, sondern Kultur und Politik werden in ihrer wechselnden Hegemonie und gegenseitigen Einflussnahme betrachtet. Historisch-chronologisch gehe ich den kulturpolitischen Prozessen unter drei Aspekten nach: erstens im kulturstaatlichen Handeln, zweitens hinsichtlich der kulturpolitischen Strukturen und drittens bei der Umsetzung von sieben

kulturpolitischen Leitmotiven. Diese Leitmotive waren: das Umerziehungsmotiv, das Erbe- und Hochkulturmotiv, das Demokratisierungsmotiv, das Kampfmotiv, das Produktivitätsmotiv, das Breitenkulturmotiv und das Unterhaltungsmotiv. Aber Kulturpolitik war ein Konglomerat unterschiedlichster Einzelaktionen und ein schwer durchschaubares Instrument verschiedener Interessen. Dabei hatte sie vor allem die Funktion, die politischen Konstrukte und ideologischen Zeichen in den kulturellen Bereich zu implantieren. Das heißt: Offensive und defensive Strategien wechselten sich ebenso ab wie Taktiken der Konfrontation und der Liberalisierung. In ihrer passiven Form war Kulturpolitik in der DDR vor allem traditionelle Kulturpflege sowie Sozial- und Bildungspolitik, in ihrer aktiven Form war sie vor allem Ideologiepolitik mit einem Apparat, der die Chancen von Innovation und Selbststeuerung einschränkte.

Gleichwohl gelang es der SED nicht, trotz wiederholter Versuche, den kulturellen Bereich vollständig oder auch nur überwiegend zu instrumentalisieren. Man muss immer wieder feststellen, wie gering die Durchschlagskraft der offiziellen Ideologie war. Es bewahrheitete sich, was Eric Hobsbawm in seiner „Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts“ geschrieben hat: „Von den offiziellen Doktrinen des Marxismus-Leninismus blieb die Masse des Volkes ganz unberührt, da sie keine handgreifliche Bedeutung für sie hatten (außer dann, wenn sie an einer Karriere interessiert waren, bei der solch esoterisches Wissen vorausgesetzt wurde).“ (S. 491.)

**Welche Rolle spielte Kultur in der finalen Krise der DDR 1989/90?**

Nicht die wirtschaftliche Lage entschied über das Schicksal der DDR, sondern vor allem zwei Faktoren. Zum einen der äußere Faktor: Die DDR hatte die Sowjetunion als Schutzmacht verloren. Zum anderen der innere Faktor, der vor allem mit kulturellen Motiven zu erklären ist. Die kulturellen Gründe für das Ende der DDR sehe ich in drei Aspekten: Erstens fand ein Stimmungswandel hin zu einer massiven Unzufriedenheit statt und ein Gefühl von Aussichtslosigkeit griff um sich. Zwar musste in der DDR niemand hungern und alle Menschen hatten ein Dach über dem Kopf, zwar war der Lebensstandard noch immer der höchste von den Ländern des Ostblocks, aber in der zweiten Hälfte der 80er Jahre wurden die Zeichen der Stagnation deutlicher als jemals zuvor erlebt. Zweitens kam es zu einer Erosion der sozialistischen Zielkultur und zum Verlust der einheitlichen Symbolisierung der Gesellschaft. Das Fortschrittsversprechen war unglaubwürdig geworden und die sozialstrukturellen und soziokulturellen Differenzierungsprozesse nahmen zu. Dem manichäischen Weltbild, in dem Sozialismus für, Kapitalismus gegen den Menschheitsfortschritt standen, wurde in den 80er Jahren der Boden entzogen. Drittens erfolgten ein massiver Legitimationsverlust der SED-Herrschaft und ein dramatischer Verfall der Loyalität der Bevölkerung, der sich insbesondere in der Ausreise-, Flucht- und Demonstrationsswelle offenbarte.

# Als Ardenne Chruschtschow beriet

Wulf Skaun lobt auch das Märzheft der „Mitteilungen“

Die März-Ausgabe (Nr. 55) der „Mitteilungen“ des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung hält wiederum unikates quellenspezifisches Material bereit. Für mich gehört Siegfried Prokops Dokumentation über Manfred von Ardenne „Beitrag zur Friedenssicherung im Jahre 1958“ zu den Raritäten ersten Ranges. Dass die Redaktion mit diesem „Kracher“ nicht werbewirksam an vorderster Stelle wuchert, ist ihrer sach- und fachgerechten Kriterien folgenden Einordnung in die feste Rubrik „Besondere Zeitdokumente“ geschuldet. Eine Ausnahme hätte der Quellenfund mehr als gerechtfertigt, denn Ulbrichts Schreiben an Chruschtschow mit Ardenne's Ratschlägen an die Sowjets, wie sie der Strategie der Amerikaner zur Abwehr ballistischer Fernraketen begegnen könnten, firmierten 1958 unter dem Siegel „streng vertraulich“. Prokops Hintergrundinformationen und die Faksimiles der Dokumente erinnern an ein Kräftegleichgewicht, das heute durch Trumps „America first-Politik“ extrem gefährdet ist.

Die Rubrik „Archive und Bibliotheken“ bietet diesmal ein breites Leseangebot. Susanne Rappe-Weber stellt die Entwicklungsgeschichte, Aufgaben und Bestände des Archivs der deut-



Manfred von Ardenne

schen Jugendbewegung in der Jugendburg Ludwigstein (Hessen) vor. Jürgen Bacia widmet sich dem Archiv für allgemeines Schrifttum in Duisburg, das seit 1985 Dokumente der Neuen Sozialen Bewegungen sammelt. Einen Einblick in die Recherchemöglichkeiten des „Marxists' Internet Archive“ (deutschsprachiger Teil) gibt Rainer Holze. Schließlich berichtet Siegfried Kuntsche über seine Erfahrungen mit Archivrecherchen zur ostzonalen Bodenreform 1945/46 und ihren Folgen.

In der Rubrik Personalien gedenkt Günter Benser der verdienstvollen Luxemburg- und Liebknecht-Forscherin Annelies Laschitzka, die kurz vor ihrem 85. Geburtstag im Dezember 2018 verstorben ist. Eine andere Personalie kündigt auf ihre Art von der anstehenden Stabübergabe an die jüngere Generation. An die Stelle des langjährigen Vorsitzenden des Förderkreises und Herausgebers der Mitteilungen Reiner Zilkenat, der seine Ämter aus gesundheitlichen Gründen aufgeben musste, ist Vorstandsmitglied Holger Czitrich-Stahl getreten. Vor Jahresfrist bereits in die Redaktion des Vereinsblattes berufen, hat sich Czitrich-Stahl mit Beiträgen und Vorträgen einen Namen gemacht, wovon in dieser Ausgabe auch seine Rede über Arthur Stadthagen (1857–1917), den Anwalt der Armen und Wegweiser des Arbeitsrechts, kündigt.

Das Großereignis „Novemberrevolution“, dem Heft 54 thematisch verpflichtet war, findet in mehreren Rezensionen und auch Konferenzberichten seinen wissenschaftlichen Nachklang.

*Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V., Nr. 55 (März 2019), Vertrieb: d.goldbeck@web.de*

## Die demokratischen Potenzen des Grundgesetzes

Vom Parlamentarischen Rat am 8. Mai 1949 mit 53 gegen zwölf Stimmen verabschiedet, am 12. Mai von den Militärgouverneuren der westlichen Besatzungsmächte gebilligt, von den westdeutschen Länderparlamenten vom 16. bis 22. Mai ratifiziert, wurde das Grundgesetz vom Präsidenten des Parlamentarischen Rates, Dr. Konrad Adenauer, als rechtskräftig für Westdeutschland verkündet. Damit war der westdeutsche Separatstaat gegründet. Das Grundgesetz enthielt in seiner ursprünglichen Fassung – es wurde mehrfach verändert und ergänzt – 146 Artikel. Artikel 1 erklärt die Würde des Menschen für unantastbar. Artikel 20 definiert die Bundesrepublik als demokratischen Sozialstaat. Das sind gute Grundlagen für die Regeln des Zusammenlebens. Verkündet werden demokratische Grundrechte, das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, die Gleichheit vor dem Gesetz, Meinungsfreiheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Die dehnbare Festlegung im Artikel 18, dass derjenige die demokratischen Rechte verwirkt, der sie „zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht“, wurde wiederholt gegen politisch Linksorientierte scharf angewandt, deutlich zurückhaltender gegen rechtsextremistische Umtriebe.

Es gilt das demokratische Wahlrecht der Bürgerinnen und Bürger. Für die

BRD ist das Prinzip der repräsentativen Demokratie maßgebend – im Unterschied zur Basisdemokratie. In der Möglichkeit, bei freien Wahlen die Stimme abzugeben, erschöpft sich im Wesentlichen die politische Teilhabe. Das System der Erst- und Zweitstimmen bei Landtags- und Bundestagswahlen und die 5-Prozent-Klausel zielen auf die Gewährleistung einer relativ stabilen Zusammensetzung der parlamentarischen Gremien auf der Basis der vorbestimmten Listenplätze ab. Volksentscheide sind im Grundgesetz nicht vorgesehen.

Das Grundgesetz sichert dem Bundeskanzler/der Bundeskanzlerin weitgehende Selbstständigkeit gegenüber dem Parlament zu. Er/sie übt die Richtlinienkompetenz für die Ausgestaltung der Politik der Bundesregierung aus.

Bei der Festlegung des Staatsaufbaus wurden die von der amerikanischen Besatzungsmacht und von der CDU/CSU geforderten föderalistischen Prinzipien weitgehend durchgesetzt – auch als Ausdruck der Abkehr vom Zentralismus des Hitlerregimes. Über den Bundesrat wirken laut Artikel 50 die Länder bei der Gestaltung und Verwaltung des Bundes mit. Er besteht aus Mitgliedern der Landesregierungen. Je nach Einwohneranzahl haben die Länder drei, vier oder fünf Stimmen. Die Stimmen eines Landes können nur einheitlich ab-

gegeben werden, wodurch, je nach politischer Zusammensetzung, mancherlei Probleme auftreten.

Der Bundespräsident hat – anders als in der Weimarer Verfassung – zentrale repräsentative Aufgaben und vertritt die Bundesrepublik völkerrechtlich; er wird von der Bundesversammlung gewählt. Diese besteht aus den Bundestagsmitgliedern und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Ländervertretungen gewählt werden.

Das Grundgesetz gewährleistet laut Artikel 14 das Eigentum und das Erbrecht und damit das kapitalistische Gesellschaftssystem. Nach Absatz 2 ist festgelegt: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“. Das Grundgesetz räumt auch die Möglichkeit der Vergesellschaftung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln gegen Entschädigung ein. Aktuell ist die weit verbreitete Forderung, im Interesse der Mieter Wohnungskonzerne zu vergesellschaften.

Nach einem am 22. August 1990 gefassten Beschluss der Volkskammer erfolgte am 3. Oktober 1990 der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes. Eigentlich dürfte es dieses Grundgesetz gar nicht mehr geben. Es wurde 1949 als Provisorium im von den vier Mächten be-

## Lyrisches

### Aufbruch

*Frühlingsrosenrausch  
Ich erblüh'*

### Blümelein

*Am Waldesrand  
Ein Teil von Dir  
Den Weg zu meinem Herzen fand*

• Janina Niemann-Rich

### M

*May  
Merkel  
Macron:  
Mittelmaß*

### Durch die Bank ungerecht

*Nicht nur Banküberfall illegal  
Auch jeder Mietwucher  
Raubt Menschen aus  
Zwingt manche zur  
Parkbankübernachtung  
Regierungsverschuldet schützt  
Justiz ihn*

### Junge Union

*Mimik ihrer Politiker  
Rückschrittsstarr  
Zukunftsverschlafen  
Feindlich mancher Blick auf die  
Republik  
Vom Gesichtsausdruck Junge Union  
alt  
Man weiß Bescheid  
Bevor ihre Politiker den Mund öffnen*

• Jürgen Riedel

setzten Deutschland beschlossen und sollte gelten bis zu dem Tag, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die vom deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist. 1990/91 gab es eine ambitionierte Bewegung, die das Grundgesetz in eine bessere Verfassung überführen wollte, und zwar per Volksentscheid. Eine Bundestagsmehrheit war dagegen, und die historische Chance blieb ungenutzt.

Dem Prinzip der Gewaltenteilung in Legislative, Exekutive und Judikative folgend, fungiert das vor 70 Jahren beschlossene Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland als Verfassung für die vor fast 30 Jahren wiederhergestellte einheitliche deutsche Staatlichkeit. Als Verfassung eines bürgerlich-demokratischen Staates bietet sie den demokratischen Kräften gute Rahmenbedingungen für den Kampf um die Erweiterung demokratischer Rechte und Strukturen. Gegenwärtig ist es geboten, Attacken rechtsextremistischer und neonazistischer Kräfte gegen die demokratische Grundordnung wachsam zu verfolgen und entschieden zurückzuweisen.

• Winfried Steffen

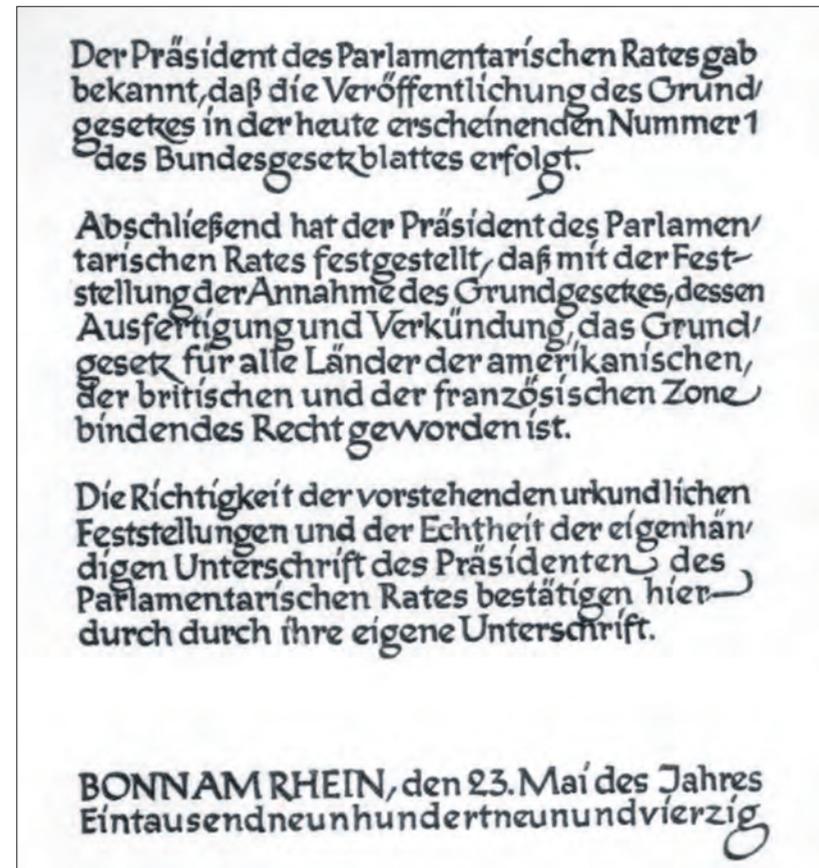
Geleitet von den Zielen der amerikanischen Europapolitik, unter ihrer Führung Westeuropa wirtschafts- und militärpolitisch zu einen, wurde die Deutschlandpolitik der westlichen Besatzungsmächte dieser strategischen Neuorientierung angepasst. Westdeutschland sollte im Sinne der Truman-Doktrin ein „Schutzwall gegen den Kommunismus“ werden. Dafür wurde die Trizone in den Marshall-Plan aufgenommen und im Juni 1948 eine separate Währungsreform durchgeführt.

Dementsprechend übergaben am 1. Juli 1948 die Militärgouverneure der USA, Großbritanniens und Frankreichs den elf Ministerpräsidenten der Länder der drei Westzonen in Frankfurt/M. drei Dokumente, die den Gründungsauftrag für die Bundesrepublik enthielten: I. Grundlinien für die Verfassung, II. Aufforderung zur Überprüfung der Ländergrenzen, III. Grundsätze eines Besatzungsstatuts. In Übereinstimmung mit den Beschlüssen ihrer Regierungen autorisierten die Militärgouverneure die Ministerpräsidenten, eine Verfassunggebende Versammlung einzuberufen. Sie sollte eine Verfassung ausarbeiten, „die für die beteiligten Länder eine Regierungsform des föderalistischen Typs schafft, die am besten geeignet ist, die gegenwärtig zerrissene deutsche Einheit wieder herzustellen, und die Rechte der beteiligten Länder schützt, eine angemessene Zentral-Instanz schafft und die Garantien der individuellen Rechte und Freiheiten enthält“. Betont wurde, dass die Verfassungsvorlage nur durch die Militärgouverneure genehmigt wird, wenn sie nicht im Widerspruch zu den Grundlinien aller drei Dokumente steht.

Bei Zustimmung würden die Militärgouverneure ein Besatzungsstatut veröffentlichen, „damit sich die Bevölkerung darüber im klaren ist, dass sie die Verfassung im Rahmen dieses Besatzungsstatutes annimmt“. Das hieß: „Die Militärgouverneure werden die Ausübung ihrer vollen Machtbefugnisse wieder aufnehmen, falls ein Notstand die Sicherheit bedroht, und um nötigenfalls die Beachtung der Verfassungen und des Besatzungsstatutes zu sichern.“ Um die Erfüllung des grundsätzlichen Zwecks der Besatzung sicherzustellen, wurde vermerkt, haben die deutschen Behörden weitgehend den Anweisungen der Militärgouverneure Folge zu leisten.

# „Lediglich ein Provisorium“

Prof. Dr. Kurt Schneider über die Entstehung des Grundgesetzes



Die Antwortnote der Ministerpräsidenten begrüßte es, „daß die Besatzungsmächte entschlossen sind, die ihrer Jurisdiktion unterstehende Gebiete zu einem einheitlichen Gebiet zusammenzufassen“. Es müsse jedoch alles vermieden werden, „was dem zu schaffenden Gebilde den Charakter eines Staates verleihen würde“. Zum Ausdruck kommen müsse, „daß es sich lediglich um ein Provisorium handelt sowie um eine Institution, die ihre Entstehung lediglich dem augenblicklichen Stand der mit der gegenwärtigen Beset-

zung Deutschlands verbundenen Umstände verdankt“. Daher sei alles zu vermeiden, „was geeignet sein könnte, die Spaltung zwischen Ost und West weiter zu vertiefen“. Zur Vorbereitung des Parlamentarischen Rates setzten die Ministerpräsidenten einen Verfassungsausschuss ein. Dieser arbeitete einen kompletten Verfassungsentwurf aus und zeigte in strittigen Fragen mögliche Alternativen auf.

Gemäß dem Auftrag begann am 1. September 1948 der Parlamentarische

Rat in Bonn mit der Ausarbeitung der Verfassung. Galten bislang die Ministerpräsidenten als Sprecher der Westdeutschen, so übernahmen nun die Repräsentanten der Parteien. Von den 65 stimmberechtigten Abgeordneten gehörten je 27 der SPD und der CDU/CSU, fünf der FDP, je zwei der Deutschen Partei, dem Zentrum und der KPD an. Fünf Westberliner Abgeordnete wirkten ohne Stimmberechtigung mit. Das soziale Profil des Rates prägten Juristen und Beamte. Gleich zu Beginn der Verhandlungen erklärte Thomas Dehler: „Wir wollen keinen Torso schaffen, sondern einen starken deutschen Staat, der von vorneherein die Deutschen des Ostens potentiell einschließt“.

Das am 8. Mai 1949 mit zwei Drittel-Mehrheit vom Parlamentarischen Rat verabschiedete Grundgesetz, auch vom Bayerischen Landtag abgelehnt, wurde am 12. Mai 1949 von den drei Militärgouverneuren mit einigen Vorbehalten, etwa die Rechtsstellung Berlins, genehmigt und der Parlamentarische Rat aufgelöst. Zugleich wurde von den Militärgouverneuren das angekündigte Besatzungsstatut erlassen, das ihnen die Ausübung der obersten Gewalt vorbehielt und vom 21. September 1949 bis 4. Mai 1955 in Kraft war. Am 23. Mai 1948 wurde das Grundgesetz verkündet und einen Tag später in Kraft gesetzt.

Die westdeutsche Bevölkerung hatte zuvor keine Möglichkeit, ihre Meinung kundzutun. Anders im östlichen Teil. Bereits im Spätsommer 1946 wurden der Öffentlichkeit Grundsätze einer Verfassung für Gesamtdeutschland vorgelegt, verbunden mit der gesamtdeutschen Volkskongressbewegung für Einheit und gerechten Friedensvertrag. Damit begann eine dreijährige Debatte, in der zahlreiche Änderungsvorschläge unterbreitet wurden, von denen viele berücksichtigt wurden. Trotz Verbot und Behinderung konnte dieser Verfassungsentwurf auch von Teilen der westdeutschen Bevölkerung erörtert werden. Am 30. Mai 1949 bestätigte der Dritte Deutsche Volkskongress den Verfassungsentwurf für die Deutsche Demokratische Republik. Somit war die Annahme des Grundgesetzes der endgültige Akt der Spaltung Deutschlands, umschrieben mit den Worten: „In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen“.

## Vor 25 Jahren verstorben: Maria Krollmann

Geboren am 15. Januar 1904 in Wanne-Eickel unter dem Mädchennamen Maria Burbaum, arbeitete sie nach einer kaufmännischen Lehre als Kontoristin und Stenotypistin. Bereits als 16-jährige trat sie der USPD und Ende 1920 der KPD bei. 1926 heiratete sie den KPD-Funktionär Erich Krollmann. 1929 wurde sie Abgeordnete der Hamburger Bürgerschaft.

Von Januar 1933 bis Februar 1934 besuchte sie die Internationale Leninschule in Moskau. Danach kehrte sie

unter dem Decknamen „Hertha“ über Prag nach Deutschland zurück und übernahm wichtige Funktionen in der illegalen antifaschistischen Wider-



standsarbeit, zunächst ab Juni 1934 als Instruktoreurin bzw. Oberberaterin und Leiterin der KPD-Bezirksorganisation Leipzig, die sieben Unterbezirke umfasste. In dieser Zeit ging es im wesent-

lichen darum, die Parteiorganisationen weiter zu festigen, neue Zellen in den Betrieben zu schaffen, sozialdemokratische und parteilose Arbeiter für den Kampf gegen den Faschismus zu gewinnen und die propagandistische Arbeit zu verstärken. Als jedoch ein Führungsmitglied den Misshandlungen der Gestapo nicht standgehalten hatte, kam es in Leipzig zu zahlreichen Verhaftungen.

Danach war „Hertha“ als Oberberaterin für die Anleitung der illegalen KPD-Bezirksleitungen in Stuttgart, Frankfurt/M. und Mannheim tätig. Im Januar 1935 wurde sie in Mannheim verhaftet, am 4. Oktober 1935 in Leipzig vom 1. Senat des „Volksgerichtshofs“ zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt und ins Zuchthaus Jauer eingeliefert. Als

Ende April 1945 die Befreiung der Inhaftierten erfolgte, kehrte sie nach Lübeck zurück.

Dort gehörte Maria Krollmann bald zu den Spitzenfunktionären der KPD. Als sie jedoch Anfang der 50er Jahre die nunmehr totale Unterordnung der KPD unter die SED kritisierte, wurde sie 1952 wegen „parteischädigenden Verhaltens“ aus der KPD ausgeschlossen. Zugleich wurde sie als langjährige Vorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in Lübeck abgelöst. 1956 wurde sie in die SPD aufgenommen. Bis 1973 war sie ehrenamtliche Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt in Lübeck, wo sie am 13. Mai 1994 verstarb.

• Prof. Dr. Kurt Schneider

# Terminübersicht



**Leipzig, 9. Mai, 19 Uhr**

■ Vortrag und Diskussion

**Das Haus an der Moskwa\*\*\***

REIHE: Jour Fixe - Ein unkonventioneller Gesprächskreis. Mit Prof. Dr. Willi Beitz (Literaturwissenschaftler), Dr. Hartmut Kästner (Historiker), Moderation: Dr. habil. Antonia Opitz  
*Horns Erben, Arndtstraße 33, Leipzig*

**Leipzig, 10. Mai, 14 Uhr**

■ Öffentliche Lesung

**LeseZeichen Leipzig. In Erinnerung an die Bücherverbrennung**

Eine Veranstaltung des Initiativkreises 9. November mit Unterstützung der RLS Sachsen u.a.  
*Petersstraße 43, Leipzig*

**Leipzig, 11. Mai-12. Mai, 12-19 Uhr**

■ Workshops, Lesungen u.v.m.

**SQUEEZIE-Queer-Zinefest\*\*\***

Eine Veranstaltung des Squeeze-Kollektivs in Kooperation mit der RLS Sachsen  
*Literaturinstitut Leipzig, Wächterstr. 34*

Ein Zine ist ein selbst gemachtes Heft, das sich hervorragend dazu eignet, persönliche Themen mit sozialen Problemen zu verbinden und somit eine Öffentlichkeit für Anliegen zu schaffen, die von der Mehrheit vielleicht ausgeblendet werden. Bei unserem Queer-Zinefest wird verschiedensten Menschen die Möglichkeit geboten, ihre Hefte auszustellen und die anderer kennenzulernen und zu lesen. Mehr: <https://squeezequeerzinefest.home.blog>

**Dresden, 15. Mai, 19 Uhr**

■ Vortrag und Diskussion

**Emanzipatorische Technologiepolitik. Was ist das?\***

Mit Dr. Georg Jochum (Soziologe)  
*WIR-AG, Martin-Luther-Str. 21, Dresden*

**Leipzig, 16. Mai, 19 Uhr**

■ Gespräch

**Vertragsarbeit in der DDR - ein Gespräch\*\*\***

Reihe: Poko-Café. Mit Ibraimo Alberto (erster schwarzer Ausländerbeauftragter 1990 in Schwedt). Eine Veranstaltung der AG Postkolonial des Engagierten Wissenschaft e.V. in Kooperation mit der RLS Sachsen.  
*Der genaue Ort wird noch auf [www.sachsen.rosalux.de](http://www.sachsen.rosalux.de) bekannt gegeben.*

**Leipzig, 16. Mai, 19 Uhr**

■ Podiumsdiskussion

**Rechtsaufschwung\*\*\***

Mit Sylke van Dyk (Soziologin) und Philip Manow (Politikwissenschaftler). Eine Veranstaltung des Roten Salon in Kooperation mit der RLS Sachsen.  
*Conne Island, Koburger Str. 3, Leipzig*

Während Manow in seinem Buch „Politische Ökonomie des Populismus“ die (reale oder halluzinierte) wirtschaftliche Bedrohungslage der Mittelschicht als Agens für Abschottung und Fremdenfeindlichkeit ausmacht, verlangt van Dyk in ihren Beiträgen Bedeutung und Wirkmacht rassistischer und nationalistischer Ideologien ernst(er) zu nehmen und sie zum Gegenstand der Kritik zu erheben.

**Bautzen, 16.-19. Mai, ganztägig**

■ Festival

**Willkommen Anderswo IV - #ich-stadtwir\*\*\***

Deine Stadt. Deine Themen. Dein Theater. Ein Projekt des Deutsch-Sorbischen Volkstheaters Bautzen mit Unterstützung der RLS Sachsen u.a.  
*Thespi Zentrum, Goschwitz Straße 30, Bautzen*

Das Festival erforscht die Möglichkeiten des Theaters, einem Ort für Begegnungen und Diskussion in Bautzen. Es bietet eine Plattform, um gemeinsam mit Theatermacher\*innen und Kulturschaffenden, mit Alt- und Neubautzener\*innen, Stadt- und Landflüchtigen und allen Interessierten zu fragen: Was ist eure Beziehung zu den Städten, die euer Leben täglich umgeben? Wie gestaltet ihr sie? Wie gestalten (und verwalten) sie euch? Wo seid ihr drin und wo seid ihr außen vor? Was ist das Selbstbild eurer Stadt, was ist ihr selbst gemachtes oder selbst verzapftes Image? Und wie können wir auf unseren Bühnen darüber verhandeln?

**Leipzig, 20. Mai, 19 Uhr**

**Döbeln, 21. Mai, 19 Uhr**

■ Vortrag und Diskussion

**Der Kampf gegen das Schweigen - die juristische Aufarbeitung der NS-Verbrechen\*\*\***

Mit Efraim Zuroff (Historiker, Simon-Wiesenthal-Center Jerusalem). Eine Veranstaltung der Initiative Mündigkeit durch Bildung, der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Leipzig e.V. mit der Unterstützung der RLS Sachsen.  
*Ariowitsch-Haus, Hinrichsenstr. 14, Leipzig (20. Mai)*  
*Treibhaus Döbeln, Bahnhofstraße 56, Döbeln (21. Mai)*

**Glauchau, 22. Mai, 18 Uhr**

■ Podiumsdiskussion

**Antisemitismus - was ist das eigentlich?\*\*\***

REIHE: küfa & politics. Mit Stefan Schwarz (Projektmitarbeiter HATIKVA - Bildungs- und Begegnungsstätte für Jüdische Geschichte und Kultur Sachsen) Eine Veranstaltung des Jugendhaus H2 in Kooperation mit der RLS Sachsen.  
*Café Taktlos, Heinrich-Heine-Straße 2, Glauchau*

**Chemnitz, 22. Mai, 19 Uhr**

■ Vortrag und Diskussion

**Die Weltwirtschaft zwischen Freihandel und Protektionismus\*\*\***

Mit Dr. Jürgen Leibiger (Volkswirt)  
*All In - Inklusiv ausgerichtetes Bürgerhaus, Rosenhof 14, 09111 Chemnitz*

Seit Donald Trumps „america first“ und dem Handelskonflikt zwischen den USA und China, seit der Brexit-Kampagne und seit der Stärkung nationalistischer Bestrebungen wird verstärkt die Frage gestellt, ob die Globalisierung, wie schon im Zeitraum zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg einen Dämpfer erhält und zurückgeworfen wird. Dabei geht es nicht nur um mehr Freihandel oder mehr Protektionismus, sondern auch um die Frage ei-

ner fairen versus einer ausbeuterischen Weltwirtschaft und nicht zuletzt um die Frage, wer mit welchen Prinzipien die Weltwirtschaft und die internationale Arbeitsteilung in der nächsten Zeit dominieren wird.

**Leipzig, 28. Mai, 18.00**

■ Vortrag und Diskussion

**Er-innerung, Macht, Geschichte\*\*\***

Überlegungen zu einer Kunst der Erinnerung nach Nietzsche. REIHE: Philosophische Dienstagsgesellschaft. Mit Dr. Konstanze Caysa (Philosophin), Moderation: Dr. Monika Runge  
*RLS Sachsen, Demmeringstr. 32, Leipzig*

Für Nietzsche ist Geschichte nicht einfach eine kausale und chronologische Aneinanderreihung von Fakten, sondern ein Prozess, dessen Triebkraft und Vitalität der „Wille zur Macht“ ist. Wille zur Macht ist Wille zum Leben, der sich am deutlichsten in der Existenzform des Künstlers, in den Ausdrucksweisen seiner gelebten Er-innerung zeigt. Was man unter dem/der Künstler\*in als Geschichtsschreiber\*in verstehen könnte bzw. der Künstler\*in als Genie der Verdichtung des Lebens, wird in dem Vortrag thematisiert.

**Dresden, 29. Mai, 19 Uhr**

■ Podiumsgespräch

**Vom „ungeborenen Leben“\***

Mit Sarah Diehl (Publizistin u.a.: internationale reproduktive Rechte von Frauen), Sarah Buddeberg (Gleichstellungs- und Queerpolitische Sprecherin der Sächsischen Linksfraktion) und einer Vertreterin von e\*vibes, Moderation: Susann Riske (Bildungsreferentin bei der Fachstelle für Mädchen\*arbeit und Genderkompetenz). Eine gemeinsame Veranstaltung des Bürger\*innenbüros Sarah Buddeberg und der RLS Sachsen  
*WIR-AG, Martin-Luther-Str. 21, Dresden*

Eine Schwangerschaft zu beenden, scheint längst nicht mehr die per-

sönliche Sache der Frau zu sein. Ihr Bauch, so meinen konservative Hardliner\*innen, gehöre allen! Die Veranstaltung greift die aktuelle Debatte auf und sucht nach Lösungen für das komplexe Problem rund um Selbstbestimmung und Informationsfreiheit. Wie ist die Situation bei Schwangerschaftsabbrüchen in Sachsen und bei unseren Nachbarn? Welche Vision und Forderungen haben wir? Welches Frauen- und Familienbild stecken dahinter? Wie passt das zusammen mit der schwindenden Zahl an Hebammen oder nicht ausreichend finanzierten Kitas?

**Leipzig, 29. Mai-2. Juni**

■ Tagung und Festival

**Balance Club / Culture Festival: corpo\_real**

Mit Ulla Heinrich (communication), Anna Jehle (curation art), Anja Kaiser (visual design), Sarah Ulrich (curation discourse), Jonas Holfeld (booking), Kyle van Horn (booking), Franz Thiem (booking, production)  
*Galerie KUB, Kantstr. 18, 04275 Leipzig*

Das Balance Club / Culture Festival versteht sich als Schnittstelle von Clubkultur und Gesellschaft. Durch die Verschränkung von Diskurs, Kunst und Club schafft es die Möglichkeit, Gegenkultur in seinen vielen Facetten zu erforschen und politische Debatten zu ermöglichen. Das Festival findet in seiner zweiten Edition als interdisziplinäres Event vom 29. Mai bis 2. Juni 2019 in Leipzig statt. Unter dem Titel corpo\_realities fragt Balance nach unterschiedlichen Perspektiven auf Körperpolitik, Identitäten, Aneignung und Empowerment.

\*\*\* Gemeinsam mit Rosa-Luxemburg-Stiftung. Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.

\* Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

## Impressum

### Links!

Politik und Kultur für Sachsen, Europa und die Welt

### Herausgeber:

Dr. Monika Runge, Verena Meiwald, Prof. Dr. Peter Porsch, Dr. Achim Grunke

### Verleger:

Verein Linke Bildung und Kultur für Sachsen e.V., Kleiststraße 10a, 01129 Dresden

**Beiträge** geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor. Termine der Redaktionssitzungen bitte erfragen.

**Die Papierausgabe** wird in der LR Medienverlag und Druckerei GmbH in Cottbus in einer Auflage von 10.950 Exemplaren gedruckt.

### Der Redaktion gehören an:

Kevin Reißig (V.i.S.d.P.), Jayne-Ann Igel, Thomas Dudzak, Ralf Richter

**Bildnachweise**, wenn nicht gesondert vermerkt: Archiv, pixelio, iStockphoto

### Kontakt:

[kontakt@dielinke-sachsen.de](mailto:kontakt@dielinke-sachsen.de)

Telefon 0351-8532725

Fax 0351-8532720

**Redaktionsschluss:** 25.04.2019

**Die nächste Ausgabe** erscheint voraussichtlich am 06.06.2019.

Die Zeitung „Links!“ kann kostenfrei abonniert werden. **Wir freuen uns jedoch über eine Spende**, mit der Sie das Erscheinen unserer Zeitung unterstützen. Kostendeckend für ein Jahresabo ist eine Spende in Höhe von 12 Euro. Sollten Sie an uns spenden wollen, verwenden Sie bitte folgende Kontodaten:

Verein Linke Bildung und Kultur für Sachsen e.V.

IBAN: DE83 8509 0000 3491 1010 07

BIC: GENODEF1DRS

Dresdner Volksbank Raiffeisenbank

### Aboservice:

[www.links-sachsen.de/abonnieren](http://www.links-sachsen.de/abonnieren),

[aboservice@links-sachsen.de](mailto:aboservice@links-sachsen.de) oder

Telefon 0351-84389773

# Schlafende Hunde

Lutz Nitzsche Kornel empfiehlt politische Dichtung der Gegenwart

Schlafende Hunde zu wecken, bewirkt mit hoher Wahrscheinlichkeit deren Agieren, sei es als Knurren, Bellen oder gar Beißen. Das Wesen kam ihnen durch das Erlebthabenmüssen von Prägendem. Sie wurden dadurch „gereizt“ und „aufgeladen“. SCHLAFENDE HUNDE – POLITISCHE LYRIK, nunmehr in Folge SECHS, wurde als Buch zur Buchmesse in Leipzig am 23. März erstmals präsentiert vom Herausgeber Thomas Bachmann, der auch bekannt ist als Erzähler, Lyriker, Liederschreiber, Musiker u. v. m., der diese Reihe zusammenstellt seit ihrer Gründung 2004, also diese noch die Titelergänzung „... in der Spaßgesellschaft“ tragen konnte.

Selbst der Berliner Verleger Frank Schumann war zugegen, sprach nach der Lesung in der anschließenden Talk-Runde zu der Krise auf dem jetzigen Buchmarkt, dem Verlagsterben durch die Monopolisierung. An diesem Gespräch mit dem Moderator Thomas Bachmann und dem Publikum nahmen auch die beiden Vorleser, Barbara Bingel, Germanistin aus Frankfurt am Main, und Lutz Nitzsche Kornel, Lyriker, aus Leipzig teil. Sie hatten zum Vortrag die ihnen zum Thema trefflich geeigneten Gedichte anderer Autoren und eigene ausgewählt. Zwischen den Vorträgen brachte das CHANSON-DUO LEIPZIG, Gesang und Piano, französische und russische Stücke. Was ist politische Dichtung? Schließt sich nicht solche Koppelung aus, führt zur Agitation? Kann aber nicht, denn schon im 7. Jahrhundert v. u. Z. wurde der Dichter Trapander nach Sparta durch das Delphische Orakel gerufen, politische Streitigkeiten der Lakedaimonier durch Dichtung beizulegen. Wer erinnert sich nicht an mehr

oder weniger Gelungenes aus den Befreiungskriegen um 1813, dem Aufbegehren im Vormärz, das zur Revolution 1848 geführt hat, den Revolutionspathos expressionistischer Dichter, der Panegyrik auf Hitler und Stalin, die Wichtigkeit solcher Dichtung zu DDR-Zeiten, so sie kritisch war oder als solches angenommen wurde durch Aufnahme in die Akten der Staatssicherheit ... Vieles verdarben leider an Interesse die Lehrer in Ost und West.

Dichtung ermöglicht durch seine Spielformen das Deutlichmachen von Ambivalenz, ohne dass der Text in Beliebigkeit zerläuft, wenn auch der Herausgeber im Vorwort formuliert: „Man kann sich also in der Form verlieren und so recht komfortabel vorm Denken drücken ... Es sind die Gedichtlein, welche die Literaturpreise bekommen. Textlein, die niemandem wehtun ... Insofern ist der Zustand der Literatur ein guter Spiegel der Gesellschaft, sie ist sprachlos und wird von unendlichem Geschwätz sprachlos gehalten ...“

Bachmann wählte sorgsam unter den Einsendern aus, schaute nicht auf prominente Namen, veröffentlichte, wie er im Vorwort formuliert, „Denkansätze in Hülle und Fülle, hier und da Witz bis hin zu beißendem Spott, Ironie selbstverständlich, Sorge und auch Wut.“

Auch in diesem neuen Band mit 48 Autoren künden viele Stimmen ihre Haltungen und Anschauungen, stets Material für innergesellschaftlichen Diskurs liefernd – von „deutschstolz-seindürfen“ des in Kasachstan geborenen Artur Rosenstern: „... mit der muttermilch saugte ich ein dass / das stolz-deutsch-sein die gesundheit / gefährdet ...“, der fragenden Betrachtung durch Christine Kahlau, Berlin: „ROTE ARMEE FRAKTION / um nicht wie ihre väter satt zu werden / und nicht stumpf wie ihre mütter ...“, zu Grlngo Lahrs, Wuppertal, Sonettform mit ihrer strengen Struktur der Elfsilber in zweimal vierer und zweimal dreier Gliederung, „GUTE DEMOKRATEN BRAUCHEN TREIBSTOFF“: „... Rohstoffe sichern ist

die Freiheit, die zählt ...“ bis hin zu Nitzsche Kornels „O AVANTGARDE, du permanente Revolution, / Die sich nie erreichen wird, immer wieder / Tanzen gegen gewordene Moden, erstarrte / Emotionen launiger Umstände. Immer / Wieder Versuche aus Momenten, gnädige / Epiphanien des All-Tags gewähren.“

Für mich gelungen stehen Frederike Freis Arbeiten, in Brandenburg / Havel geboren, die wunderbare Neologismen formte: Immermörder, Trümmermünder, Einmaljasager ..., und ihr Texte HANGLAGE, in erweiternden dialektischen Verneinungen „Ich hänge nicht an meiner / Nation, sondern meiner / Sprache [...] nicht / an der Freiheit, sondern / an der Wahrheit, nicht / am nicht, sondern am / Sondern.“

Dieser Band bietet Interessierten an der literarischen Umsetzung von die Gesellschaft und den Staat betreffenden Vorgängen reichlich künstlerisch sprachpräzise bearbeitetes Material, kann außer im Buchhandel auch direkt beim Verlag erworben werden, wie teilweise noch Band eins bis fünf. Zwar verging vielen der Spaß in diesen krisenhaften Zeiten, weshalb auch der diesbezügliche Beititel „Späßgesellschaft“ verschwinden musste, doch blieb und wächst die Freude am Gestalten von politischer Lyrik – und hoffentlich auch am Lesen, Diskutieren und Kritisieren solcher, dass möglicherweise etwas zum Menschen- und Kunstsinnwürdigeren hin geändert werde.

*Schlafende Hunde VI – Politische Lyrik, herausgegeben von Thomas Bachmann, Verlag am Park in der Edition Ost, Berlin, 2019, Pb., 236 S., 15,00 €. ISBN 978-3-94 094-39-4*



## „A jeder Mensch hat halt 'ne Sehnsucht“

Schon immer hat die Musik im Schaffen von Rudolf Scholz eine dominierende Rolle gespielt. Das bestätigen schon die Titel seiner Romane und Erzählungen, die der Leipziger Dingsda-Verlag seit Anfang der 1990er Jahre ins Programm aufnahm: „Mein lieber Herr Gesangsverein“, „Die Schwalben der Kindheit“, „Ein wunderbar verstimmtes Klavier“ und andere. Mit seinem neuen Roman „Dahlienwalzer“ setzt der Autor diese Kontinuität fort. Nun ist es ein in der ostsächsischen Stadt Löbau gebautes Klavier der Firma August Förster, das für Turbulenzen sorgt.

Maßgeblich beteiligt an ihnen ist Wasserwerksmeister Richard, der als schlesischer Dickschädel gilt. Sein fabulierfreudiger Neffe, der Ich-Erzähler des episodenreichen Romans, meint sogar, der liebe Herrgott habe ihn mit der Axt aus einem Kiefernknorren gehauen. Immer wieder wird dieser eigenwillig-grimmige Schlesier, der ein

leidenschaftlicher Dahlienzüchter ist und „La Paloma“ zu seinem Lieblingslied erkoren hat, in Vorkommnisse verwickelt, die für Unruhe sorgen und des Komischen nicht entbehren. So etwa, als er es sich den Kopf setzt, das kostbare, von 1913 stammende Tasteninstrument in einer abenteuerlichen Aktion per Dieselmotoren in das fernegelegene Bauerndorf zu transportieren, in welchem sein musikbessener Neffe das Amt eines Grundschullehrers ausübt. Oder als er dem General einer prominenten NVA-Kaserne mit der Drohung auf die Pelle rückt, die Wasserversorgung seines Gebäudekomplexes lahm zu legen, falls die zum Waschen von Panzern zweckentfremdete Entnahme von Trinkwasser aus dem städtischen Leitungsnetz nicht unterbleibt. Und immer ist das Försterklavier zur Stelle, um seine beredsamen Kadenzen und Kontrapunkte zu setzen; auch bei der Reise nach Polen, wo sich zeigt, wie verletzlich seine schlesische Seele ist.

Mit Mutterwitz, Wortlust und Hintersinn erweist sich Rudolf Scholz erneut als einfallreicher Erzähler, in dessen Fabulierkunst sich die Trennlinien zwischen Dichtung und Wahrheit verwischen und die auch des Poetischen nicht ermangelt. Wobei Scholz unverkennbar aus dem reichen Fundus persönlicher Erfahrungen schöpft und seine Gestalten durch „die heimliche Tür des Erinnerens“ eintreten lässt und auch mit selbstironischen Seitenhieben nicht geizt. Die Widersprüche der eigenen Biographie und seiner gescheiterten Ideale rücken dabei ebenso ins Bild wie seine Trotz-alledem-Gewissheiten und manches bislang wohlgehütete Familiengeheimnis. Kaum verwunderlich, dass immer wieder die Jahre in Schlesien, die der Autor bereits in seinem Roman „Die Schwalben der Kindheit“ erinnert hat, ihre detaillierte Ergänzung erfahren, um schließlich in die Frage einzumünden, wieviel alte Heimat noch heute in ihm sei.

Der Vorgang, wie der Autor an einem septemberlichen Herbsttag am Schreibtisch sitzt und die Worte immer wieder unschlüssig hin und rückt, gibt ihm Gelegenheit, über Möglichkeiten und Risiken des Schreibprozesses nachzudenken. Augenzwinkernd gesteht er „die Unvorhersehbarkeit seiner erzählerischen Launen“ ein, die oft übermütige Kapriolen schlagen. Doch je näher der Roman aufs Ende zutreibt, umso deutlicher zeichnen sich die Abschiede und Verluste ab, die jedes Menschenleben begleiten. Sie verleihen den Erzählvorgängen auch ihren spezifischen Grundton und jene melancholische Hintergründigkeit, die Literatur gewinnen muss, wenn sie nicht in die Untiefen der zeittypischen Beliebigkeiten abgleiten will.

• Peter Slama

*Rudolf Scholz, Dahlienwalzer, 160 Seiten, Dingsda-Verlag Leipzig, EUR 19,95,*

Den meisten bekannt ist Bruce Springsteen durch das 1984er Album „Born in the USA“, das auch zu DDR-Zeiten beim staatlichen Label „AMI-GA“ als Lizenzplatte erschien. Dass es dabei jedoch um eine sehr kritische Auseinandersetzung mit den politischen Verhältnissen jener Zeit handelte, kollidiert mit dem mehr oder weniger massentauglichen Verständnis, es handle sich vermutlich um eine neue Hymne, die im rockigen Gewand dem Land der „unbegrenzten (Un?)Möglichkeiten“ huldige. Keineswegs! Springsteen sang radikal an gegen Krieg, Arbeitslosigkeit, Rassismus und andere düstere Empfindsamkeiten des amerikanischen Alptraums.

Unbestritten spielte auch die mitreißend rockige Umsetzung eine wesentliche Rolle für den Riesenerfolg der Platte, zumal Springsteens rauchige, bluesgetränkte Rockröhre ein Millionenpublikum hellauf begeisterte. Trotz des riesigen Erfolges blieb er bodenständig und es ist ihm hoch anzurechnen, dass er stets großen Wert darauf legte, ein ernstzunehmender Songschreiber und Interpret zu bleiben – ohne sich im Ruhm zu „aalen“, was ihm gewiss zustehen würde. Im Gegenteil: Einen Großteil seiner Einnahmen spendete er für soziale Zwecke und produzierte ganz spezielle Benefizplatten, deren Erlös in katastrophengeschüttelte Länder floss. Auch war ihm bewusst, wovon er da sang, stammte er doch selbst aus ziemlich ärmlichen Verhältnissen.

Bruce Frederick Springsteen wurde am 23. September 1949 in Long Branch, New Jersey geboren. Bereits als Schulkind wurde er mit den aufkommenden Klängen und Rhythmen des Rock'n'Roll konfrontiert. So begann er bereits als Siebenjähriger, erste Gitarrengriffe zu erlernen. Und als er im Fernsehen Elvis Presley sah, der einen Song schmetterte, als er erstmals „I Want To Hold Your Hand“ von den Beatles hörte, wurde dem Jungen klar, wohin sein Weg führen sollte. Er begriff schnell, dass auch weiße Sänger die Musik der Schwarzen temperamentvoll interpretieren konnten. So opferte er kurzerhand sein Ersparnis und erwarb eine gebrauchte Akustikgitarre, bevor ihm seine Eltern, die sein Talent inzwischen entdeckt hatten, zu Weihnachten die erste E-Gitarre schenkten.

Im Alter von gerade einmal 16 Jahren bekam er das Angebot, bei den „Rogues“ mitzuwirken, einer Schülerband. Kurz darauf wechselte er zu den „Castiles“, weil er dort die erste Melodiegitarre spielen konnte. Im Mai 1966 brachte die Gruppe eine Single heraus, doch der Erfolg blieb aus. Der Schlagzeuger musste in den Vietnamkrieg ziehen, er fiel am 22. Oktober 1967. Dieser Verlust und die daraus folgende Wut sollten Springsteens Wirken als Songschreiber prägen. 1968 gründete er die Gruppe „Earth“, wechselte jedoch zu „Steel Mill“, mit der er von 1969 bis 1971 erfolgreich durch die Staaten tourte. Die Band kreierte ihr erstes Antikriegslied, „The War Is Over“, das auch außerhalb der USA bekannt wurde.

# Bluesgetränkte Rockröhre

Jens-Paul Wollenberg über einen Ausnahmemusiker, der im Herbst 70 Jahre alt wird und auch politisch viel zu sagen hat: Bruce Springsteen



Foto: Bill Ebbesen / Wikimedia Commons / CC-BY-SA 3.0

„Steel Mill“ waren aufgrund ihrer exzessiven Wildheit in der Bühnenpräsenz eine der gefragtesten Bands an der Ost- und Westküste. Sie gastierten als Vorband von „Chicago“, „Blood, Sweat and Tears“, erfolgreichen Vertretern des aufkommenden Jazz-Rock, „Black Sabbath“ oder des großartigen Sängers Roy Orbison.

Nach der Auflösung der Band rief Springsteen die „Bruce Springsteen Band“ ins Leben, die mit ständig wechselnder Besetzung bis 1973 existierte.

Danach besann sich Springsteen auf seine Liedermacherwurzeln und beschritt solistische Wege.

1973 bekam er die Gelegenheit, bei Columbia sein Debütalbum „Greetings From Asbury Park, N. J.“ einzuspielen. Diese Scheibe und auch die nachfolgende – „The Wild, The Innocent And The E-Street Shuffle“ beinhalteten jeweils messerscharfe, gar düstere Themen, durchwoben von Suizidgedanken bis Anti-Kriegstreiberei, oder gar Ketzerisches wie schwangere Nonnen im

Vatikan, die behaupteten, unbefleckt befruchtet worden zu sein.

Sein folkrockiger Gesangsstil brachte Springsteen den Ruf eines „neuen Bob Dylan“ ein, doch ließ er sich in dieser Hinsicht nicht beirren, ganz im Gegenteil – er erschuf seinen ganz eigenen speziellen Stil, den er bis heute rigoros weiterentwickelte, zumal man bei Bob Dylan nie genau wusste, welchen aberwitzigen Weg er beschreiten würde. Springsteen hingegen wusste schon, wohin er wollte. 1975 kam „Born To Run“ auf den Markt, das Album wurde schlechthin als sein Klassiker angesehen. Zwischen den Neuerscheinungen lagen ständig Konzerte der nunmehr neu gegründeten „Springsteenband“.

Die LP „Darkness On The Edge Of Town“ von 1978 gilt Musikkritikern als sein Meisterwerk. Hier thematisierte er die provinziellen Kleinstadt-Empfindsamkeiten mit all den damit verbundenen Problemen junger Leute und deren Sehnsüchte, die sich kaum erfüllen, wie Sand vom Wind verweht. 1982 erschien dann „Nebraska“, das bewies, dass weniger meist mehr sein kann. Hier begleitete er sich ausschließlich auf der akustischen Gitarre und spielte zu seiner sonoren Stimme auch Mundharmonika. Diese Songs erzeugten sehr bittere Gefühle, handelten sie doch von den Verlierern kapitalistischer Verhältnisse in den Staaten und von deren Kriminalisierung. Heute würde man angesichts der musikalischen Sparsamkeit von einer Unplugged-Produktion sprechen.

Das nächste Album war dann das bereits erwähnte „Born in the USA“ von 1984, mit dem er letztendlich auch international einen riesigen Erfolg feiern konnte. Weltweit folgten unzählige Konzerte. Zwei weitere Platten, die Anfang der 90er erschienen, galten als weniger spannend – bis 1995 „The Ghost Of Tom Joad“ positiv überraschte, wie auch seine späteren Produktionen bis ins jetzige Jahrhundert hinein überzeugten.

Im April 2006 wurde anlässlich Pete Seeger's neuzigstem Geburtstag das Album „Bruce Springsteen – We shall overcome – Seeger Session“ veröffentlicht, das nicht nur seine riesige Anhängerschar verblüffte, sondern auch Liebhaber der Folkmusik freudig überraschte. Springsteen schuf eine eigentümliche Hommage an jene großartige Folklegende. Mit einem neunzehnköpfigen Country-Bluegrass-Ensemble, das hauptsächlich aus jüngeren Musikern bestand, gelang ihm der große Wurf. Der CD-Produktion liegt auch ein DVD-Mitschnitt bei, der auch optisch die enthusiastische Spielfreude der Protagonisten vermittelt und absolut empfehlenswert ist. Noch nie habe ich „We shall overcome“ so zärtlich vorgetragen gehört.

Wie sagte Springsteen einst im Interview: „Folkmusik rockt, obwohl sie keine Rockmusik ist.“ Springsteen bleibt Springsteen, und das ist auch gut so. Am 14. Juni erscheint sein neues Album „Western Stars“.

Mai 2019

# Sachsens Linke

**Aktuelle Informationen**  
stets auch unter  
[www.dielinke-sachsen.de](http://www.dielinke-sachsen.de)



## Vorbilder gibt es viele

*Es passiert uns immer wieder, dass unsere Vorschläge pauschal als „unrealistisch“ abgetan werden. Doch dabei ist die Wirklichkeit bei vielen Vorhaben schon längst auf unserer Seite – wenn nicht in Sachsen, dann in anderen Bundesländern oder Staaten.*

*In Berlin machen wir den Unterschied: Ob bei der Senkung des Preises des Sozialtickets, der Aufstockung der Kältehilfe, der Anhebung des Mindestlohns bei landeseigenen Betrieben, der Begrenzung von Mietsteigerungen im sozialen Wohnungsbau – Berliner Regierungspolitik trägt wieder linke Handschrift.*

*In Thüringen und Brandenburg haben wir erfolgreich das beitragsfreie Kita-Jahr erkämpft und damit die ersten Schritte zu kostenfreien Kindertagesstätten getan. In Thüringen wurde außerdem das Wahlalter gesenkt und in Brandenburg das Parité-Gesetz verabschiedet.*

*Aber auch in unseren sächsischen Städten wurde viel erreicht: In Leipzig haben wir uns erfolgreich für den Stopp des Verkaufs kommunaler Grundstücke eingesetzt und kämpfen gerade erfolgversprechend für die Einführung eines 365-Euro-Tickets für Bus und Bahn. In Dresden wurde eine neue eigene kommunale Wohnbaugesellschaft gegründet und in Chemnitz wurde das kostenfreie Vorschuljahr beschlossen. Auch zahlreiche Kultur- und Sportstätten werden modernisiert und besser ausgestattet.*

*Auch weiter weg gibt es Erfolge: In Spanien hat die Mitte-Links-Regierung beispielsweise den Mindestlohn um 22 Prozent erhöht.*

*Diese und andere Beispiele sind wichtig für uns und zeigen: Wo ein Wille ist, ist meistens auch ein Weg. Für die nötigen Mehrheiten dafür kämpfen wir in diesem Wahljahr!*



## Starkes Team: Landesliste gewählt

Thomas Dudzak bilanziert die VertreterInnenversammlung

Am 13. und 14. April haben wir in Leipzig auf unserer VertreterInnenversammlung die Landesliste für die Landtagswahl gewählt. Wir wissen, wie leidenschaftlich auf diesen Versammlungen in der Vergangenheit diskutiert worden ist – teils auch schon im Vorfeld und leider manchmal auch über die Presse. Das war diesmal nicht der Fall – und auch auf der Versammlung selbst warben zwar zahlreiche Genossinnen und Genossen engagiert für ihre FavoritInnen, Schläge unter die Gürtellinie und „Gegenreden“ blieben aber aus. Dafür möchte ich mich bei allen Genossinnen und Genossen bedanken.

Unser Gesamtergebnis kann sich sehen lassen: Auf der Liste stehen dieses Mal 60 Namen (2014: 50), darunter 32 Frauen (53,3 Prozent). Unter den ersten 21 Plätzen sind alle Kreisverbände sowie der Jugendverband vertreten. Von den 30 Erstplatzierten sind 19 Kandidatinnen und Kandidaten bereits in der jetzigen Landtagsfraktion vertreten, elf gehörten dem Landtag bisher nicht an. Das Durchschnittsalter der ersten 30 Plätze lag 2014 bei 42,3 Jahren und liegt dieses Mal bei 39,8 Jahren und ist um 2,5 Jahre gesunken. Das Durchschnittsalter unserer DirektkandidatInnen in den 60 Wahlkreisen hingegen ist sogar um 5,3 Jahre gesunken (2014: 45,9, 2019: 40,6 Jahre).

Ich möchte im Namen des Landesvorstandes allen Gewählten gratulieren und mich auch bei den nicht Gewähl-

ten für ihre Bereitschaft zur Kandidatur bedanken. **Unsere gewählte Landesliste:**

Platz 1: Rico Gebhardt (Erzgebirge, Spitzenkandidat)  
Platz 2: Susanne Schaper (Chemnitz)  
Platz 3: Antje Feiks (Erzgebirge)  
Platz 4: Marco Böhme (Leipzig)  
Platz 5: Marika Tändler-Walenta (Mittelsachsen)  
Platz 6: Sarah Buddeberg (Dresden)  
Platz 7: Anna Gorskih (Jugendverband)  
Platz 8: Franz Sodann (Leipzig)  
Platz 9: Luise Neuhaus-Wartenberg (Nordwestsachsen)  
Platz 10: Mirko Schultze (Görlitz)  
Platz 11: Kerstin Köditz (West Sachsen)  
Platz 12: Nico Brünler (Chemnitz)  
Platz 13: Antonia Mertsching (Görlitz)  
Platz 14: René Jalaß (West Sachsen)  
Platz 15: Jule Nagel (Leipzig)  
Platz 16: Lutz Richter (Sächsische Schweiz – Osterzgebirge)  
Platz 17: Janina Pfau (Vogtland)  
Platz 18: André Schollbach (Dresden)  
Platz 19: Verena Meiwald (Sächsische Schweiz – Osterzgebirge)  
Platz 20: Alexander Weiß (Zwickau)  
Platz 21: Marion Junge (Bautzen)  
Platz 22: Paul Höslner (Jugendverband)  
Platz 23: Beate Ehms (Leipzig)  
Platz 24: Tilo Hellmann (Meißen)  
Platz 25: Jana Pinka (Mittelsachsen)  
Platz 26: Enrico Stange (West Sachsen)  
Platz 27: Uta Gensichen (Dresden)  
Platz 28: René Hahn (Zwickau)  
Platz 29: Jennifer Trültzsch (Jugendverband)

Platz 30: Tim Detzner (Chemnitz)  
Platz 31: Marlies Schneider (Zwickau)  
Platz 32: Tuomo Matti Neumann (Görlitz)  
Platz 33: Franziska Fehst (Dresden)  
Platz 34: Jens Kretzschmar (West Sachsen)  
Platz 35: Angela Fuchs (Leipzig)  
Platz 36: Jakob Müschen (Jugendverband)  
Platz 37: Pauline Backemeier (Jugendverband)  
Platz 38: Daniel Peisker (Jugendverband)  
Platz 39: Anja Eichhorn (Dresden)  
Platz 40: Robert Sobolewski (Mittelsachsen)  
Platz 41: Pia Barkow (Dresden)  
Platz 42: Adelheid Noack (Leipzig)  
Platz 43: Anne Holowenko (Dresden)  
Platz 44: Erik Christopher Richter (Meißen)  
Platz 45: Claudia Jobst (Dresden)  
Platz 46: Maik Schwarz (Vogtland)  
Platz 47: Marie Wobst (Görlitz)  
Platz 48: Thomas Dudzak (Leipzig)  
Platz 49: Maria Schwalbe-Anker (Görlitz)  
Platz 50: Lars Legath (Vogtland)  
Platz 51: Sabine Pester (Chemnitz)  
Platz 52: Steffen Wolf (Sächsische Schweiz – Osterzgebirge)  
Platz 53: Barbara Höll (Leipzig)  
Platz 54: Christopher Schinke (Leipzig)  
Platz 55: Jayne-Ann Igel (Dresden)  
Platz 56: Kai Grünler (Vogtland)  
Platz 57: Birgit Said (Leipzig)  
Platz 58: Tom Wittig (Dresden)  
Platz 59: Anna Gina Hahn (Zwickau)  
Platz 60: Heiko Kosel (Bautzen)

# Leserbriefe

Zu diversen Beiträgen in Sachsens Linke! 4/2019, S. 2, 8 und 12

## Gegen Aggressionspolitik

Danke an Raimon Brete, Jonny Michel, Regina Silbermann und Nico Rudolph, dass sie sich gegen die Aggressionspolitik der NATO bzw. der EU z. B. gegenüber Russland und Venezuela für eine konsequente Friedenspolitik ausgesprochen haben. Dass einige von ihnen auch noch die Probleme der Regierungsbeziehung der LINKEN gezeigt haben, ist lobenswert, aber hier nicht das Thema. Und ich glaube auch Rico Gebhardt, dass der Tagesspiegel ihn falsch zitiert hat. Die Mainstream-Medien versuchen ja, die LINKE in eine bestimmte Ecke zu schieben. Dass Rico Gebhardt mit der Nichtbehandlung der Anträge unglücklich wäre, hat er nirgends behauptet. Ob all diejenigen, die die Nichtbehandlung dieser Anträge durchgesetzt haben, sich bewusst sind, dass sie damit den Herrschenden und den Mainstream-Medien in die Hände spielen, wage ich zu bezweifeln. In der Öffentlichkeit wird so der falsche Eindruck erweckt: Wer für Frieden mit Russland und gegen die Aggressionspolitik der EU und NATO ist, muss zu AfD und PEGIDA gehen und wer gegen AfD und PEGIDA ist, muss Russland verurteilen und für EU und NATO, eventuell leicht verändert, sein. Warum unterwerfen sich viele LINKE dieser Logik? Warum wird nicht offen kritisiert, dass Venezuela angegriffen wird, weil es zwar ein kapitalistisches Land ist, aber eine Sozialpolitik zugunsten der Mehrheit der Bevölkerung auf Kosten imperialistischer Konzerne durchführt? Warum wird nicht eine internationalistische EU- und NATO-Kritik und -Realalternative entwickelt, wie auch Nico Rudolph vorschlägt?

• Rita Kring, Dresden

Zu „Entwicklungsland Sachsen“, Sachsens Linke! 4/2019, S.1

## Neue Wege im Bereich Bildung oder Karrieredenken

Eingezwängt in die strukturelle Gewalt einer Gesellschaft, in welcher die Bildung auf die Nützlichkeit des Einzelnen, an seinem Beitrag zu Umsatz und Gewinn kapitalistischer Unternehmen und nicht auf die Entwicklung seiner Persönlichkeit ausgerichtet ist, sucht die LINKE, so Anne Holowenko in ihrem Beitrag „Entwicklungsland Sachsen“, für die Bildung nach neuen Wegen. Diese neuen Wege brauchen wir, um uns von unseren „politischen Mitbewerbern“ (eine überaus freundliche Bezeichnung für AfD, CDU und FDP) zu unterscheiden. Und Anne Holowenko glaubt, sie auch gefunden zu haben. Um die Unterscheidung geht es, und diese ist mit der Forderung nach Bildung für jedermann unabhängig vom Geldbeutel gegeben. Was die Anpassung des Bildungssystems an die Lebensbedingungen unserer Zeit betrifft, sollten wir allerdings gründlicher nachdenken. Unsere Lebensbedingungen sind nicht, wie dargelegt, durch automatische Maschinensysteme, nicht durch den schnellen Zugang zu Infor-

mationen aus allen Bereichen im und durch das Internet bestimmt, sie sind und werden durch den ökonomischen und außer-ökonomischen Druck der Unternehmer und des bürgerlichen Staates bestimmt. Möglichst umfassender Deckungsgleichheit der sozialen Fähigkeiten der Produzenten mit dem Betriebszielen kapitalistischer Unternehmen wird von diesen erwartet, also Deckungsgleichheit letztlich mit dem profitorientierten Bestreben, rücksichtslos alle natürlichen und gesellschaftlichen Ressourcen in Warenwerte umzuwandeln. Passe dich an, ist die Forderung, zeige Kommunikations- und Teamfähigkeit!

Auch die weiteren von der Verfasserin genannten „Kompetenzen“ gehen in die gleiche Richtung. Es geht hier nicht um Anpassung an unsere Lebensbedingungen, sondern um Anpassung innerhalb der Hierarchie kapitalistischer Betriebsführung, die auch ein Maß an Solidarität kennt, aber weitgehend durch Folgsamkeit und Unterordnung bestimmt wird. Die letzteren Eigenschaften sind eine freundliche Umschreibung für ein Verhalten in Großbüros und Verwaltungsetagen, für welches die deutsche Sprache sehr drastische Begriffe kennt.

Die von Anne Holowenko genannten „Kompetenzen“ finden wir, wenn auch immer ein wenig abgewandelt in diversen Stellenanzeigen. Eine „Karriere Bibel“ preist sie sogar unter der Über-

schrift „Diese Fähigkeiten geben jeder Karriere einen Kick“ an. Immer wieder wird von den Bewerbern Teamfähigkeit, Kommunikationsfähigkeit, Konfliktfähigkeit erwartet, genau die sozialen Fähigkeiten, welche uns Anna als neue Wege anbietet, zu denen eine „breite Bereitschaft in unserer Partei“ vorhanden sein muss. Mit dieser Ausrichtung unterscheiden wir uns von anderen politischen Parteien um keinen Deut.

• Waldemar Peine, Dresden

Zu „Recht auf Innehalten“, Links! April 2019, S. 1

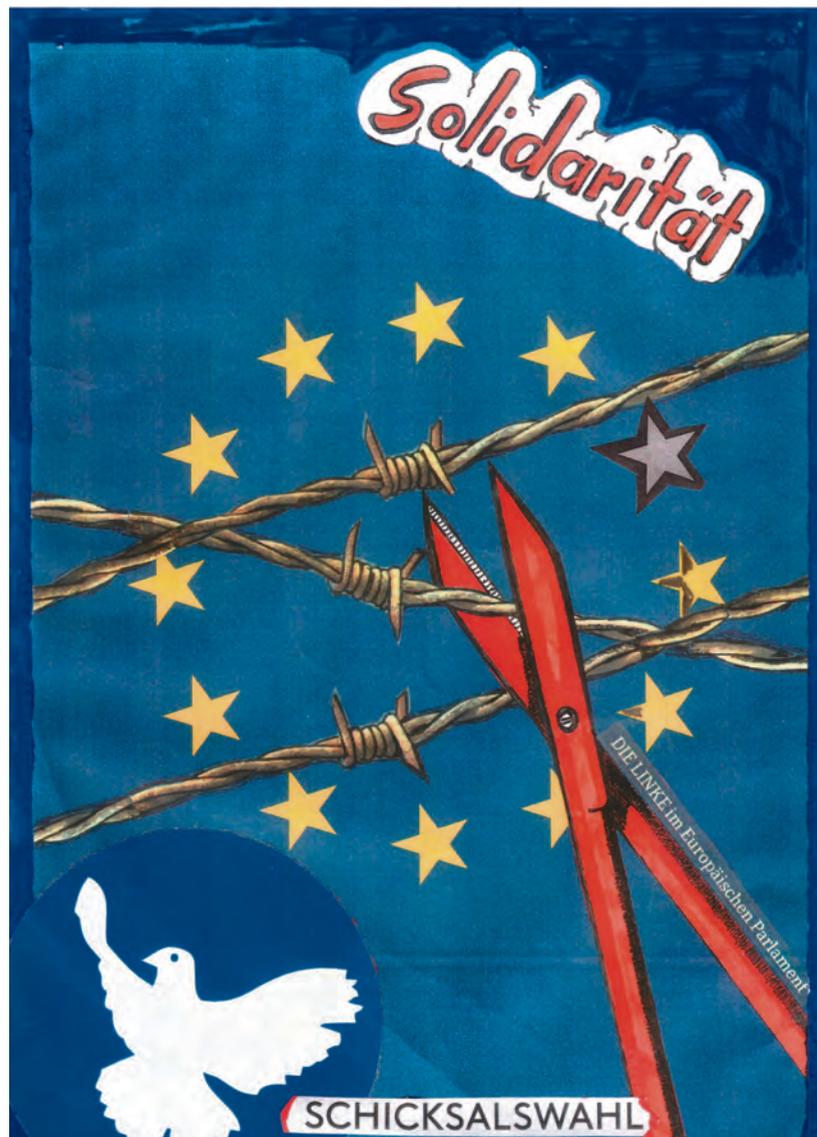
## Lebenstätigkeit Arbeit menschlich gestalten

Als Vorsitzender eines Imkervereins bekam ich zum zweiten Mal die Zeitung „Links! Politik und Kultur für Sachsen, Europa und die Welt“ zugesandt. Besten Dank dafür, auch im Namen meiner Imker- und Vorsitzendenkollegen. Daneben sollen zwei Gedanken Gegenstand dieser Zuschrift werden. Der erste betrifft den Leitartikel. Katja Kipping setzt sich für ein Sabbatical, „eine temporäre Auszeit aus dem Beruf, für einige Monate oder sogar ein ganzes Jahr“ ein, „um mal aus dem Hamster Rad auszusteigen“ zu können. Dafür gäbe es viele Gründe. „Die Weltreise ist nur einer von vielen“, auch wenn andere Gründe im Vordergrund stehen. Es geht ihr also nicht darum, dass der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist, Verhältnisse,

die man nicht besser schildern kann als durch den Ausruf eines Franzosen bei einer projektierten Hundesteuer: Arme Hunde! Man will euch wie Menschen behandeln! (MEW 1. S. 385). Es geht ihr auch nicht darum, daß „an die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassegegensätzen [...] eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist, tritt (MEW 4, S. 483). Es geht ihr offensichtlich nur darum, dem ausgebeuteten Menschen von dieser Situation eine Auszeit zu geben. Arbeit ist aber nun mal die wichtigste Lebenstätigkeit des Menschen. Eine sozialistische Partei sollte sich darauf orientieren, diese Lebenstätigkeit menschlich zu gestalten, statt sich den Kapitalinteressen unterzuordnen und durch Bekämpfung von Symptomen marginale Verbesserungen zu erreichen. Übrigens: Die Imker zeigen, dass Arbeit nicht Fluch, sondern Bedürfnis sein kann. Diese Arbeit, der jedes Profitstreben fremd ist, ist von außerordentlich hohem gesellschaftlichem Wert.

Der zweite Gedanke ergibt sich fast zwangsläufig aus dem ersten. Als Vereinsvorsitzender hatte ich aus Anlass der Kommunalwahlen Vertreter der im Landkreis tätigen Parteien eingeladen, damit sie den Mitgliedern darlegen zu können, wie sie klimapolitisch, agrarpolitisch und umweltpolitisch wirken wollen. Obwohl die Kreisorganisation der Linkspartei in ihrem Wahlprogramm beschlossen hatte: „Deswegen wollen wir mit den Institutionen der Zivilgesellschaft zusammenwirken“, warteten die Imker vergeblich auf einen Vertreter von DIE LINKE. Es empfiehlt sich, das Zusammenwirken von DIE LINKE nicht nur im Kreismaßstab beschlussgemäß zu gestalten, sondern auch im Landesmaßstab zu überdenken.

• Gottfried Stecher, 1. Vorsitzender, Bienenzüchterverein Wurzen und Umgegend 1867 e. V



## Impressum

### Sachsens Linke!

Die Zeitung der LINKEN in Sachsen

### Herausgeberin:

DIE LINKE. Sachsen

### Verleger:

Verein Linke Bildung und Kultur für Sachsen e.V., Kleiststraße 10a, 01129 Dresden

**Beiträge** geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwählende Kürzungen vor. Termine der Redaktionssitzungen bitte erfragen.

**Die Papierausgabe** wird in der LR Medienverlag und Druckerei GmbH in Cottbus in einer Auflage von 10.950 Exemplaren gedruckt.

### Der Redaktion gehören an:

Jayne-Ann Igel, Thomas Dudzak, Antje Feiks (V.i.S.d.P.), Andreas Haupt, Ralf Richter, Stathis Soudias.

**Bildnachweise**, wenn nicht gesondert vermerkt: Archiv, pixelio, iStockphoto

### Kontakt:

kontakt@dielinke-sachsen.de

Telefon 0351-8532725

Fax 0351-8532720

**Redaktionsschluss:** 25.04.2019

**Die nächste Ausgabe** erscheint voraussichtlich am 06.06.2019.

# Jugendwahn versus Altersdepression?

Gedanken von *Kathrin Kagelmann* zur Parteitagsnachlese in der jungen Welt

Mit ideologischen Flügeln und Strömungen innerhalb der Partei habe ich ja persönlich so meine Schwierigkeiten – schon weil ich mich, gänzlich frei von Kreis-, Foren- oder Plattformzugehörigkeit, als demokratische Sozialistin ebenso antikapitalistisch als auch genauso dem Erbe von Karl und Rosa verpflichtet fühle. Vor allem aber schätze ich den produktiven Anteil solcher Machtbündnisse an Parteientwicklung als deutlich geringer ein als ihre Akteure selbst zu glauben scheinen. Dazu absorbieren Flügelkämpfe phasenweise ungeheuer viel Kraft. Der notwendige demokratische Meinungsstreit kommt dagegen nur schleppend voran, während umso radikaler Personalpolitik nach einem einfachen Links-Rechts-Strickmuster kultiviert wird.

Da streite ich mich lieber über unterschiedliche politische Konzepte – auch, weil dabei strömungspolitische Konturen ganz schnell verschwimmen. Bei der Erarbeitung von alternativem Landesentwicklungskonzept oder Wahlprogramm helfen mir Flügelzu-

schreibungen jedenfalls nicht weiter. Hier aber werden sie gebündelt – die Papier gewordenen Gedanken und Ideen der Mitglieder, die anzeigen, wohin sich diese Partei wirklich entwickelt. Die überraschend verjüngte Truppe von Genoss\*innen jedenfalls, die sich am letzten März-Wochenende beim Landestreffen der ökologischen Arbeitsgemeinschaft „Adele“ in Chemnitz zur Diskussion über das Wahlprogramm trafen, interessierte nicht, wer sich wie genau im Koordinatensystem der Partei selbst einordnet oder eingeordnet wird. Wir haben einfach richtig hart, aber erfolgreich am Text diskutiert! Das ist Parteipluralismus in seiner fruchtbarsten Form – nämlich nicht nur strömungsübergreifend, sondern strömungsignorierend!

Auch wenn Totgesagte länger leben sollen: Altwerden ist nichts für Feiglinge. Für jeden Einzelnen – für eine Partei sowieso. Kaum eine Frage diskutierte die LINKE so ausdauernd wie die nach der richtigen Struktur für unsere bröckelnde Flächenpräsenz. Im neuerdings fast peinlich umsorgten

Ländlichen Raum, den nach aufschreckenden blau-braunen Wahlerfolgen inzwischen alle Parteien als ein Hauptkampfgebiet beackern, strampelte die LINKE jahrelang verzweifelt gegen ihre Selbstauslöschung. Bis gestern! Der Generationenwechsel in der Partei scheint auch im ländlichen Raum angekommen: Unglaublich viele interessante, selbstbewusste und engagierte junge Leute aus kleinen „Kaffs“ in Sachsen stellten sich vor – gerade am Sonntag, als es um die weniger umkämpften Listenplätze ab 30 aufwärts ging. Da sind dann leider einige, die schon den intellektuellen Niedergang der Partei nach den Landesvorstandswahlen und nun folgerichtig den fachlichen Abstieg der künftigen Fraktion heraufziehen sehen, schon nicht mehr anwesend gewesen. Schade!

Eine Liste von 20 Personen vorzuschlagen bei aktuell 27 Abgeordneten, 60 Direktkandidat\*innen und 13 Kreisverbandswünschen – das ist eine Aufgabe, der noch keine Partei- und Fraktionsspitze gerecht werden kann-

te, ohne Widerspruch zu ernten. Vorwürfe und Abenddämmerungsphantasien sind insofern Teil des Verfahrens. Fachliche Defizite machen Kritiker ausschließlich am Fehlen ganz konkreter Personen fest, was unterstellt, dass Einarbeitung kaum möglich und neue politische Akzente weniger erwünscht sind. Ganz abgesehen davon, dass mein Zugang zur Agrarpolitik eher über den Magen als über eine Ausbildung gegeben war, so fallen die Neuen ja nicht in eine inhaltlich und personell entleerte Fraktion. Und schließlich zeigt gerade eine 16jährige Schülerin der Welt, wie viel bewegt werden kann, ganz ohne berufliche oder lebenspraktische Kompetenz, dafür mit umso mehr Unerschrockenheit – während sich ein offenbar korrupter Medizinprofessor mal um den Faktor 1.000 „verrechnet“, um das Ansehen der ramponierten deutschen Automobilbranche zu retten. Oder – um mit dem aktuellen Zukunftsarchitekten Harald Welzer schlechthin zu ermutigen –: „Der Mangel an sozialer Intelligenz kann mit Bildungsabschlüssen nicht geheilt werden.“

## Friedenswanderung auf den Lilienstein

Für die 6. Friedenswanderung war in diesem Jahr Königstein als Start und Ziel gewählt worden. Nach Überfahrt über die Elbe brachte der Aufstieg nach Ebenheit und hoch zum Wahrzeichen der Sächsischen Schweiz alle 40 Teilnehmer zum Schwitzen. Diese Anstrengung und die Tatsache, dass erstmals auch in Dresden Friedensmärsche organisiert wurden, waren Gründe für die etwas geringere Zahl an Wanderern als in den Vorjahren.

Beim anschließenden kleinen Friedensfest kamen zahlreiche Besucher hinzu. Die etwa 80 Personen lauschten dabei der engagierten Musik des Chemnitzer Duos Quichote und den Rednern. Kreisrat Rainer Böhme wies zunächst auf den Zusammenhang von Friedensarbeit und Umweltschutz hin, den man mit Geduld auch den Schülern deutlich machen sollte, die

sich an den Aktionen „Fridays for future“ beteiligen. Diesen Gedanken unterstützte danach Tilmann Schwenke von den Naturfreunden Sachsens, mit seinen Hinweisen auf zahlreiche konkrete Gefahren für den Frieden.

Abschließend sprach der Bundestagsabgeordnete der LINKEN Dr. André Hahn. Er kritisierte die momentanen unhaltbaren Zustände, u.a. dass weltweit jährlich rund 1.500 Milliarden Euro für Rüstungsgüter ausgegeben werden, während der UN-Etat zur friedlichen Konfliktlösung nicht einmal sechs Milliarden Euro beträgt; dass Deutschland über 40 Milliarden Euro für Rüstung und Militär verschwendet, obwohl wir von keinem unserer Nachbarländer auch nur ansatzweise bedroht werden und dass diese Summe nach Nato- und Trump-Vorgaben noch bis 70 Milli-

arden Euro erhöht werden soll; dass Milliarden in Aufrüstung und Kriege gesteckt werden, wenn gleichzeitig Schulen marode sind, nicht genügend Kita-Plätze zur Verfügung stehen, Renten sowie Altenpflege und -betreuung unterfinanziert sind.

André Hahn wiederholte die Forderungen der LINKEN und der Frie-

denzbewegung, die US-Atomwaffen aus Büchel abziehen, keine neuen Mittelstreckenraketen in Europa zu stationieren, alle Auslandseinsätze der Bundeswehr zu beenden sowie humanitäre Hilfe im Jemen zu leisten statt Waffen an Saudi-Arabien und die anderen Kriegsparteien zu liefern.

• *Rainer Böhme*



### Mitgliederversammlung der Sozialistischen Linken Sachsen

Für den 25. April 2019 hatte der Sprecherrat der SL zur Gesamtmitgliederversammlung in das Rathaus in Chemnitz eingeladen. Auf der Tagesordnung standen unter anderem die Situation der SL Sachsen, die Wahl eines neuen Sprecherrates, eines Mitglieds in den Landes-

rat sowie der Landesparteitagsdelegierten. Weitere Punkte waren die Diskussion zum Landeswahlprogramm, das Verhältnis zu „Aufstehen“ und weitere Themen. In den Landessprecherrat wurden gewählt: Lars Stöckner aus dem Erzgebirgskreis, Gabi Eichner aus dem Kreis Görlitz und Jan Windisch aus dem Vogtlandkreis (v. l.).

• *Gabi Eichner*

# AG Soziales lädt zum Kindertag

Kathleen Noack freut sich auf eine märchenhafte Familienwanderung und den Besuch in Tonis Haus der Steine am Geyerschen Teich

Am 1. Juni 2019 gehen wir wandern und möchten Eltern mit Kind(ern) oder Großeltern mit Enkelkind(ern) herzlich einladen. Wir treffen uns 10 Uhr am großen Parkplatz nahe der Rezeption des Campingparks Greifensteine unmittelbar am Greifenbachstauweiher, also dem Geyerschen Teich (Thumer Straße 65, 09468 Geyer). Die Wanderroute legen wir Mitte Mai fest, denn durch Sturmschäden waren einige Wege gesperrt. Auch Kinderbeine werden die Strecke mitlaufen können. Ein Teil wird der Märchenpfad sein, wo versteckte Rätsel warten. Natürlich gibt es kleine Preise zu gewinnen. Zudem wird eine Hexe unsere Wanderung begleiten. Mittags wollen wir wieder am Geyerschen Teich sein, dort am Imbiss etwas essen und Tonis Haus der Steine besuchen.

Der Internationale Kindertag am 1. Juni steht im Zeichen der Kinder und will auf deren Rechte aufmerksam machen. Die Gestaltung ist unterschiedlich. Es finden sowohl Kinderfeste statt als auch politische Aktionen. Den Internationalen Kindertag gibt es schon lange, genauso den Weltkindertag am 20. September. Ein Blick auf die Geschichte ist spannend: Bis 1990 feierte man in der DDR am 1. Juni den Internationalen Kindertag und beging in der BRD den thematisch identischen Weltkindertag am 20. September. Die DDR feierte mit Festen und Umzügen, während es die BRD politischer hielt und auf die Durchsetzung von Kinderrechten aufmerksam machte. Seit dem Mauerfall gilt der Weltkindertag am 20. September

**Zuhören. Informieren. Diskutieren.**

**DIE LINKE.**  
Kreisverband Erzgebirge

**Familienfest der LINKEN am 25. Mai 2019**  
von 10 - 16 Uhr auf dem Altmarkt in Aue

Mit dabei sind die Kochtour, Hüpfburg, eine Jugend- und Spielecke und eine Bastelstraße.

Vor Ort sind unsere unsere Kandidat\*innen für die Kreistags- und Kommunalwahl 2019.

als der „offizielle Kindertag“ unseres Landes. Trotzdem wird, besonders im Osten, auch der 1. Juni, also der Internationale Kindertag, weiter gefeiert.

Und genau darum möchten wir am 1. Juni mit Euch einen schönen und erlebnisreichen gemeinsamen Vormittag verbringen. Wir wünschen jetzt schon mal allen großen und kleinen Menschen einen tollen Internationalen Kindertag!

## Unser Kreis-Wahl-Programm in leichter Sprache

*Viele Menschen verstehen Leichte Sprache besser. Menschen mit Lernschwierigkeiten oder Menschen, die Deutsch lernen. Es gibt noch mehr Beispiele. Besser verstehen hilft beim Entscheiden. Das ist wichtig. Auch für Wahlen. Wenn Menschen mehr verstehen, wissen sie mehr. Unser Kreis-Wahl-Programm gibt es in Leichter Sprache. Wenn Menschen das lesen, können sie besser selbst entscheiden und mitbestimmen.*

*Das Kreis-Wahl-Programm in leichter Sprache ist auf unserer Internetseite [www.dielinke-erzgebirge.de](http://www.dielinke-erzgebirge.de) zu finden.*

• Kathleen Noack

## Landtagsfraktion vor Ort im Erzgebirgskreis

Am 30.04.2019 führte die Landtagsfraktion der LINKEN eine Öffentliche Fraktionssitzung unter freiem Himmel in Marienberg durch. Diese Veranstaltungen finden in regelmäßig in ganz Sachsen statt. Damit wollen die Abgeordneten in den direkten Kontakt mit den Bürger\*innen treten. Es soll öffentlich Rechenschaft über die Arbeit der Fraktion gelegt werden und andererseits sich vor Ort über die konkreten Probleme und Anliegen ausgetauscht werden.

Los ging es ab 10 Uhr auf dem Marktplatz in Marienberg. Kaum waren Pavillon und Gesprächstische aufgebaut, warteten schon die ersten Gesprächspartner meines Wahlkreises. So meldete sich eine Bürgerinitiative, die sich gegen einen wohnortnahen Windpark wehren will, und erwartet von unserer Fraktion, dass wir sie auf ihren schwierigen Weg durch die Instanzen begleiten. Ich habe ihnen zugesagt, mich in den nächsten Wochen mit ihnen vor Ort zu treffen, um auszuloten, ob beim angedachten Bau des Windparks die gesetzlichen Vorgaben eingehalten wer-

den. Ein weiteres Gesprächsthema war der in der Region Marienberg teilweise immer noch schlechte Zustand der Straßen. Ein Bürger beschwerte sich, dass er immer in der Zeitung von dem vielen Geld liest, dass Wirtschaftsminister Dulig großspurig verkündet, bei ihm aber die Gemeinde Woche für Woche vertröstet wird, dass es dazu noch keine Entscheidung im Wirtschaftsministerium gibt. Immer wieder kamen Besucher des Wochenmarktes an unseren Stand.



Am Nachmittag folgen noch zwei thematische Gesprächsrunden. So trafen sich unserer Fraktionsvorsitzender Rico Gebhardt, die Parlamentarische Geschäftsführerin Sarah Buddeberg und ich mit dem Oberbürgermeister von Marienberg André Heinrich und dem Geschäftsführer des Verkehrsverbundes Mittelsachsen, Dr. Harald Neuhaus. Im Mittelpunkt des Gedankenaustausches stand das Problem, dass das für die Erzgebirgsregion wichtige Mittelzentrum Marienberg nicht mehr mit

Personenzügen zu erreichen ist. Darüber hinaus gab es viele andere kommunalpolitische Themen, die deutlich machten, dass weiter Druck von links auf die Landesregierung bei der Umsetzung der kommunalen Selbstverwaltung notwendig ist.

Ein weiteres Gespräch fand mit den Abgeordneten Antje Feiks, Janina Pfau, Nico Brünler und Mirko Schultze mit der Landestalsperrenverwaltung Pockau-Lengefeld und dem Betriebsleiter Frank Hunger statt. Hierbei ging es um die Umsetzung der Hochwasserschutzmaßnahmen. Der Betriebsleiter berichtete über die mitunter langwierigen Vorbereitungszeiten und die Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Arbeiten. Viele bauliche Maßnahmen müssen im Einklang gebracht werden mit Interessen von privaten Anliegern, aber auch mit den Interessen der Kommunen. Es wurde deutlich, dass es nur im Miteinander von Politik und Bürger\*innen geht.

• Klaus Tischendorf

# Außenpolitik im Fokus

Matthias Metzging blickt zurück auf die Versammlung der Basisgruppe Wilkau-Haßlau

Als Gast konnten wir am 17. April Stefan Liebich begrüßen, den außenpolitischen Sprecher unserer Bundestagsfraktion. Inhalte seiner Ausführungen waren die derzeit brennendsten Entwicklungen auf dem Globus.

Zunächst standen angesichts der Europawahlen die Lage und die Probleme in der EU im Mittelpunkt. Stefan machte dabei den Standpunkt der LINKEN deutlich: Wir wollen nicht die Abschaffung der Europäischen Union, jedoch eine deutliche Reform. Nur eine in internationalen Fragen einheitlich auftretende Gemeinschaft kann in der Welt mitreden und wird dort von den „global players“ ernst genommen. Allerdings ist es dahin noch ein weiter Weg, zumal sich in letzter Zeit in vielen Staaten ein „neuer“ Nationalismus ausbreitet, rechtspopulistische Parteien großen Zulauf haben und an Einfluss gewinnen. Ursache dafür seien auch in der Konstruktion und Ausrichtung der EU zu sehen; auch die Bundesrepublik und ihre Regierungen hätten daran großen Anteil.

Ein Beispiel für die bestehenden Dissonanzen und ungelösten Meinungsverschiedenheiten ist z. B. die Migrations- respektive Flüchtlingsfrage. So sei es z. B. angesichts des Beharrens Deutschlands auf den Regeln des „Dublin-Abkommens“ und der Verweigerung vieler innereuropäischer Länder zumindest nachvollziehbar, wenn sich die süd- und südosteuropäischen Staaten zunehmend restriktiv gegenüber Flüchtlingen verhalten. Ergebnis dessen ist die Einstellung der gemeinsamen Hilfsmission zur Rettung von Bootsflüchtlingen „Sophia“, was in der Folge zu steigenden Opferzahlen im Mittelmeer führt. Deshalb fordert die LINKE mit Nachdruck ein gesamteuropäisches Konzept zur gerechten Aufnahme und Verteilung der Flüchtlinge.

Insgesamt ist für die Akzeptanz eines gemeinsamen Europas sowohl eine grundlegende Reform der Struktur der EU mit ihren Institutionen als auch eine veränderte politische Ausrichtung notwendig. Insbesondere ist eine Abkehr von den Interessen der Konzerne hin zu einer EU, in der die Interessen der arbeitenden Menschen im Mittelpunkt steht, unabdingbar. In diese Richtung gehen wichtige Forderungen



gen der LINKEN z.B. nach einem einheitlichen europäischen Mindestlohn und einer angemessenen Besteuerung großer Unternehmen. Mehr Gewicht könnte DIE LINKE ihren Anliegen verleihen, wenn sie geschlossener auftreten würde.

International ist die Lage von einigen beunruhigenden Entwicklungen gekennzeichnet. Dabei ist in erster Linie die Politik des US-Präsidenten Trump zu nennen. Stichworte sind die Aufkündigung von Umweltschutz- und Abrüstungsabkommen, neue Sanktionen und Interventionen gegen missliebige

Staaten sowie die Initiierung eines Handelskrieges im Sinne von „America first“. Hochgradig anmaßend ist die Forderung nach einer beträchtlichen Erhöhung der Rüstungsausgaben. Es ist leider zu konstatieren, dass diese imperialistische Politik oftmals die gewollten Wirkungen entfaltet, auch weil sich die EU nicht konsequent und einheitlich im eigenen Interesse entgegenstellt. Im Gegenteil, verschiedene

insbesondere durch die völkerrechtswidrige Annexion der Krim Anlass zu berechtigter Kritik geboten. Besonders fragwürdig sei die staatliche Unterstützung für Europas Rechte, z.B. für die AfD, durch Russland. Dennoch würde um Verhandlungen und ein gutes Verhältnis zu Russland kein Weg herumführen. Sanktionen seien bisher im Sand verlaufen und würden auch in Zukunft wenig Aussicht auf Erfolg haben. In der Diskussion waren dazu auch kontroverse Meinungen erkennbar, z. B. hinsichtlich der Bezeichnung der Aufnahme der Krim in den Verbund der Russischen Föderation als völkerrechtswidrige Annexion.

Zum Schluss wurde Stefan Liebich aus aktuellem Anlass nach seiner Meinung zur Forderung nach Enteignung von großen Wohnungsunternehmen gefragt. Daraufhin verwies er zunächst darauf, dass die Aktivität von einer Berliner Bürgerinitiative kommt. Bei aller Sympathie sieht er die Erfolgchancen eher skeptisch, auch wegen der zu erwartenden hohen Entschädigungszahlungen durch die Stadt Berlin. Sicher sei auch die seinerzeit von Teilen der damaligen PDS mitgetragene Privatisierung von Wohnungsbeständen aus heutiger Sicht ein großer Fehler gewesen. Allerdings müsse für eine gerechte Bewertung auch die damalige Situation berücksichtigt werden, die gekennzeichnet war durch große Leerstände und eine hohe Verschuldung der Kommunen. Von den Teilnehmern der Diskussion wurden dann weitere denkbare Mittel zur Behebung der Wohnungskrise ins Spiel gebracht, z. B. die Bautätigkeit der öffentlichen Hand, finanziert durch die angemessene Besteuerung von Immobilienunternehmen (Steuern auf spekulative Wertzuwächse; Grunderwerbssteuer auf jeden Erwerb, auch den von ganzen Gesellschaften).

Regierungen versuchen, die Trends zu eigenem Vorteil zu nutzen.

Diskutiert wurden auch politische und ökonomische Fragen in Zusammenhang mit China und Russland. China sei zwar nominell ein „kommunistisch“ regiertes Land, de facto aber hat dort längst ein staatskapitalistisches Wirtschaftsregime Einzug gehalten. Mit zunehmender Wirtschaftsmacht versuche die Regierung Chinas, ihren Einfluss weltweit auszudehnen, wie dies gerade in Südostasien und Afrika zu beobachten sei. Ähnliches sei für Russland zu sagen. Russland hätte

## „Wir alle sollten uns als Verfassungspatrioten verstehen!“

So formulierte es der ehemalige Pfarrer der Leipziger Thomaskirche Christian Wolff in seinem Impulsreferat zur Eröffnung der diesjährigen Tage für Demokratie und Toleranz in der Region Zwickau, die nun schon zum 17. Mal stattfinden. Die Veranstaltung fand in der Zwickauer Lutherkirche statt.

In seiner Rede spann Christian Wolff den Bogen von der Befreiung des KZ Dachau vor 74 Jahren, in dem auch der evangelische Pfarrer Niemöller von 1937 bis 145 inhaftiert war, bis zur Gegenwart.

Niemöller hatte nach der Befreiung erklärt, er hätte in den Jahren von 1933 bis 1937 auf der Kanzel stehen und die

Gemeinde warnen müssen vor dem, was da passiert. Er habe das nicht getan und sei deshalb mitschuldig. Und so sei es auch heute: Jeder, der die Augen verschließt und den Kopf in den Sand steckt, mache sich am Erstarken der Rechtsnationalisten mitschuldig.

Insgesamt wartete Christian Wolff mit einer guten Analyse der Ursachen bis hin zur aktuellen Situation auf und machte deutlich: Das Problem der AfD ist nicht, dass es sie gibt, sondern dass so viele sie wählen. Und die Wähler seien nicht Opfer, sondern Täter.

Auch in den Grußworten von Oberbürgermeisterin Pia Findeiß (Foto), Landrat Scheurer und Generalintendant Pepel wurde deutlich, wie wichtig es



ist, zu handeln und wie wichtig die Güter unserer Demokratie sind. Deutlich wurde aber auch, dass vorhandene Freiheitsrechte schwerer zu verteidigen als neu zu erringen sind.

Ein Videospielder, produziert von Jugendlichen der Stadt, zeigte zudem eklatantes Unwissen über die Freiheitsrechte in unserem Land. Einige konnten nicht ein einziges Beispiel nennen, welche Freiheiten es hierzulande gibt.

Es ist erschreckend und zeigt, wie wichtig politische Bildung in allen Altersstufen ist!

• Simone Hock, Mitglied im Beirat des Demokratiebündnisses

# Kreisverband im Wahlkampfmodus

Von Uta Knebel unter Mitarbeit von Sören Skalicks, Michael Bauschke und Andreas Bärisch

Mit Aktionen in

- Großenhain (Tag der offenen Tür im Wahlkreisbüro unserer Landtagsabgeordneten Kerstin Lauterbach)
- Riesa (Auftaktveranstaltung mit der Europaabgeordneten Dr. Cornelia Ernst, Dr. André Hahn MdB, René Jalaß MdL, Bärbel Heym, Fraktionsvorsitzende der Kreistagsfraktion, und Mitgliedern der Kreis- und Stadtratsfraktion Riesa)
- Coswig (Familienfest zum 1. Mai)
- Meißen (Kandidat\*innenrunde)
- Radebeul (Infostand zum 1. Mai)

startete der Kreisverband DIE LINKE. Meißen ab dem 30. April in den Wahlkampf 2019. Der Start nach den Eindrücken der Landesvertreter\*innenversammlung war mancherorts in unserem Kreisverband nicht so leicht, so dass der Landesgeschäftsführer unserer Partei Thomas Dudzak sich mit Genossen des Ortsverbandes Riesa traf.

Meißen wird oft und gern die „Wiege Sachsens“ genannt – und der Kreis neben der Stadt ist meistens mit gemeint. Sich in trügerischer Sicherheit zu wiegen, dass DIE LINKE aus diesem Kreis im Landtag 2019 vertreten sein muss, ist freilich verwegen. Dennoch ist es schwer zu vermitteln, dass keiner der Bewerber aus dem Kreisverband Meißen bis zum Platz 20 Berücksichtigung finden konnte. War es dem Landesvorstand tatsächlich unmöglich, den Vertreterinnen und Vertretern zu vermitteln, dass es gute Leute in jedem Kreisverband gibt?

Im Kreisverband, wie in anderen auch, gilt es Lösungen aufzuzeigen, die die Arbeit im gesamten Kreisverband weiterhin möglich machen. Diese können wir nicht allein finden. Eine Basis für die weitere Arbeit bilden auf jeden Fall sehr gute Ergebnisse im Kommunal-

wahlkampf. Dieser Aufgabe stellen wir uns. Wir können dabei auf bewährte Wahlkämpfer und Neuzugänge bauen. Viele unserer Genossen sind wahlkampfprobt und haben sich bereits mit Material auf die Socken gemacht.

## Der Kreisverband der LINKEN in Meißen hat aber auch prominente Verstärkung erhalten.

Aus den Reihen der Piratenpartei wechselten in den vergangenen sechs Monaten drei Mitglieder aus dem Raum Meißen zum Kreisverband. Sören Skalicks (37, aus Meißen),

de Ausrichtung in unserem Land und Europa. Auch programmatisch waren für mich die LINKEN die einzige Option zur Piratenpartei. Viele Punkte, die bei den PIRATEN wichtig waren, finden sich auch im Programm der LINKEN wieder, vor allem bei den sozialen Themen.

**Michael:** Ich habe die LINKE als einzig echte Alternative zur Piratenpartei gesehen, da sich viele Programmpunkte überschneiden. Entscheidend für einen Wechsel waren für mich die anstehende Kommunal- und Landtagswahl, bei

den, denn für mich schien das der nächste logische Schritt zu sein. Die Piratenpartei hat sich für mich in die falsche Richtung entwickelt und spätestens 2014 war für mich das Schiff „Piratenpartei“ gesunken. Darüber hinaus sind die Schnittmengen mit der LINKEN einfach zu groß: fahrscheinloser ÖPNV, Bedingungsloses Grundeinkommen, dazu noch die Sozialpolitik im Allgemeinen und der Kampf gegen die in der Mitte der Gesellschaft angekommenen rechten Denkweisen und Strukturen.

Ihre Themen, wie

- funktionierender und für alle gut nutzbarer barrierefreier ÖPNV,
- lokale Jugendarbeit,
- Digitalisierung und Netzausbau, bei denen die Gemeinden nicht alleine gelassen werden dürfen,
- aktuelle Bildungspolitik ändern – mit dem längeren gemeinsamen Lernen als erstem Schritt und
- auf kommunaler Ebene mehr für die finanziell schwächeren Personen machen, etwa durch Mobilität die Teilhabe am sozialen Leben sichern,

sollen an dieser Stelle nur beispielhaft für unsere Kandidierenden genannt werden.

Es ist im Kreisverband außerdem entgegen anders lautenden Mitteilungen gelungen, junge Strukturen zu etablieren und auszubauen. Seit einigen Wochen hat sich zum Beispiel eine Linksjugend in Riesa gebildet. Dabei fand die Jugend aktive Unterstützung in jedweder Hinsicht auch vom Ortsverband und der Kreisvorsitzenden. Die Linksjugend Riesa hatte in dieser Konstellation ihren ersten großen Einsatz in der Nacht zum 1. Mai beim Plakatieren für die Kommunalwahl. Diese Feuertaupe hat sie hervorragend gemeistert.



V. l. n. r.: Michael Bauschke, Sören Skalicks, Andreas Bärisch

Michael Bauschke (34, aus Thendorf) und Andreas Bärisch (37, aus Coswig) verstärken nun die Partei tatkräftig vor Ort. Die Gründe dafür waren vielfältig.

**Sören:** Über einen Eintritt in die LINKE habe ich schon länger nachgedacht. Ausschlaggebend für mich waren dann unter anderem die Entwicklung in der Piratenpartei zurück zur reinen digitalen programmatischen Ausrichtung und die aktuelle nach rechts tendieren-

denen das Programm der LINKEN die einzige Alternative zu den rückwärtsgerichtetten Ansichten von CDU und AfD ist. Ich möchte verhindern, dass sich Sachsen zurück in vergangene Zeiten wählt, dazu braucht es eine starke LINKE. Nach dem Austritt von Julia Reda aus der Piratenpartei sah ich dort keine realistische Alternative mehr.

**Andreas:** Der Gedanke, in die LINKE einzutreten, war schon länger vorhan-

## Regionalbahn im ländlichen Raum?

Uta Knebel und Reinhard Heinrich fordern: Meißen-Nossen-Döbeln wieder verbinden!

Der stellvertretende Ministerpräsident Martin Dulig (SPD) will es. Die Staatsregierung scheint es zu wollen. Der VVO will es. Die Bürger wollen es. DIE LINKE im Kreis will es. Aber es zieht sich hin.

In einem viel beachteten Artikel der Leipziger Volkszeitung (LVZ) berichtet Marco Böhme, unser stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Landtag, bei der Pressekonferenz unterstützt vom Landtags-Direktkandidaten Tilo Hellmann, über seine Kleine Anfrage zum Thema. Als Einwohner und Stadtvorsitzender von Meißen ist Tilo Hellmann mit seiner Familie direkt betroffen. Darum schaut er genauer hin.

Seine Kenntnisstand 2019 laut LVZ: „Sicher wäre ... auch deshalb nichts, weil die Mittel gesperrt seien und eine Freigabe durch Ausschüsse notwendig ist. Diese Freigabe wiederum könne erst erfolgen, wenn ein Konzept für die Wiederbelebung der Strecke vorliegt und darüber befunden werden kann.“

Der Kreistag freilich hat die Frage nach dem Konzept schon mehrfach gestellt. Zuletzt mit bemerkenswerten Erfolg für unsere Linksfraktion. Nach einem wegen mangelnder Beschlussfähigkeit gar nicht erst zur Abstimmung gelangten Antrag der „Paprikafraktion“ (SPD, Grüne, Piraten) berichtete DIE LINKE. Meißen (Kreis) auf ihrer

Homepage bereits im Dezember 2018: „In diese Lücke sprang unsere Finanzexpertin Uta Knebel und formulierte einen Ergänzungsantrag, den sie im Gremium vehement verteidigte. Letztendlich war das Statement der LINKEN ausschlaggebend und das Anliegen wird nun umfangreich geprüft.“

Uta Knebels Antrag wurde im Kreistag mit großer Mehrheit angenommen. Von 71 Anwesenden (stimmberechtigt): 68 dafür, zwei Enthaltungen und eine Nein-Stimme. „DIE LINKE ausschlaggebend“ – wenn wir das im Landtag und im Bundestag nur auch hin und wieder ansatzweise hätten! Mit „Basis ist Boss“ natürlich.

Die Arbeit, damit es weiter geht, wird an der Basis geleistet. Der „Paprika“-Antrag – so ökologisch und ökonomisch sinnvoll er auch war – hatte formale und/oder sachliche Mängel. Mit solchen halbfertigen Anträgen der Opposition regiert sich's gut – weiß die CDU. Kompetenz ist halt unverzichtbar, wenn man „aus der Opposition heraus“, wie Oskar Lafontaine gerne sagt, „regieren“ will. Die marode Staatsmacht vor sich her zu treiben ist Aufgabe einer starken Opposition in Umbruchzeiten. Sicherlich sind wir das auch künftig im Kreistag. Für diesen Wahlkampf sind wir gut gerüstet. Es geht weiter. Unsere kommende Kreisfraktion wird dran bleiben.

# Was vom Tage übrig bleibt

Jens Dietzmann zu den Ergebnissen der Landesvertreterinnenversammlung in Leipzig

Groß waren die Krokodilstränen im Landesverband nach der Bundestagswahl 2017. Was war da bloß los in Sachsen, dass blau getarnte Rassisten mit Lügen und hohlen Phrasen die schwarz getarnten Schein-Heiligen mit ihren hohlen Phrasen und Halbwahrheiten schlagen konnten und nicht wir? Und plötzlich wurde er entdeckt: Der ländliche Raum, also für den einen oder anderen ... das was räumlich zwischen zwei Demos liegt. Mehr als hundert Mal wurde dann auf dem Parteitag in Hoyerswerda beschworen, dass man sich um den ländlichen Raum kümmern müsse. Ganz großes Kino.

Nebenbei wurde auch ein Wahlverfahren mit einer 20er-Liste beschlossen, bei der jeder Landkreis unter den ersten 20 Plätzen sicher vertreten sein sollte. Die jahrelange Erfahrung aus LVV, aus denen nie eine Liste herauskam wie sie hineinkam, war vergessen. Diesmal klappt es ganz bestimmt. Ganz sicher. Die Liste ward also gemäß den Präferierungen der Kreise, so diese stattfanden, erstellt und eingebracht ... und hielt dann einigermaßen genau bis Platz 14. Auch die Präferierungen der Genossen vor Ort spielten plötzlich keine Rolle mehr. So, Basis ist also Boss. Interessant.

Als dann also zwei Kreisverbände komplett aus den ersten 20 Plätzen zu fallen drohten, demonstrierten die Landesvorsitzende und der Landesgeschäftsführer, wie wichtig ihnen der

Regionalisierungsaspekt der Liste ist – durch eine Fürsprache für die vierte Kandidatin aus Leipzig. Soll diese leichte Diskrepanz zwischen Wort und Tat in Zukunft als Maßstab für das Miteinander in der Partei gelten? Als Grundlage für vertrauensvolle Zusammenarbeit taugt sie jedenfalls nicht. Die Kreisverbände werden das hoffentlich bis zu den nächsten Vorstandswahlen im Gedächtnis behalten.

Um es ganz deutlich zu sagen: Antje hat natürlich jedes Recht, Fürsprachen zu halten. Als Landesvorsitzende sollte sie aber einen Blick auf den gesamten Landesverband haben und dafür auch persönliche Sympathien zurückstellen können. Ansonsten darf sie sich überlegen, wie sie ohne die Strukturen der Kreisverbände in Zukunft Wahlkampf in der Fläche organisieren will. Diese hängen nämlich in vielerlei Hinsicht an Mandatsträgern.

Im Übrigen bleibt noch ein fader Beigeschmack vom Tage. Dutzende Male haben wackere Antifaschisten auf dem Podium ihren „Kampf gegen rechts“ dargestellt. Das hatte nach einer gewissen Zeit den Charme eines Opas, der zum siebenten Mal zwischen Frühstück und Mittagessen vom Krieg erzählt. Ich persönlich wartete nur auf die Präsentation der Schrittzahlen, die man laut App auf Demos geschafft hat. Fachliche Kompetenzen schienen dagegen eher nicht beliebt zu sein. Man kann natürlich Kandidatenlisten so gestalten, dass

jede bisher entdeckte Minderheit ihren eigenen Soziologen oder Politologen als parlamentarischen Betreuer bekommt ... am besten direkt von der „Kreißaal-Hörsaal-Plenarsaal“-Schiene. Und es ist ja auch wahr, dass bei genauerer Betrachtung die gesamte Gesellschaft sich aus Minderheiten zusammensetzt. Trotzdem gibt es ganz deutlich Kernbereiche der Politik, die eben Mehrheiten betreffen. Wo haben wir auf aussichtsreichen Plätzen Gewerkschafter, die sich um die abhängig Beschäftigten kümmern? Wo haben wir Fachleute, die Fragen von Agrar- und Forstwirtschaft authentisch vertreten können? War da nicht was mit Agrexporten, die Menschen in die Flucht treiben?

Es mag für den einen oder anderen ein befremdlicher Gedanke sein, dass die Mehrzahl der Wählerinnen und Wähler mit dem ganzen X-ismen\*-innen-Slang nichts anfangen kann. Umerziehung per erhobemem Zeigefinger (oder Demoschild) ist nicht sehr erfolgversprechend. Irgendwo sollte man gelernt haben, auch auf Augenhöhe verständlich mit Leuten zu sprechen, die nicht mit den Clubs in Connewitz vertraut sind, beispielsweise im Berufsleben. Ich befürchte: Wenn diese Entwicklung sich so fortsetzt, wird diese Partei denselben Weg nehmen wie die Grünen, als eine weitere urbane Schicki-Micki-Szene-Partei. Wird sie dann die Systemfrage genau so stellen wie die Grünen heute die Friedensfrage?

## Bautzen darf nicht länger braune Hochburg sein

Bei der Identitären Bewegung (IB) handelt es sich mitnichten um ein paar harmlose, rechte Politbewegte, sondern um stramme Rechtsextreme. Das beweisen nicht zuletzt die Verbindungen ihres medialen Aushängeschildes, des Österreichers Martin Sellner, zum Attentäter von Christchurch. Dieser spendete Sellner nicht nur Geld, er bezog sich klar auf Positionen der IB als Motivation für seine rechte Terroraktion gegen Muslime und ihre Moscheen.

Man muss aber gar nicht so weit weg gehen: Bereits im Landkreis Bautzen finden sich zahlreiche Verbindungen und personelle Überschneidungen zwischen der IB, der rechten Kameradschaftsszene und der AfD. So gibt es in Hoyerswerda einen AfD-Stadtratskandidaten, der bekennender Teil der IB ist und enge Verbindungen zur IB Dresden pflegt. Bei uns in der Region fiel die rechte Gruppierung in den vergangenen Monaten durch die sogenannten „Holzkreuz-Aktionen“ auf. So zum Beispiel, besonders geschmacklos, am Internationalen Holocaust-Gedenktag im Januar auf dem Ehrenmal in Hoyerswerda. In der Bautzener Ausgabe der Sächsischen Zeitung erschien Anfang April dennoch ein Artikel, in dem ein regionaler Kader der IB ausführlich Stellung beziehen durfte.

Ich erwarte von der Polizei jetzt schnelles und entschiedenes Vorgehen gegen die Identitäre Bewegung im Landkreis Bautzen. Wenn sich die rechten Aktivisten schon so sicher fühlen, dass sie ganz offen Zeitungsinterviews geben, läuft etwas gefährlich falsch. Die IB ist der Versuch rechter Kräfte, ihre menschenfeindliche Ideologie in ein modern wirkendes Gewand zu kleiden und damit zu verschleiern. Tatsächlich sind ihre Mitglieder aber an zahlreichen rechten Demonstrationen in Bautzen in den letzten Monaten federführend beteiligt gewesen und trugen so zur aufgeheizten Stimmung und Spaltung in der Stadt bei.

Wenn sich jetzt ein Sprecher freimütig zu Aktionen bekennt, zu denen der Staatsschutz ermittelt, frage ich mich, warum die Behörden nicht selbst bislang auf diese Personen aufmerksam geworden sind. Mindestens erwarte ich jetzt aber, dass die Ermittlungen schnell abgeschlossen werden und die bekennenden Täter zur Verantwortung gezogen werden.

• Caren Lay

## Alle Wahlen wieder

Die Straßenränder werden in diesen Tagen immer bunter. Die Parteien reichen von A wie AfD bis V wie Volt und die Violetten, die um die Gunst der Wählerinnen und Wähler buhlen. Der rote Wahlkampf-Flitzer dürfte ja wohl schon in der Stadt aufgefallen sein. Aber gestern hat in Kamenz auch der Haustürwahlkampf der LINKEN begonnen. Die Genossinnen und Genossen sind der Auffassung, dass es bei den Europa- und Kommunalwahlen nicht nur um den äußeren Anschein gehen darf. Sie wollen wissen, was die Wähler wirklich wollen und von ihnen konkret erwarten. Und so klingelten sie denn in Kamenz-Ost an den Türen; voran die Landtagsabgeordnete Marion Junge und unterstützt durch Susanne Lang von der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN. Sie sind optimistisch: Das ist mehr als Klingelputzen. Die ersten Ergebnisse wiesen die Kommunalpolitiker u.a. auf solche Probleme hin wie

■ barrierefreies Wohngebiet mit mehr altengerechten Gehwegen,



Von links nach rechts: Franziska Petrick, Richard Elsner, Marion Junge (Landtagsabgeordnete und Stadträtin), Susanne Lang (Berlin), Andreas Koch (Stadt- und Kreisrat)/Foto: Rode

■ Überdenken geplanter Abrisse in Kamenz-Ost,  
■ weitere Verbesserung der Gesundheits- und Pflegepolitik sowie

■ ÖPNV und verbesserte Busanbindung an den Wochenenden.  
Für die Bundespolitik kamen Aufgaben ins Gespräch wie die noch immer

unzureichenden Mindestlöhne und die Unterstützung der Bundes- und Landespolitik für die Kommunen.

Die Haustürbesuche werden natürlich in der Zeit bis zu den Wahlen fortgesetzt.

**Sebastian, wie bist Du zur Hilfe gekommen?**

Ein Freund war auf Lesbos aktiv und hat mich immer wieder animiert, auf die Insel zu kommen. Das machte es ziemlich leicht für mich, vor Ort Kontakte zu knüpfen und schnell effektiv zu arbeiten. In Berlin hatte ich zudem schon länger eine Art Sinnkrise, was meinen politischen Ausdruck angeht. Alles was ich hingegen auf Lesbos mache, fühlt sich sehr direkt an und bringt zumeist unmittelbare Ergebnisse. Praktische Ansätze liegen mir wohl auch mehr als stundenlange Plena.

**Was sind Deine Beweggründe, zu helfen?**

Lange haben mich die Bilder vom sinnlosen Sterben im Mittelmeer und die Ergebnisse der fatalen Ausgrenzungspolitik Europas sehr beschäftigt. Ich wollte nicht mehr nur ohnmächtig zuschauen,

**„Hier regnet es seit zwei Tagen. Durch die Zelte der Leute in Moria laufen ganze Flüsse hindurch. Die Situation ist unerträglich. Auch die Stimmung unter unseren Freunden hier ist merklich frustrierter und depressiver. Letzte Woche hat hier ein 10jähriges Mädchen versucht, sich das Leben zu nehmen, weil sie das hier nicht mehr aushielt. 10! Der Winter hat gerade erst angefangen. Bin gespannt, wie viele sie hier in der Kälte verrecken lassen. Wir kommen nicht mal im Ansatz hinterher mit dem Versorgen derer, die gar nichts mehr haben. Trotzdem tut es irgendwie gut, zu sehen, dass es Leute gibt, die es schaffen, in diesem Wahnsinn Mensch zu bleiben und mit dem, was sie haben, zu helfen.“**

SMS vom 18.11.2018

# „Nicht mehr nur ohnmächtig zuschauen“

Der EU-Hotspot Moria auf der griechischen Insel Lesbos ist zum Symbol für Europas Versagen in der Flüchtlingspolitik und zum Gefängnis geworden. Es gibt Menschen, die das in Ordnung finden. Sebastian, der in Sachsen aufwuchs und in Berlin als Türsteher arbeitet, gehört nicht dazu. Er hielt die Bilder nicht mehr aus und hilft nun vor Ort – in solidarischen Strukturen, wie er sagt. SachsensLinke!, der auch sein richtiger Name bekannt ist, hat mit ihm gesprochen.



Das informelle Lager im Olivenhain. Einst wurde das Lager von der Organisation Better Days betreut und es wurde Infrastruktur gestellt. Nach gezwungener Schließung müssen die Bewohner nun mit minimaler Infrastruktur auskommen – ein paar Strombüchsen, zehn Dixiklos für 1200 Bewohner. Bei Regen fluten die Zelte, sie sind direkt auf den steinigen Boden gebaut und als Schlafunterlage dient Pappe aus dem Müll.

sondern diesem Wahnsinn etwas entgegen setzen. Ich wollte Solidarität mit den Betroffenen zeigen, ihnen einen Ausblick auf die Möglichkeit einer anderen, besseren Gesellschaft geben. Ein großer Teil der Menschen, die nach Europa fliehen, haben diesen Weg von der Türkei nach Griechenland wählen müssen. Stehe ich an der griechischen Küste – die türkische Seite zum Greifen nahe –, ist es schwer und schmerzhaft zu begreifen, dass hier das fortwährende Ertrinken Geflüchteter andauert. Mein

drängendster Eindruck: Das Sterben ist kalkuliert und soll zur Abschreckung dienen. Wie die menschenunwürdige Situation in den Camps.

**Was erlebst Du in Moria – und wie wirkt das auf Dich?**

Moria lässt dich schnell vergessen, dass du dich auf europäischem Boden bewegst. Es fühlt sich sehr nach Katastrophengebiet an. Die meisten Nichtregierungsorganisationen haben sich aus

Sicherheitsgründen bereits zurückgezogen. Da die eigentliche Kapazität dieses Camps bei weitem nicht ausreicht, entstand schnell ein wildes Zeltcamp in den anliegenden Olivenhainen. Überall spielen Kinder im Dreck, es ist sehr beengt und es stinkt. Das erste Mal als ich da war, hatte ich die ganze Zeit mit Tränen zu kämpfen. Weinen empfand ich als jemand, der sich aussuchen kann, ob er da sein möchte oder nicht, aber als Tabu. Hier lässt sich am besten ablesen, welche Strategie scheinbar hinter der europäischen Ausgrenzungspolitik steht: Es soll so unkomfortabel, so unwürdig wie möglich sein. Keiner hier soll Angehörige und Freunde in den Heimatländern animieren wollen, diesen Weg der Flucht auf sich zu nehmen. Eine Ärztin, die fünf Jahre auf Hilfsmission im Kongo war, sagte mir, Moria sei das Schlimmste, was sie je gesehen hat. Im Camp stehen ein paar Container, in welchen die Anträge der Geflüchteten bearbeitet werden. Der Umgang, vor allem der Securitys und PolizistInnen ist sehr schroff. Diese Container sind durch zwei sehr hohe Maschendrahtzäune mit unglaublich viel Nato-Draht umrandet, ähnlich wie das ganze Camp selbst. Durch Löcher in den Zäunen werden, sofern die Mitarbeiter gnädig sind, die Papiere der Geflüchteten angenommen. Teilweise stehen hunderte Menschen an und warten davor. Es ist unglaublich beklemmend! Viele der Menschen hier sind traumatisiert, erschöpft und frustriert.

**Kann jeder helfen?**

Die Hilfsmöglichkeiten vor Ort sind sehr vielfältig. Viele Hilfsorganisationen kooperieren jedoch mit den staatlichen Behörden und werden so zu einem Instrument der Abschiebeindustrie vor Ort und profitieren, durch staatliche Mittel, vom Elend der tausenden Hilfesuchenden. Es stellt sich für mich die Frage, wie humanistisch überhaupt „hu-

**„Ich habe gestern einen Selbstverteidigungs-Workshop für ca. 25 Geflüchtete gegeben. War sehr abgefahren, das in 5 verschiedenen Sprachen zu machen, hat aber gut funktioniert. Die Leute haben so viel Sch... durch.“**

SMS vom 25.11.2018

manitäre Hilfe“ sein kann, welche die katastrophalen Zustände wie z. B. in Moria mitträgt und diese direkt und indirekt auch erhält. Für mich war es daher wichtig, mit Gruppen zu arbeiten, die versuchen, die Selbstorganisation und das Verbessern der Situation von Geflüchteten in den Vordergrund zu stellen. Eine Gruppe namens „no borders kit-



Der Arm eines pakistanischen Geflüchteten zeigt Spuren von autoaggressivem Verhalten. Er sagt dazu: „It is this Life, this Place“. Solche Narben sind häufig auf Lesbos zu sehen. Ein Arzt der lokalen Psychiatrie geht von einem Suizidversuch pro Tag aus.

chen“ kümmert sich um die Versorgung der aus dem Versorgungssystem ausgeschlossen, um Menschen, die in den Camps nicht mehr sicher sind, um Hungernde, wenn das Essen in Moria wiederum zu Teilen aus „lebendigen Proteinquellen“ besteht. Es gibt eine Gruppe namens „Campfire“, welche nachts an den Küstenabschnitten patrouilliert, um

**„Leute, die schwer traumatisiert und wirklich hilfsbedürftig sind, bekommen keinen Status. Gestern kam bei der Essensverteilung ein Afghane zu mir. Sprach perfektes Englisch. Hat für die US-Armee im Taliban-Gebiet gedolmetscht, worauf seine gesamte Familie massakriert wurde. Nun ist er mit Erfrierungen an den Füßen hier gestrandet. Ich dachte, er ist Anfang 40, aber er ist erst 27. Die Leute altern hier so unglaublich schnell.“**

SMS vom 27.11.2018

neu ankommenden Geflüchteten dabei zu helfen, sicher an Land zu kommen. Erstversorgung mit dem Nötigsten, psychologische Unterstützung, falls es zu einem „landing“ kommt. Andernfalls sind es Frontex-Mitarbeiter, die die

Ich zumindest habe noch niemanden kennen gelernt, der geflüchtet wäre, weil es so „schön“ ist, in einem überfüllten Schlauchboot und ohne Schwimmkenntnisse das Mittelmeer zu passieren. Dafür aber viele, die in ihren Heimatländern politisch verfolgt oder gefoltert wurden, ihr Zuhause, ihre Familie, ihren Job verloren haben, Krieg, Obdachlosigkeit und Armut entfliehen wollten oder einfach nur in Würde leben möchten. Fluchtursachen sind enorm vielfältig und in der Regel durch die Politik jener Länder produziert, in welche die Menschen nun flüchten. Das Geschäft der Schlepper ließe sich schnell und effektiv bekämpfen, indem sichere Fluchtrouten geschaffen würden. Und so lange deutsche Waffen in Kriegsgebiete exportiert werden, so lange mit Diktatoren paktiert und diese gestützt werden, wie in der Türkei, so lange Deutsche Banken das Prekariat in anderen Ländern noch



Das Hotspot Camp Moria ist hoffnungslos überfüllt. Es wurde einst für 2.300 Personen gebaut, jetzt wohnen hier über 6.500 Menschen. Dies führt zu unzähligen sozialen und medizinischen Problemen. Krankheiten verbreiten sich rasant und persönliche Konflikte eskalieren schnell zu gewaltsamen Ausschreitungen.

se Menschen in Empfang nehmen und diese sind nicht gerade für ihre Warmherzigkeit bekannt. „One happy family“ wurde geschaffen als eine Art soziales Zentrum auf der Insel – betrieben von Geflüchteten und für Geflüchtete. Hier gibt es eine Schule, medizinische Versorgung, Gärten, Freizeitangebote, Friseur, Schwimmkurse und vieles mehr. Dieses Projekt zeigt, dass es möglich ist, das vorübergehende Leben vieler Menschen sozial und solidarisch zu organisieren und das in Selbstverwaltung und ohne die Millionen von Geldern, welche in Moria versiegen. Auch das Sortieren und Verteilen von Hilfsgütern, Übersetzen, Kochen, psychologische und medizinische Hilfe anbieten oder das Weitergeben des eigenen „know hows“ sind Möglichkeiten, vor Ort aktiv zu werden. Letztlich kann jede Person, die sich das zutraut, vor Ort helfen.

**Was sagst du jemandem, der euch vorwirft, das Geschäft der Schleuser zu unterstützen?**

Die ganze Debatte um die sogenannten Schleuser ist total scheinheilig, weil sie die eigentlichen Ursachen für Flucht und Vertreibung vollkommen verdrängt.

mit Mikrokrediten peinigt, so lange den ärmsten Ländern noch die Ressourcen unterm Arsch weggeklaut und deren Industrie systematisch ruiniert wird, so lange die Ungleichverteilung und die

**„Mit Menschenwürde hat das hier alles gar nichts mehr zu tun. Ich bin ganz schön fertig von all dem Elend, aber beklagen kann man sich irgendwie auch nicht, mir geht's nämlich verdammt gut im Vergleich“**

SMS vom 6.12.2018

Schere zwischen Arm und Reich voranschreitet, so lange sind Schlepper – so unmoralisch und falsch deren Geschäfte sein mögen – für viele Menschen die einzige Chance auf ein würdiges Leben.

**Wie geht es nach den Hilfseinsätzen weiter bei Dir? Fährst du wieder hin?**

Mein Leben in Berlin geht dann meist nahtlos weiter. Viel Arbeit, wenig Schlaf. Für mich bedeutet es erstmal wieder sehr viel Lohnarbeit, bis ich das Geld zusammen habe, um das nächste Mal wieder dahin zu können. Es hilft mir, mit Leuten zu sprechen, um das Erlebte zu verarbeiten, aber auch um andere für diese Thematik zu sensibilisieren. Ich versuche, von hier aus weiter zu unterstützen. Wichtig ist es, die wenigen wirklich solidarischen, aber personell unterbesetzten Strukturen auf Lesbos zu erhalten. Ich hoffe, dass es keine weiteren, schweren Repressionswellen gegen HelferInnen vor Ort geben wird. Ansonsten gibt es natürlich auch hier noch viele andere Kämpfe auf dem Weg zur befreiten Gesellschaft zu kämpfen.

**Danke für das Gespräch, für Dich und Euch viel Kraft und solidarischen Zusammenhalt!**

• Fotos: Copyright Roman Kutzowitz 2019 / [www.roman-kutzowitz.com](http://www.roman-kutzowitz.com)  
Entstehung der Fotoserie: 2017/2018



Das Boot Mo Chara der Rettungsorganisation Refugee-Rescue aus Großbritannien. Die Organisation ist seit Februar 2016 auf Lesbos aktiv. Sie hat bisher über 10.000 Personen aus Syrien, Afghanistan und dem Irak gerettet und besteht aus Rettungsschwimmern und ehrenamtlichen Helfern.

Warum sind wir politisch aktiv? Es lohnt sich, diese Frage hin und wieder zu stellen. Hoffentlich geht es darum, die Welt besser zu machen und um den Spaß an der Sache. Manchmal kann man aber auch den Eindruck gewinnen, dass es nur um Macht und Ressourcen geht. Im Oktober nominierte der Jugendverband seine jungen Kandidierenden für die Landtagswahl. Wir machten uns im Vorherein viele Gedanken, wie sich die Wahl gut und fair gestalten lässt. Damit es nicht nur darauf ankommt, wer wen kennt, nahmen wir uns viel Zeit fürs Kennenlernen der Kandidierenden auf dem Landesjugendplenum. Uns war im Vorhinein nicht klar, wie sehr sich Personen, die das Jugendverbandsalter bereits überschritten hatten, einmischen würden. Da wurden Gerüchte gestreut und ungefragt Wahlempfehlungen gegeben.

Eigentlich sollte es doch ganz einfach sein. Wer über 27 Jahre alt ist, hält sich aus dieser Nominierung raus. Klar interessieren sich alle dafür, wer gewählt werden wird. Und das ist gut so. Es ist einer der Wege, wie der Jugendverband auf die Partei Einfluss nehmen kann. Das der Landesverband uns diese Möglichkeit gibt, ist nicht selbstverständlich. Das Jugendvotum ist kein Selbstzweck. Wenn es uns um die Sache geht, dann ist es im Interesse der Partei, dass der Jugendverband sie beeinflusst, die Fraktion verjüngt und Themen setzt. Andersherum sollte die Partei keinen Einfluss auf den Jugendverband ausüben. Sonst wird die Linksjugend zur Kaderschmiede oder zum Instrument, um Interessen durchzusetzen.

Leider scheint es, dass Macht, Geld und Ressourcen den einen oder anderen seine politischen Ideale vergessen lassen. Das Umfeld verurteilt und thematisiert das dann manchmal, oder trägt es mit. Die Verantwortung wird weggeschoben oder das Ergebnis stellt einen insgeheim zufrieden. Oft wird auch angeführt, alle anderen würden ja auch klüngeln und taktisch wählen. Und wenn man selbst das nicht auch tut, hat man ja schon

# Parteiströmungen, Geklüngel und Jugendvotum

Nele Werner über die Landesvertreter\*innenversammlung



verloren. Aber was nützt es zu gewinnen, wenn man unterwegs verlernt hat, sich an die Grundsätze zu halten, die mensch durchzusetzen wollte. Erst recht in linken Kreisen sollte Politik kein Machtkampf sein. Wenn es um Personenwahlen geht, lässt sich die Einmischung auch als Beleidigung verstehen. Haltet ihr eure Kandidat\_innen nicht für kompetent genug, um ohne euch zu gewinnen?

Der Jugendverband konnte letztendlich trotz allem eine faire Wahl durchführen. Es bleibt die Enttäuschung, dass Parteiakteur\_innen uns dabei Steine in den Weg legten. Auf der Landesvertreter\_innenversammlung wurden unsere beiden aussichtsreichen jungen Kandidierenden Anna Gorskih

und Paul Hösler auf Platz 7 und 22 gewählt. Letzterer rutschte dabei gegenüber dem vorherigen Platz auf dem Vorschlag nach hinten. Je komplexer das Wahlverfahren, desto unklarer die Motive. Dennoch bleibt das Gefühl, dass das Jugendvotum auch hier nicht so wichtig war wie es sein sollte. Jedenfalls nicht wichtiger als die eigenen strömungspolitischen Erwägungen. Auch unsere anderen jungen Kandidierenden Jenny Trültzsch (Platz 29), Jakob Müschen (Platz 36), Pauline Backemeier (Platz 37) und Daniel Peisker (Platz 38) wurden gewählt und freuen sich auf einen spannenden Wahlkampf.

Zum Schluss möchte ich gerne noch auf die Darstellung eingehen, in der

Landesliste spiegelte sich der „Jugendwahn“ der Partei wider, die mich als 24-Jährige (auch keine Jugendliche mehr!) ehrlich gesagt zum Lachen bringt. Auf der Liste, die gewählt wurde, befinden sich auf den aussichtsreichen Plätzen drei Kandidaten unter 30. Die jüngsten, Paul und Anna, sind mit 27 Jahren auch nicht gerade Teenager. Fast ein Drittel der sächsischen Bevölkerung war 2015 allerdings unter 30. Da ist noch Luft nach oben auf der Landesliste. Auch wenn die meisten jungen Menschen ja gar nicht wählen dürfen.

## Wahlrecht für Alle – es geht voran!

Am 26. Mai 2019 findet die EU-Wahl statt. Das Bundesverfassungsgericht hat am 15. April 2019, nachdem die Fraktionen von DIE LINKE, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der FDP geklagt hatten, die Wahlrechtsausschlüsse zu EU- und Bundestagswahlen abgeschafft. Sie betrafen sowohl Menschen in Vollbetreuung und Strafgefangene, die aufgrund einer psychischen Erkrankung/geistigen Behinderung eine Straftat begangen haben und schuldunfähig sind.

Diese veraltete Regel schloss damit in erster Linie Menschen aus, die eine Behinderung haben. Vorangegangen war ein Beschluss des Bundestages vom 15.03.2019. In diesem hieß es, dass Wahlrechtsausschlüsse zum 1. Juli 2019 abgeschafft werden sollen. Damit wären zur Europawahl am 26. Mai über 80.000 Menschen in Deutschland ausgeschlossen gewesen.

Dass die Wahlrechtsausschlüsse ursprünglich erst zum 1. Juli abgeschafft worden wären, hängt damit zusammen, dass die Bundeswahlordnung nur bis zu einem Jahr vor Wahlen geändert werden kann. Da stellt sich jedoch die Frage, warum die Regierung nicht schon früher gehandelt hat. Schon im Koalitionsvertrag wurde sich darauf verständigt, die Wahlrechtsausschlüsse abzuschaffen. In der UN-Behindertenrechtskonvention, die Deutschland im März 2009 unterschrieben hat, steht, dass jeder Mensch mit Behinderung das Wahlrecht hat. Davon jedoch abgesehen, ist das Wahlrecht ein Bürgerrecht und sollte in einer Demokratie jedem zustehen. Dies hat auch das Bundesverfassungsgericht am 29. Januar 2019 beschlossen.

Auch in Sachsen sollen die Wahlrechtsausschlüsse zur Kommunalwahl, die ebenfalls am 26. Mai 2019 stattfindet, abgeschafft sein. Wir sind froh, dass die diskriminierenden Wahlrechtsausschlüsse endlich abgeschafft sind. Wir fordern jedoch weiterhin, das Wahlalter auf null herabzusetzen und allen hier lebenden Menschen ein Wahlrecht zuzugestehen.

• Natalie Prautsch

## Viva la Vulva

Warum wir mehr über unsere Tage reden müssen

Wieso verteilt die Linksjugend neuerdings Menstruationstassen? Weil wir finden, dass unsere Körper und damit auch unsere Perioden dringend enttabuisiert gehören. Viele schämen sich, reden nicht darüber, verstecken Tampons und Binden und fragen im Notfall nur peinlich flüsternd danach. Das sorgt dafür, dass viele die Menstruation und den Körper als schmutzig und eklig wahrnehmen. Doch an uns ist wirklich gar nichts schlimm oder falsch. Es ist das Natürlichste der Welt. Unser Körper wusste schon wie man detoxt, bevor das cool war. Einer der effektivsten Wege, das Tabu zu brechen, ist es, offen darüber zu reden. Mit euren Freund\_innen, Partner\_innen, eurer Familie und mit denen, die

ihr sonst so trifft. Nur so funktioniert Aufklärung. Eine Menstruationstasse oder ein hübsches Beutelchen kann hierfür ein Türöffner sein.

Aber was sind eigentlich Menstruationstassen? Das ist ein sogenannter „Monatshygieneartikel“, also ein Gefäß aus Silikon, das wie ein Tampon eingeführt wird, um das Periodenblut aufzufangen. Die Tasse kann gereinigt und so jahrelang verwendet werden. Wieso aber lieber eine Menstruationstasse benutzen? Zum einen kann unheimlich viel Müll vermieden werden und so ganz konkret ein Beitrag zum Umweltschutz geleistet werden. Zum anderen kosten Einwegprodukte über ein Leben verteilt mehrere tausend Euro. Mit

ein wenig Übung beim Einführen und Herausnehmen hat die Tasse einen höheren Tragekomfort als andere Hygieneartikel. Sie muss weniger oft geleert werden und ist auch sehr auslauf- und geruchssicher. Außerdem ist ihre Benutzung hygienischer als ein Tampon oder eine Binde, die ein ideales Milieu für Bakterien bilden. Tampons trocknen durch ihre aufsaugende Wirkung die Vaginalflora aus und viele vertrauen auch deren Inhaltsstoffe nicht. Wir finden daher aus ökologischen und praktischen Gründen die Vorteile von Menstruationstassen überzeugend, und möchten diese großartige Idee weiter bekannt machen.

• Eileen Wagner

# Was der Brexit für Irland bedeutet



EUROPEAN UNITED LEFT/  
NORDIC GREEN LEFT  
EUROPEAN PARLIAMENTARY  
GROUP

*Brian Carty, Brexit-Koordinator der GUE/NGL, über die Zukunft Irlands und Nordirlands*

Das Belfast Agreement, auch bekannt als Karfreitagsabkommen, ist ein Übereinkommen zwischen der Regierung der Republik Irland, der Regierung des Vereinigten Königreichs und den Parteien in Nordirland vom 10. April 1998. Bis dahin war Bessbrook, ein Dorf im nordirischen County Armagh, angeblich der verkehrsreichste Flughafen in Europa. Als großer britischer Militär-Stützpunkt versorgte er militärische Außenposten in der Umgebung. Da Truppenbewegungen und Lieferungen auf der Straße viel anfälliger für Angriffe waren, nutzte die britische Armee bevorzugt Hubschrauber als Transportmittel.

Die Militärbasis wurde 2007 geschlossen. Im Dezember 2018 waren sich die britische und irische Regierung einig, dass es derzeit 208 offizielle Grenzübergänge an der 500 km langen Grenze zwischen beiden Ländern gibt (die „inoffiziellen“ Übergänge wurden nicht gezählt). Zwischen der EU und allen östlichen Ländern – von Finnland bis Griechenland – gibt es gerade einmal 137 Grenzübergänge. Diese Grenzen haben seit Jahrzehnten Bestand, die Verhältnisse sind geklärt. Anders liegt es zwischen Irland und Nordirland. Es gibt Häuser, die auf einer Seite der Grenze betreten und auf der anderen Seite verlassen werden können. Ungezählt sind die Felder, durch die die Grenze verläuft. Auch die Kirchen, bei denen der Friedhof auf der anderen Seite der Grenze liegt, wurden bisher nicht berücksichtigt. Es gibt sogar einen Abschnitt der Autobahn Dublin-Belfast, auf dem die Grenze zwischen den Richtungsfahrbahnen verläuft. Und so wird deutlich: Die meisten Menschen bemerken es gar nicht, wenn sie von einer Seite der Grenze zur anderen gehen.

Das Karfreitagsabkommen befasst sich mit Fragen der Menschenrechte und Gleichheit, Entmilitarisierung und Polizeiarbeit. Es beschreibt den Weg zur irischen Einheit. Damit schuf es Rahmen-

bedingungen für eine Zusammenarbeit, die den Regeln einer EU-Mitgliedschaft gerecht werden. Dadurch wurde eine Grenzinfrastruktur unnötig, der Alltag grenzüberschreitend.

Im Januar 2019 gab der frühere Brexit-Sekretär Dominic Raab zu, dass er das Karfreitagsabkommen nicht gelesen habe. Dabei hat es nur 35 Seiten. Das ist ein Offenbarungseid: Der von der britischen Regierung mit den Verhandlungen über den Austritt Großbritanniens aus der EU beauftragte Mann kennt das Dokument nicht, das den verfassungsrechtlichen Rahmen für Nordirland umreißt. Ein Dokument, das für eine der umstrittensten Fragen des Brexit unerlässlich ist, wenn man Austrittsverhandlungen führen will.

Vermutlich hat Raab auch die Rücktrittsvereinbarung mit ihren 585 Seiten nicht komplett gelesen. Leider ist er typisch für einen bestimmten Typ britischer Politiker, die weder Irland noch die Welt jenseits der privilegierten Erziehung in Privatschulen und Eliteuniversitäten kennen. Sie sehnen sich nach den imaginierten Ruhmestagen eines vergangenen Imperiums zurück.

Die sozialen und wirtschaftlichen Störungen, die selbst durch einen „weichen“ Brexit verursacht werden, werden beträchtlich sein. Die Rücktrittsvereinbarung deckt gerade ein Minimum ab, so dass feste Grenzbefestigungen nicht notwendig werden. Man geht davon aus, dass man Zollstellen, Stacheldraht und Uniformierte mit Hunden und Gewehren vermeiden kann. All dies zu vermeiden ist wichtig, aber diese „neue“ Grenze wird trotzdem zu Beeinträchtigungen führen.

Der ehemalige britische Außenminister für Nordirland, Peter Hain, sagte 2005: „In den kommenden Jahrzehnten wird es immer schwieriger werden, die Wirtschaft im Norden und Süden Irlands getrennt zu betrachten. Die irische Insel hat eine gemeinsame Wirtschaft.“ Heute, fast 15 Jahre später, ist die gesamte Wirtschaft der Insel stärker denn je integriert – basierend auf den gemeinsamen Regeln des EU-Marktes. Wenn sich die Regeln ändern, wenn es auf beiden Seiten der Grenze unterschiedliche Regeln geben wird, dann werden Schwierigkeiten beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen die Folge sein. Auf beiden Seiten der Grenze werden

EU-Bürger\*innen (nicht-britische und nicht-irische Staatsangehörige) davon abgehalten werden, eine Beschäftigung aufzunehmen. Wirtschaftsprüfer\*innen, Rechtsanwält\*innen, Architekt\*innen und andere können ihre Dienstleistungen nicht mehr grenzübergreifend anbieten. Taxifahrer\*innen benötigen dann eine besondere Genehmigung, Straßenverkehrsunternehmen eine besondere Lizenz für eine grenzüberschreitende Tätigkeit. Den Unternehmen entstehen zusätzliche Kosten. Damit wird die Grenze im Alltag sichtbarer werden.

Besonders besorgniserregend ist die Tatsache, dass das Rücktrittsabkommen die in das EU-Recht eingebetteten sozialen und wirtschaftlichen Rechte nicht vollständig schützt. In letzter Zeit wird irischen Bürger\*innen, die im Norden Irlands geboren sind, von britischen Minister\*innen mitgeteilt, dass sie im Rahmen des Rücknahmeabkommens weniger geschützt sind als andere EU-Bürger\*innen. Die Regierung in London ist feindlicher gegen solcherart (Grund-)Rechte eingestellt als jede andere britische Regierung zuvor. Erst haben sie sich der EU-Charta der Grundrechte entzogen, als nächstes soll die Europäische Menschenrechtskonvention folgen. Diese Regierung wird derzeit auch von der reaktionären Democratic Unionist Party aus Nordirland an der Macht gehalten. Das ist eine Partei, die offen homophob, fremdenfeindlich und islamophob ist; eine Partei, die sich grundlegend gegen Bürgerrechte und Gleichheit ausspricht.

Einen Vorteil hat das Austrittsabkommen jedoch: Es verhindert zwar nicht alle Schäden, die Irland durch den Brexit zugefügt werden. Allerdings verhindert es die unmittelbare Bedrohung des Friedensprozesses und mindert einen Teil des wirtschaftlichen Schadens. Eine bessere Lösung aber wäre die irische Einheit.



Foto: Fotobilly / Wikimedia Commons / CC BY-SA 3.0

## Raus aus Euratom! Rein in Erneuerbare!

Am 11. März 2019 jährte sich die Katastrophe von Fukushima zum achten Mal. Zehntausende Menschen sind aus der verseuchten Zone rund um Fukushima evakuiert worden. Die Gebiete, die als „sicher“ für potentielle Rückkehrer deklariert werden, finden nur langsam ihre früheren Bewohner wieder – die meisten bleiben lieber weg, aus Angst vor der Strahlung, die vor allem die Gesundheit von Kindern gefährdet.

Umso kritikwürdiger ist es, dass die europäische Kommission in ihrer Langfrist-Strategie für eine klimaneutrale

Wirtschaft bis 2050 ganz offen auf einen leicht steigenden Anteil der Kernkraft am Endenergieverbrauch setzt. An vielen Stellen dieses Strategiepapiers wird betont, dass Atomkraft „CO<sub>2</sub>-neutral“ sei und deshalb als „saubere Energie“ bezeichnet werden könne. 2016 betrug der Anteil der Kernenergie am Bruttoinlandsverbrauch der Brennstoffe der EU ca. 12 Prozent – in den verschiedenen Szenarien für 2050 nimmt die Kommission eine wachsende Rolle der Kernenergie an: zwischen 15 Prozent und 17 Prozent Kernenergie im Brennstoffmix. In einigen EU-Mitglied-

staaten werden neue Atomkraftwerke geplant und gebaut.

Der EURATOM-Vertrag von 1957 finanziert über die EU-Forschungsrahmenprogramme mit mehreren hundert Millionen Euro jährlich die europäische Atomindustrie. Im aktuellen 9. Programm sollen von 2021 bis 2027 für EURATOM-Projekte 2,4 Milliarden Euro bereitgestellt werden. Jeder EU-Mitgliedstaat, ob er Atomkraftwerke hat oder nicht, beteiligt sich über den EU-Haushalt an der Förderung von Atomenergieprojekten. Geld, das bisher in

die Förderung der Atomindustrie fließt, ist in den Bereichen Forschung und Entwicklung für Erneuerbare Energieträger und Speicher wesentlich besser aufgehoben. Eine aktuelle Studie der Hans-Böckler-Stiftung rechnet vor, wie allein in Deutschland bis 2030 bis zu 125.000 Arbeitsplätze durch den zunehmenden Bedarf an Stromspeichern entstehen könnten. Dies sind die Zukunftstechnologien, die wir auch auf europäischer Ebene fördern sollten.

• Cornelia Ernst,  
Manuela Kropp

# Gefährdet „das Auto der Zukunft“ die berufliche Zukunft?

Das „Sachsensofa“ der Katholischen Akademie war zu Gast in Stangengrün bei Kirchberg. *Simone Hock* hat zugehört

Die Region Zwickau lebt von der Automobilindustrie. Allein bei VW in Mosel arbeiten rund 8.000 Menschen. Dazu kommen noch unzählige Beschäftigte in der Zulieferindustrie, sachsenweit sind es über 95.000. Und noch immer ist das Auto des Deutschen liebstes Kind, kein Wunder also, dass Veränderungen auch für Sorgenfalten sorgen. Der Titel der Veranstaltung der Reihe Sachsensofa brachte diese Sorge zum Ausdruck. Ist die Entscheidung von VW, in Mosel nur noch Elektroautos zu produzieren, richtig und zukunftsweisend? Ist die Automobilindustrie überhaupt in der Lage, den Entwicklungen in den alternativen Antrieben Rechnung zu tragen?

Andere Nationen scheinen weiter zu sein in der Entwicklung von besseren Batterien, von Brennstoffzellen und synthetischen Treibstoffen. Fazit dieses Diskussionspunktes: Die deutsche Automobilindustrie hat in den letzten Jahren gepennt und den Zeitpunkt verpasst, den Weltmarkt mit den Veränderungen der Antriebsmöglichkeiten mitzugestalten. Doch, und das war das positive Fazit: In der Veränderung liegt Innovationskraft. Es werden Jobs wegfallen, andere werden entstehen. Auch das „Auto der Zukunft“ ist letztlich keine Gefährdung der eigenen beruflichen Zukunft.

Zudem gilt es das Augenmerk nicht nur selektiv auf einen Bereich zu lenken. Der Umstieg auf Elektromobilität hat vorwiegend Klimaschutzgründe. Doch das allein reicht bei weitem nicht aus. Wir werden zukünftig eine Vielzahl von Antriebsmöglichkeiten benötigen – E-Mobilität gerade innerstädtisch, aber eben auch andere Formen. Klimaschutz heißt auch, Veränderungen gesamtgesellschaftlich anzugehen. Die frühere Umweltministerin Barbara

Hendricks (SPD) machte deutlich, dass man in den letzten Jahrzehnten viele falsche Entscheidungen getroffen hat, die jetzt schnell zurückgedreht werden können. Um etwa Güter von der Straße auf die Schiene zu bringen, braucht es Güterbahnhöfe, die aber weitestgehend geschlossen wurden; Schienestrecken wurden stillgelegt und teilweise abgebaut. Insgesamt solle, da waren



sich Dr. Barbara Hendricks und Sachsens Verkehrsminister Martin Dulig einig, dem öffentlichen Personennahverkehr eine viel größere Bedeutung beigemessen werden. Dulig kündigt an, die Kleinteiligkeit der Verkehrsverbünde überwinden und mit einer Verkehrsgesellschaft bessere Voraussetzungen schaffen zu wollen, auch ländliche Räume besser zu erschließen. Sein Ziel sei es, die Angebote so auszubauen, dass 80 Prozent der Menschen in Sachsen erreicht werden. Hierzu sollen weitere Fahrzeuge angeschafft und Tarife attraktiver werden. In der Diskus-

sion wurde deutlich, dass es auch in Sachen Mobilität ein bunter Mix nötig ist: den privaten PKW ebenso wie Carsharing-Angebote, gut erschlossene Radwege – hier hat Sachsen riesigen Nachholbedarf – und einen gut ausgebauten ÖPNV, der neben festen Linien mit bedarfsorientierten Taktungen und guten Anschlusstaktungen auch Angebote für Rufbus und Ruftaxi ent-

Kirchberg gehört, nahmen die Möglichkeit gern an, ins Gespräch zu kommen. So konnte auch eine Bürgerinitiative direkt mit Dulig sprechen. Da wurde eine Brücke direkt übers Dorf gebaut, die Umgehungsstraße durchschneidet das Dorf und die Lärmbelastung ist enorm, eine Lösung muss her. Das Problem: auch hier braucht es Veränderungen bei den Gesetzesvorgaben über zulässige Emissionen. Die bestehenden Regelungen sind veraltet.

Als die Veranstaltungsreihe vorgestellt wurde, gab es Kritik, dass die Oppositionsparteien keine Berücksichtigung fanden. Diese Kritik ist berechtigt. Und auch der Veranstaltung in Stangengrün hätte es sicher nicht geschadet, wenn ein Fachpolitiker der Opposition im Podium gesessen hätte. Vielleicht wäre es dann möglich gewesen, konkrete Antworten einzufordern – auf Fragen wie: Welche konkreten Schritte sind als nächstes nötig und werden gegangen, um die Emissionsregelungen heutigen Gegebenheiten anzupassen und somit beispielsweise auch dem Lärmschutz gerecht zu werden? Welche konkrete Schritte werden in welchem Zeitraum unternommen, um das Radwegenetz zügig auszubauen, Güterbahnhöfe zu reaktivieren, ländliche Gebiete für Carsharing attraktiver zu machen, ehrenamtliches Engagement z. B. bei Bürgerbussen besser zu würdigen und zu unterstützen usw.

Für mich bleibt als persönliches Fazit, dass es sich lohnt, über den Tellerrand zu schauen und Veranstaltungen zu besuchen, die nicht aus der eigenen Filterblase heraus organisiert wurden. Es bleibt zu hoffen, dass die in der Veranstaltung deutlich gewordenen notwendigen Schritte zügig angegangen und nicht einfach in die nächste Wahlperiode verschoben werden.

## Leichte Sprache und Gendern sind kein Widerspruch

Leichte Sprache ist eine stark reglementierte Sprache, die etwa für Menschen mit Behinderungen oder mit Lernschwierigkeiten verständlicher ist. Das Übersetzen von Texten in Leichte Sprache kann somit einen entscheidenden Beitrag zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen oder Lernschwierigkeiten in die Gesellschaft leisten.

Das allein macht diese Entwicklung für mich emanzipatorisch. Gelegentlich werden aber auch Bedenken geäußert, etwa dass durch die Einfachheit der Leichten Sprache Diversität und Zwischentöne schwer zu vermitteln sind. Ein Beispiel für diesen scheinbaren Widerspruch ist das Gendern.

Bis vor kurzem galt keine Form des Genderns als barrierefrei. Es wurde ange-

nommen, dass es die Lesbarkeit negativ beeinflusst und sich nicht gut von Screenreadern vorlesen lässt. Klingt zunächst schlüssig, doch eigentlich sind es genau dieselben Argumente, die auch in komplexer Sprache gegen das Gendern angeführt werden. Auch hier sind die Hauptargumente, das Gendern würde den Lesefluss unterbrechen – oder das würde doch einfach nicht schön aussehen.

Die Gruppe Raketen-Wissenschaft wollte diese Argumente nicht mehr gelten lassen. Daher machten sie sich daran, in ihrem Text „Wir sprechen alle an“ den Gender-Stern in Leichter Sprache zu erklären und legten ihn einer Prüfgruppe vor. Denn das ist die oberste Regel der Leichten Sprache: Leichte Sprache ist das, was von Menschen mit Behinde-

rungen dazu erklärt wird. Der Stern wurde verstanden und durchgewunken.

Wieso ist das nun von Bedeutung? Auch hier sind es dieselben Argumente, dementgegen wir in der Standardsprache gendern. Wir wollen diejenigen mitnehmen, die sich sonst nicht angesprochen fühlen und wir wollen denen Denkanstöße geben, die im ersten Moment über den Stern stolpern. Außerdem gilt: Was nicht gesagt werden kann, existiert nicht. Das Einführen des Gender-Sterns in der Leichten Sprache ist deswegen so bedeutend, weil damit nicht nur Cis-Frauen mit in die Sprache eingeführt werden, sondern weil die Erklärung auch ganz klar betont, dass damit auch Menschen gemeint sind, die sich nicht als Männer oder Frauen fühlen. Somit wird etwas sagbar, was vorher nicht

ausdrückbar war, weil die Worte fehlten – oder in dem Fall: der Stern.

Die Erklärung zum Gender-Stern in Leichter Sprache: <https://raketen-wissenschaft.de/hinweise/>

• *Nele Werner*

*PS: Die Gruppe Raketen-Wissenschaft arbeitet leidenschaftlich ehrenamtlich, aber ab einem bestimmten Punkt geht es nicht mehr ohne Geld. Wenn du die erreichten Fortschritte toll findest, kannst du sie ganz einfach mit einer SMS unterstützen und ihnen 5 Euro zukommen lassen. Dazu musst du nur eine SMS mit dem Text GIB5 RAKEWI an die Nummer 81190 senden. Mehr Infos unter: <https://plushumanity.de/#unterstuetzung-sms>*



## Gläsernes Rathaus

*Digitales Rathaus heißt auch:  
Kommunalpolitische Entscheidungen  
online stellen*

Seite 3

## Enteignung droht

*Tübingens Oberbürgermeister droht  
Grundstücksbesitzer mit Enteignung,  
um Wohnungen zu schaffen*

Seite 4

## Gewählt - was nun?

*Seminare im Juni 2019 zu  
Grundlagenwissen bei der  
Wahrnehmung des kommunalen  
Mandats*

Seite 4

# Kommunale Vertretung in Unternehmen der Privatrechtsform

Kommunale Unternehmen, ob als Wirtschaftsunternehmen oder als nichtwirtschaftliche Unternehmen<sup>1</sup>, können nach § 95 Sächsische Gemeindeordnung (SächsGemO) in verschiedenen Rechtsformen geführt werden: als Betriebe im Rahmen der Haushaltswirtschaft (Regiebetriebe), als Eigenbetriebe und in einer Rechtsform des privaten Rechts.

Während bei den öffentlich-rechtlichen Organisationsformen (Regiebetrieb, Eigenbetrieb,) über die kommunalen Gremien (Kreistag/Gemeinderat, Betriebsausschuss) eine direkte Einflussnahme und Durchgriffsmöglichkeit auf die Betriebe besteht, ist eine Einflussnahme der Kommune bei den privatrechtlichen Organisationsformen (GmbH, Aktiengesellschaft) nur mittelbar gegeben.

Deshalb schreibt § 96 SächsGemO vor, dass die Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben ein Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur errichten, übernehmen, unterhalten, wesentlich verändern oder sich daran unmittelbar oder mittelbar beteiligen darf, wenn die Gemeinde u.a. einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan des Unternehmens erhält.

In § 98 SächsGemO geht es dann speziell um die Vertretung der Kommunen in Unternehmen der Privatrechtsform. Hier soll sichergestellt werden, dass die von der Kommune entsandten Vertreter in den Gremien des Unternehmens (Eigentümerversammlung, Aufsichtsrat) „gezielt die besonderen Interessen der Gemeinde wahrnehmen“<sup>2</sup>.

## Vertretung in der Eigentümerversammlung

Nach § 98 Abs. 1 wird die Gemeinde in der Eigentümerversammlung, der Gesellschafterversammlung in einer GmbH bzw. der Hauptversammlung in einer Aktiengesellschaft (AG), durch den Bürgermeister vertreten (gilt analog für den Landrat bei Landkreisen). Der Bürgermeister vertritt die Gemeinde in der Eigentümerversammlung, kraft seines Amtes als gesetzlicher Vertreter der Gemeinde. Aus dieser umfassenden Stellung heraus soll er eine optimale Wahrnehmung der gemeindlichen Rechte und Interessen gewährleisten. „Dieses Vertretungsrecht steht dem Bürgermeister für die gesamte Dauer seiner Amtszeit zu. Der Gemeinderat kann ihm dieses Recht nicht entziehen. Da die SächsGemO das Vertretungsrecht dem Bürgermeister unmittelbar verleiht, ist dafür kein Gemeinderatsbeschluss oder seine Wahl erforderlich.“<sup>3</sup>

Ist der Bürgermeister verhindert, vertritt ihn sein ständiger allgemeiner Stellvertreter (z.B. Beigeordneter), er kann aber auch einen Bediensteten der Gemeinde mit seiner Vertretung beauftragen. Dies gilt sowohl für den Einzelfall, wo er selbst verhindert ist als auch für eine ständige Vertretung. Wen der Bürgermeister mit seiner Vertretung beauftragt, steht ganz in seinem Ermessen. Er kann aber einen befristet oder unbefristet erteilten Vertretungsauftrag jederzeit wieder zurücknehmen.

Kann die Gemeinde neben dem Bürgermeister weitere Vertreter in die Eigentümerversammlung entsenden, so werden diese vom Gemeinderat wi-

derrufflich bestellt. Wird nur ein weiterer Vertreter entsendet, wird darüber durch Wahl im Gemeinderat mit einfacher Stimmenmehrheit entschieden. Sind jedoch zwei oder mehrere Vertreter zu entsenden, dann gelten die Grundsätze für die Bestellung von beschließenden Ausschüssen nach § 42 SächsGemO entsprechend. Dabei soll der Mandatsverteilung im Gemeinderat entsprochen werden.

Ein durch den Bürgermeister mit seiner ständigen Vertretung beauftragter Vertreter sowie die durch den Gemeinderat zu bestellenden weiteren Vertreter der Gemeinde müssen über die für diese Aufgabe erforderliche betriebswirtschaftliche Erfahrung und Sachkunde verfügen.

Durch die Entsendung mehrerer Vertreter entsteht das Problem unterschiedlicher parteipolitischer Positionen in der Eigentümerversammlung. Eine gesplittete Stimmrechtsausübung in der Gesellschafterversammlung der GmbH sei jedoch, im Unterschied zur Hauptversammlung der AG, nach dem Rechtsgedanken des § 18 Abs. 1 GmbH-Gesetz (GmbHG) ausgeschlossen. Deshalb können nach ganz überwiegender Rechtsmeinung die Vertreter der Gemeinde nur einheitlich in der Gesellschafterversammlung abstimmen. Allenfalls durch ausdrückliche Regelung im Gesellschaftsvertrag könnte ein freies Stimmrecht jedes Gemeindevertreters eingeführt werden, wobei die Wirksamkeit einer solchen Bestimmung rechtlich umstritten ist.<sup>4</sup>

Zwar legt die SächsGemO nicht zwingend fest, dass bei mehreren Vertretern der Gemeinde in der Eigentümerversammlung nur eine einheitliche

Stimmabgabe möglich ist. „Dennoch sollte die Gemeinde auf eine einheitliche Stimmabgabe drängen, um ihre kommunalpolitischen Interessen wirksam durchzusetzen. Der Gemeinderat kann eine einheitliche Stimmabgabe in der Eigentümerversammlung in der Weise erzwingen, dass er den Vertretern Weisungen erteilt.“<sup>5</sup>

## Weisungsrecht und Informationspflicht

Allgemein gilt nach § 98 Abs. 1 SächsGemO, dass der Gemeinderat seinen Vertretern in der Eigentümerversammlung (einschließlich dem Bürgermeister) Weisungen erteilen kann. Dieses **Weisungsrecht** stellt gewissermaßen den „Transmissionsriemen“ dar, mit dem die Gemeinde ihre Interessen in dem Unternehmen durchsetzen kann.

„Im Hinblick auf die erheblichen finanzwirtschaftlichen und kommunalpolitischen Auswirkungen derartiger Unternehmensentscheidungen hat es der Gesetzgeber für notwendig erachtet, dem Gemeinderat das Recht einzuräumen, den gemeindlichen Vertretern in der Eigentümerversammlung bindende Weisungen zu erteilen. Dadurch soll in allen wichtigen Angelegenheiten eine Bindung der Vertreter an die Gemeinderatsentscheidung erreicht werden, weil der Gemeinderat als oberstes Gemeindeorgan für die gesamte Kommunalpolitik verantwortlich ist.“<sup>6</sup>

Der Bürgermeister hat dafür zu sorgen, dass der Gemeinderat rechtzeitig die Möglichkeit zur Beschlussfassung über die Erteilung einer Weisung in ei-

Fortsetzung auf folgender Seite



ner betreffenden Angelegenheit erhält. Außerdem sind die Vertreter in dem Unternehmen rechtzeitig und umfassend von diesen Weisungen zu informieren. Hält sich ein gemeindlicher Vertreter nicht an die ihm auferlegten Weisungen, kann er kommunalrechtlich und politisch zur Verantwortung gezogen werden. Die weitreichendste Sanktion wäre seine Abberufung. Seine Stimmabgabe in der betreffenden Angelegenheit bliebe allerdings nach außen voll bestehen.

Geht es nach § 28 Abs. 2 Nr. 15 SächsGemO um die Errichtung, Übernahme, wesentliche Veränderung, vollständige oder teilweise Veräußerung und die Auflösung von Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen sowie die unmittelbare und mittelbare Beteiligung an solchen, dann steht die Entscheidung darüber nur dem Gemeinderat zu, er muss dann ggf. an seine Vertreter in Unternehmen entsprechende Weisungen erteilen.

In einer gewissen Wechselbeziehung zum Weisungsrecht steht die **Informationspflicht** der gemeindlichen Vertreter in der Eigentümerversammlung. Danach haben die Vertreter der Gemeinde den Gemeinderat oder einen beschließenden Ausschuss über alle Angelegenheiten des Unternehmens von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Die Informationspflicht muss so rechtzeitig erfüllt werden, dass der Gemeinderat von seinem Weisungsrecht auch Gebrauch machen kann. Wann von einer „Angelegenheit von besonderer Bedeutung“ gesprochen werden kann, hängt von den konkreten Umständen des Einzelfalls ab. Neben den unter § 28 Abs. 2 Nr. 15 SächsGemO erfassten Fällen kommen etwa unerwartete Geschäftsrisiken, besondere Investitionsvorhaben und insbesondere bedeutende Vermögensverfügungen, Kreditaufnahmen und wichtige Personalentscheidungen in Betracht.<sup>7</sup>

### Vertretung im Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat ist vom Grundsatz her das unabhängige und weisungsfreie Kontrollorgan einer AG oder GmbH. Seine Kernaufgabe besteht nach § 111 Abs. 1 Aktiengesetz (AktG) in der Überwachung der Geschäftsführung, dabei in erster Linie die Leitungsentscheidungen zur Finanz- und Investitionsplanung, der Unternehmensorganisation und des Controllings nachgeordneter Führungsebenen und Beteiligungen. Darüber hinaus muss sich der Aufsichtsrat aber auch Einzelentscheidungen zuwenden, sofern sie erhebliche Auswirkungen auf die Liquidität und Rentabilität des Unternehmens haben können.

Der Aufsichtsrat hat dabei die Rechtmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung zu überwachen: insbesondere die Einhaltung der Rechtsvorschriften und der Unternehmensstatuten (Gesellschaftsvertrag, Satzung) sowie der Beschlüsse Gesellschafter- bzw. Hauptversammlung.

Gleichzeitig obliegt dem Aufsichtsrat eine Beratungs- und Unterstützungsfunktion, bei der er das unternehmerische Handeln der Geschäftsführung im Sinne einer präventiv wirksamen Beratung begleitend mitgestaltet. Dazu können dem Aufsichtsrat nach § 111 Abs. 4 Satz 2 AktG Zustimmungsvorbehalte eingeräumt werden, über die er erheblichen Einfluss auf wesentliche Unternehmensentscheidungen ausüben kann. Die Zustimmungsvorbehalte sind in der Satzung zu regeln, können aber ergänzend auch ad hoc durch den Aufsichtsrat beschlossen werden. Sie müssen sich, unternehmensspezifisch konkretisiert, auf grundlegende, wesentliche Entscheidungen beziehen („Geschäfte mit grundlegenden Auswirkungen auf die Vermögens, Finanz- und Ertragslage“).<sup>8</sup>

Zwingend einzurichten ist der Aufsichtsrat nur bei einer AG und bei einer mitbestimmten GmbH mit mehr als 500 Arbeitnehmern. Bei kleineren GmbHs ist dies gesellschaftsrechtlich nicht zwingend, ein Aufsichtsrat kann hier „fakultativ“ eingerichtet werden. Bei verfassungskonformer Auslegung des § 96 Abs. 1 Nr. 2 SächsGemO werde „man die Gemeinden aber bereits kommunalrechtlich für verpflichtet halten müssen, auch bei kleineren GmbHs einen fakultativen Aufsichtsrat einzurichten.“<sup>9</sup> Um eine effektive Steuerung und Kontrolle einer GmbH zu erzielen, empfiehlt auch das Sächsische Staatsministerium des Innern (SMI), grundsätzlich einen fakultativen Aufsichtsrat zu installieren.<sup>10</sup>

Hat die Gemeinde das Recht, Personen als Mitglied des Aufsichtsrates oder eines entsprechenden Überwachungsorgans zu entsenden oder der Gesellschafterversammlung zur Wahl vorzuschlagen, dann werden diese vom Gemeinderat bestimmt. Als Mitglieder in den Aufsichtsrat dürfen nur Personen bestimmt werden, die über die für diese Aufgabe erforderliche betriebswirtschaftliche Erfahrung und Sachkunde verfügen.

Ist lediglich ein Vertreter der Gemeinde als Mitglied zu entsenden, dann wählt der Gemeinderat diesen Vertreter nach den Grundsätzen des Mehrheitswahlrechts. Darf die Gemeinde mehrere Mitglieder bestimmen, dann gelten die Wahlgrundsätze von § 42 Abs. 2 SächsGemO für beschließende Ausschüsse. Vorrang hat hier zunächst

die Bestimmung der Mitglieder durch Einigung. Kommt diese nicht zustande, dann werden die Mitglieder von den Gemeinderäten auf Grund von Wahlvorschlägen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl unter Bindung an die Wahlvorschläge gewählt. Anstelle der Wahl kann der Gemeinderat beschließen, dass sich die Vertreter nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen zusammensetzen. Dann sind die Mitglieder dem Bürgermeister von den Fraktionen schriftlich zu benennen, die sie auch wieder abberufen können. Auf Anfrage habe das SMI bestätigt, dass dieses sog. Benennungsverfahren auch bei der Besetzung von Aufsichtsräten angewendet werden darf.<sup>11</sup>

Die im ausführlichen Kommentar zur SächsGemO zugestandene Möglichkeit, dass sich die Aufsichtsratsmitglieder durch andere Gemeinderäte im Einzelfall vertreten lassen dürfen<sup>12</sup>, widerspricht vom Grundsatz her der Bestimmung in § 101 Abs. 3 AktG, wo es heißt: Stellvertreter von Aufsichtsratsmitgliedern können nicht bestellt werden. Eine Vertretung von Aufsichtsratsmitgliedern wäre nur bei GmbH möglich, wenn nach § 52 Abs. 1 GmbHG im Gesellschaftsvertrag etwas anderes bestimmt würde.

Grundsätzlich gilt nach § 98 Abs. 2 für die Besetzung des Aufsichtsrats mit Verweis auf § 42 Abs. 2 SächsGemO die gleiche Regelung wie bei beschließenden Ausschüssen des Gemeinderats, wonach der Mandatsverteilung im Gemeinderat gefolgt werden soll (aber nicht muss!). Das Sächsische Obergericht (OVG Bautzen) hat dem entgegen in seinem Urteil vom 4.2.2014 entschieden, dass für den Fraktionenproporz außerhalb der eigentlichen Verwaltungstätigkeit der Gemeinde - wie einer wirtschaftlichen Betätigung der Kommune - grundsätzlich kein Anlass bestehe. Im Einzelfall könnte das Sachkundeerfordernis („erforderliche betriebswirtschaftliche Erfahrung und Sachkunde“) einen Vorrang gegenüber der Mandatsverteilung im Gemeinderat haben. Im OVG-Urteil heißt es dazu: „Bei einem Vorrang des Sachkundeerfordernisses könnte das Prinzip der Spiegelbildlichkeit wohl ohne Verletzung der gesetzlichen Wahlgrundsätze - zumindest teilweise - in den Hintergrund treten.“ Auch sei zu beachten, dass bei der Besetzung des Aufsichtsrats nach § 98 Abs. 2 SächsGemO allgemein von „Personen“ die Rede sei und nicht von Mitgliedern des Gemeinderats. Dazu im OVG-Urteil weiter: „Stehen aus Zeitgründen mangels betriebswirtschaftlicher Erfahrungen weder aus dem Kreis des Gemeinderats noch aus der Gemeindeverwaltung geeignete Personen für das jeweilige Unternehmen zur Verfügung, ist gegebenenfalls auf externe Vertreter zurückzugreifen.“

### Weisungsrecht, Informationspflicht und Verschwiegenheitspflicht

Nach den gesellschaftsrechtlichen Bestimmungen aus den §§ 111 Abs. 6 sowie 116 und 93 AktG, die über § 52 Abs. 1 GmbHG auch für die GmbH gelten, wird der Grundsatz hergeleitet, dass Aufsichtsratsmitglieder allein dem Unternehmensinteresse verpflichtet sind und im Rahmen der ihnen persönlich obliegenden Amtsführung kei-

nerlei Weisungen unterliegen.

Bei einem **fakultativen Aufsichtsrat** einer GmbH erlaubt § 52 Abs. 1 GmbHG aber abweichende Regelungen und lässt ein **Weisungsrecht** an die Aufsichtsratsmitglieder zu, wenn das im Gesellschaftsvertrag so verankert wird. Auch das Bundesverwaltungsgericht vertritt dazu die Auffassung (BVerwGE 140, 300, Rn. 21), dass der Grundsatz der Weisungsfreiheit für den fakultativen Aufsichtsrat einer GmbH nicht begründbar sei.

Eine Bindung der Aufsichtsratsmitglieder an Vorgaben des Gemeinderats entspräche auch dem Demokratieprinzip. Wenn sich eine Gemeinde zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben einer juristischen Person des Privatrechts bediene, dann müsse sie durch Einwirkungs- und Kontrollrechte hinreichend Einfluss auf den Betreiber nehmen können.

Indes wäre eine schrankenlose Ausweitung der Weisungsrechte rechtswidrig, da es einen nicht verhandelbaren, identitätsbestimmenden Kernbestand an Aufsichtsratspflichten gibt. Weisungen finden jedenfalls dort eine Grenze, wo Aufsichtsratsmitglieder dem Wohl des Unternehmens verpflichtet sind. Dabei können unterschiedliche Zielsetzungen, der Gewinnerzielungszweck des Unternehmens auf der einen Seite und die Erfüllung öffentlicher Aufgaben auf der anderen Seite, zu Pflichtenkollisionen des von der Gemeinde entsandten Aufsichtsratsmitglieds führen. Nach vorherrschender Rechtsmeinung habe dann das Interesse des Unternehmens Vorrang.<sup>13</sup>

Nach § 98 Abs.3 haben die von der Gemeinde entsandten oder zur Wahl vorgeschlagenen Mitglieder des Aufsichtsrates den Gemeinderat oder einen beschließenden Ausschuss und, sofern dieser nicht dem Organ angehört, auch den Bürgermeister **frühzeitig** über alle Angelegenheiten des Unternehmens von besonderer Bedeutung **zu unterrichten**. Zu den „Angelegenheiten von besonderer Bedeutung“ gehören u.a.:

- größere Geschäftsrisiken,
- unvorhergesehene neue Investitionen,
- weitere Beteiligungen oder Erhöhung bestehender Beteiligungen,
- Markt- und Absatzeinbrüche,
- besondere Finanzierungsmaßnahmen,
- betriebsinterne besondere Vorgänge,
- Haushaltsrisiken für die Gemeinde.

Allerdings verpflichtet § 93 Abs. 1 S. 2 und § 116 AktG die Aufsichtsrats-

Fortsetzung auf Seite 3

### Impressum

**Kommunalpolitisches Forum Sachsen e.V.**

Großenhainer Straße 99

01127 Dresden

Tel.: 0351-4827944 oder 4827945

Fax: 0351-7952453

info@kommunalforum-sachsen.de

www.kommunalforum-sachsen.de

Red., Satz und Layout: A. Grunke

V.i.S.d.P.: P. Pritscha

Die Kommunal-Info dient der kommunalpolitischen Bildung und Information und wird durch Steuermittel auf der Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushalts finanziert.



# Das „gläserne Rathaus“



Smart Government - Das gläserne Rathaus: Womit beschäftigen sich Stadträte und über welche Dinge steht im Rathaus eine Entscheidung an. Darüber zu informieren und kommunalpolitische Vorgänge transparent zu machen, fördert die Beteiligung der Bürger bei kommunalen Angelegenheiten. Mit den Möglichkeiten des E-Government können Bürger stärker beteiligt werden. Und in vielen Städten geschieht das auch bereits.

Wird Digitalisierung in Zusammenhang mit Kommunen gebracht, fällt als erstes Stichwort derzeit: Digitalisierung der Verwaltung. Doch auch in der Kommunalpolitik kann die Digitalisierung viel verändern. Bürger können einfacher informiert, Prozesse transparenter gemacht werden. Und auch die aktive Einbeziehung der Bürger erhält neue Möglichkeiten. So könnte die sinkende Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungen umgekehrt werden, sagen einige Experten voraus.

## Landkreis Hersfeld-Rotenburg

Im Bereich Smart City ist Bad Hersfeld schon lange ein Vorreiter in Deutschland. Beim E-Government zieht der Landkreis Hersfeld-Rotenburg nun nach. Worüber wird im Kreistag debattiert? Wie funktionieren die Gremien und wofür ist der Landkreis eigentlich alles zuständig? Um für die Bürger noch transparenter zu werden, hat der Landkreis Hersfeld-Rotenburg ein Bürgerportal gestartet und online gestellt - eine spezielle Software eines Ratsinformationssystems, das öffentliche Unterlagen für den Landkreis dokumentiert. Es ist direkt über die Internetseite des Kreises unter [www.hef-rof.de](http://www.hef-rof.de) angebunden und stellt jedem Bürger Termine, Tagesordnungen, Protokolle und Drucksachen der Kreistagsitzungen und Ausschüsse zur Einsicht und zum Download zur Verfügung.

„Im Kreistag werden Entscheidungen getroffen, die Bürgerinnen und Bürger ganz direkt betreffen. Der Zugang dazu war bislang mitunter schwierig“, begründet Landrat Dr. Michael Koch den Nutzen des Bürgerportals. Der Kreistag hatte auf Initiative von Landrat Koch im Februar die Einführung eines verwaltungsinternen Ratsinformationssystems samt Bürgerportal beschlossen. „Gerade politische Entscheidungen stehen im Fokus der Bürger, können aber manchmal nur mit

großem Aufwand nachvollzogen werden“, weiß Koch: „Andere Debatten werden kaum wahrgenommen, obwohl Sitzungen wie die des Kreistags öffentlich sind.“

Das Portal mache politische Entscheidungen und Prozesse einfacher zugänglich, so dass es viel leichter wird, sich zu informieren, urteile auch Kreistagsvorsitzender Horst Hannich zum Projekt.

So finden sich im Ratsinformationssystem schon jetzt alle Unterlagen für die Kreistagsitzungen mit Einladungen, Sachverhalten und Beschlussvorschlägen. Ältere Unterlagen und Niederschriften werden schrittweise hinzugefügt. Vieles war bereits vorher auf den Seiten des Landkreises einsehbar, ist jetzt aber zentral über die Homepage für jeden gut auffindbar. Ein Passwort-geschützter Bereich stellt weitere Unterlagen für Gremienmitglieder zur Verfügung.

„Wir dürfen nicht nur Glasfaser in den Boden legen“, sagt Michael Koch, Landrat des Landkreises Hersfeld-Rotenburg. „Wir müssen gezielt versuchen, die Menschen zu erreichen. Die Aufgaben der Verwaltung sind sehr vielschichtig und bunt und es ist wichtig, das zu kommunizieren.“ Wenn Bürger permanent Zugang zu kommunalpolitischen Prozessen haben, erkennen sie auch stärker, dass diese sehr häufig ihr alltägliches Leben betreffen, ist die Hoffnung. Koch gehört daher auch zu einer wachsenden Gruppe an Kommunalpolitikern, die per WhatsApp für ihre Bürger erreichbar sind. Die Digitalisierung solle dabei natürlich das persönliche Gespräch nicht ersetzen. Als Ergänzung seien digitale Möglichkeiten jedoch eine große Chance, um für die kommunalpolitische Ebene wieder in engeren Kontakt mit den Bürgern zu treten.

## Politische Vereine

Kommunen bekommen auf dem Weg zum transparenten E-Government auch Unterstützung von politischen Vereinen wie der „Open Knowledge Foundation“. Der gemeinnützige Verein hat sich der transparenten, partizipativen und kooperativen Arbeit im öffentlichen Sektor verschrieben. Auf verschiedenen Plattformen geben sie Kommunen die Möglichkeit, ihre Daten zu veröffentlichen. Es gibt eine Plattform, auf der offene Haushaltsdaten visualisiert aufbereitet werden

und eine Datenbank auf der Entscheidungen von Stadträten und Kreistagen durchsucht und auf einer Karte angezeigt werden können. So können auch Kommunen, die selbst noch keine Online-Plattformen aufgebaut haben, ihre Entscheidungen transparent machen und am E-Government teilnehmen.

Quelle: Onlinemagazin KOMMUNAL vom 17.04.2019  
<https://kommunal.de/e-government-rathaus>

Fortsetzung von Seite 3

## Kommunale Vertretung...

mitglieder bei vertraulichen Angaben des Unternehmens (Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse) zum Stillschweigen. Dies trifft nach § 52 Abs. 1 GmbHG auch für die Mitglieder des Aufsichtsrats einer GmbH zu. Die **Verschwiegenheitspflicht** erstreckt sich auf alle nicht allgemein bekannten Tatsachen, wo ein Geheimhaltungsbedürfnis des Unternehmens besteht; das betrifft insbesondere die Investitions-, Finanz-, Produktions- und Absatzplanung des Unternehmens, Personalangelegenheiten sowie das Beratungs- und Abstimmungsverhalten im Aufsichtsrat.

Jedoch wird durch die §§ 394 und 395 AktG abgesichert, dass kommunale Aufsichtsratsvertreter einer AG ihrer Informationspflicht gegenüber der Gemeinde nachkommen können. Für die Informationspflichten von Aufsichtsratsmitgliedern einer GmbH gilt dies entsprechend, indem in § 52 Abs. 1 GmbHG auf § 394 u. 395 AktG verwiesen wird. Zudem wird in § 51a GmbHG jedem Gesellschafter ein umfassendes Einsichtsrecht in die Unterlagen des Unternehmens eingeräumt, das sich auch auf Aufsichtsratsprotokolle erstreckt. Aus § 395 AktG ergibt sich hingegen, dass ein Aufsichtsratsmitglied sicherzustellen hat, dass der Personenkreis, dem vertrauliche Unternehmensdaten zugänglich gemacht werden, nicht über das zwingend notwendige Maß hinaus erweitert wird. Sofern es zu einer Berichterstattung im Gemeinderat kommen sollte, kann das aus genannten Gründen nur in einer nichtöffentlichen Sitzung erfolgen.

## Betriebswirtschaftliche Erfahrung und Sachkunde

Sowohl für die Vertreter der Gemeinde in der Eigentümerversammlung nach § 98 Abs. 1. wie für Vertreter in Aufsichtsräten nach § 98 Abs. 2 wird verlangt, dass sie sie über die „erforderliche betriebswirtschaftliche Erfahrung und Sachkunde“ verfügen. Diese Forderung wird weder im Gesetz, noch in der Gesetzesbegründung oder in Kommentaren weiter konkretisiert. Nirgendwo wird verlangt, dass etwa ein zertifizierter Qualifikationsnachweis vorliegen muss. Nach SächsGemO soll die Gemeinde den von ihr in Organe eines Unternehmens entsandten Personen Gelegenheit geben, regelmäßig an Fortbildungsveranstaltungen teilzunehmen, die der Wahrnehmung ihrer Aufgaben dienlich sind. Diese Personen haben sich regelmäßig zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben fortzubilden.

Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes entsprechen dem Sachkundeerfordernis „Mindestkennt-

nisse allgemeiner, wirtschaftlicher, organisatorischer und rechtlicher Art, die erforderlich sind, um alle normalerweise anfallenden Geschäftsvorgänge auch ohne fremde Hilfe verstehen und sachgerecht beurteilen zu können“.<sup>14</sup>

Nach vorherrschender Meinung in der Fachliteratur gehören dazu insbesondere:

- die Kenntnisse der gesetzlichen und satzungsmäßigen Aufgaben des Aufsichtsrats;
- die Kenntnisse der Rechte und Pflichten als Aufsichtsratsmitglied;
- die Kenntnisse, um die dem Aufsichtsrat vorliegenden Berichte verstehen, bewerten und daraus Schlussfolgerungen ziehen zu können;
- die Kenntnisse für die Prüfung des Jahresabschlusses mit Hilfe des Abschlussprüfers;
- die Kenntnisse zur Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Rechtmäßigkeit von Führungsentscheidungen sowie
- nach Möglichkeit eigene unternehmerische Erfahrungen.<sup>15</sup>

Stunden entweder aus Zeitgründen oder mangels betriebswirtschaftlicher Erfahrung weder im Gemeinderat noch in der Gemeindeverwaltung geeignete Personen für die Besetzung eines Aufsichtsrats zur Verfügung, könne nach OVG-Urteil vom 4.2.2014 auch auf externe Vertreter zurückgegriffen werden.

AG

<sup>1</sup> Siehe hierzu Beitrag „Wirtschaftliche Unternehmen der Kommunen“, in: *Kommunal-Info*, Nr. 3/2019.

<sup>2</sup> *Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen. Ergänzbare Kommentar...*, G § 98, Randnummer (Rn) 1.

<sup>3</sup> *Ebenda*, Rn 8.

<sup>4</sup> Vgl. *Sächsische Gemeindeordnung. Kommentar*, Hrsg.: Binus/Sponer/Koolman, *Kommunal- und Schulverlag* 2016, S. 341.

<sup>5</sup> *Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen. Ergänzbare Kommentar...*, G § 98, Rn 33.

<sup>6</sup> *Ebenda*, G § 98, Rn 36.

<sup>7</sup> Vgl. *Sächsische Gemeindeordnung. Kommentar*, Hrsg.: Binus/Sponer/Koolman, *Kommunal- und Schulverlag* 2016, S. 342.

<sup>8</sup> Vgl. *ebenda*, S. 343.

<sup>9</sup> *Ebenda*, S. 345.

<sup>10</sup> Vgl. *Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen. Ergänzbare Kommentar...*, G § 98, Rn 83.

<sup>11</sup> Vgl. hierzu *SSG-Mitteilungen* 20/2014, S. 2.

<sup>12</sup> Vgl. *Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen. Ergänzbare Kommentar...*, G § 98, Rn 42.

<sup>13</sup> Vgl. *ebenda*, G § 98, Rn 83f und *Sächsische Gemeindeordnung. Kommentar*, Hrsg.: Binus/Sponer/Koolman, *Kommunal- und Schulverlag* 2016, S. 346ff.

<sup>14</sup> *Amtliche Sammlung der Entscheidungen des BGH - BGHZ* 85, 293 (295)

<sup>15</sup> Vgl. *Qualifikation, Rechte und Pflichten der Aufsichtsratsmitglieder in kommunalen Unternehmen. Leitfaden des Sächsisches Staatsministerium des Innern*, August 2003.

## Kommune droht mit Enteignung

Kommune droht mit Enteignung von Grundstücken. Tübingens Oberbürgermeister (OB) Boris Palmer sorgt für viel Diskussionsstoff in Sachen Baugrundstücke. Er will Besitzer verpflichten zu bauen oder droht mit Enteignung. Ein entsprechender Brief soll an Besitzer von Grundstücken in der Stadt gehen. Im Brief mit ca. 4 Seiten A 4 fällt das Wort Enteignung aber nicht, wenigstens nicht direkt. Der Brief von Tübingens OB soll an rund 500 Grundstücksbesitzer in der Stadt gehen.

Der Hebel, der hier angesetzt wird, ist der § 176 des Baugesetzbuches (BauGB). Darin heißt es etwas verknappt:

Im Geltungsbereich eines Bebauungsplans kann die Gemeinde den Eigentümer durch Bescheid verpflichten, innerhalb einer zu bestimmenden angemessenen Frist sein Grundstück entsprechend den Festsetzungen des Bebauungsplans zu bebauen oder ein vorhandenes Gebäude oder eine vorhandene sonstige bauliche Anlage den Festsetzungen des Bebauungsplans anzupassen. Das Baugebot kann angeordnet werden, um unbebaute oder geringfügig bebaute Grund-

nügend Unterschriften (20.000 Stück) sammeln. Teile des Senats planen, Wohnungsbaugesellschaften ab einer bestimmten Größe enteignen zu dürfen. Das ist rechtlich höchst umstritten. Denn Artikel 14 des Grundgesetzes regelt zwar die Möglichkeit zu Enteignungen. Juristen verweisen aber darauf, dass es sich hier jeweils um ein bestimmtes Stück Land oder Acker handelt. Beispiel: Ein Stück Acker wird benötigt, um im Sinne der Allgemeinheit eine Autobahn bauen zu können. Das kleine Stück, das fehlt, kann dann enteignet werden, weil der Besitzer hier der „Allgemeinheit verpflichtet ist“. Eigentum verpflichtet, heißt es nicht umsonst.

Der Artikel 14 im Wortlaut (Auszug): Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt. Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig.

Fachleute sind aber der Ansicht, dass eine Vergesellschaftung - und um die würde es sich in Berlin handeln, wenn



stücke entsprechend den baurechtlichen Vorschriften zu nutzen oder einer baulichen Nutzung zuzuführen, insbesondere zur Schließung von Baulücken.

Ist die Durchführung des Vorhabens aus wirtschaftlichen Gründen einem Eigentümer nicht zuzumuten, hat die Gemeinde von dem Baugebot abzusehen. Der Eigentümer kann von der Gemeinde die Übernahme des Grundstücks verlangen, wenn er glaubhaft macht, dass ihm die Durchführung des Vorhabens aus wirtschaftlichen Gründen nicht zuzumuten ist. Ist die Durchführung eines Baugebots nur möglich, wenn zuvor eine bauliche Anlage oder Teile davon beseitigt werden, ist der Eigentümer mit dem Baugebot auch zur Beseitigung verpflichtet. Kommt der Eigentümer der Verpflichtung auch nach Vollstreckungsmaßnahmen auf Grund landesrechtlicher Vorschriften nicht nach, kann das Enteignungsverfahren nach § 85 BauGB eingeleitet werden. In dem Enteignungsverfahren ist davon auszugehen, dass die Voraussetzungen des Baugebots vorliegen.

Damit wäre eine Enteignung rechtlich tatsächlich möglich.

### Unterschied zu Berlin

Tübingens OB hat ein Recht in seinem Brief angesprochen, das sich deutlich von der Diskussion in Berlin unterscheidet. Dort wurde ein Volksbegehren zur Enteignung großer Wohnungsbaugesellschaften gestartet. Es gilt als sicher, dass die Initiatoren ge-

faktisch ein ganzer Sektor (Wohnungsmarkt) in Besitz des Staates gelangen soll, mit Artikel 14 Grundgesetz nicht abgedeckt sei. Über die „Vergesellschaftung“ ist hingegen in Artikel 15 des Grundgesetzes die Rede. Wörtlich heißt es hier: Grund und Boden, Natur-schätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Artikel 15 wurde in Deutschland aber bis heute noch nie angewendet.

OB Palmer nutzt aber das Baugesetzbuch entsprechend den einzelnen Grundstücken. Grundlage ist hier der Artikel 14 des Grundgesetzes. Er will also nicht einen kompletten Sektor enteignen, sondern „nur“ rund 350 Grundstücke. Und das macht er in seinem Brief mehr als deutlich, auch wenn das Wort Enteignung kein einziges Mal fällt.

Im Visier hat der OB vor allem sogenannte Einzelgrundstücke. In Tübingen gibt es rund 550 unbebaute Grundstücke, die Privatpersonen gehören, die zumeist darauf setzen, dass sich später mal ihre Kinder oder Enkelkinder auf dem Grundstück ein Haus bauen wollen. Sie selbst haben aber keine Verwendung dafür, meist, weil sie ohnehin schon im Eigenheim leben oder im Alter nicht mehr selbst bauen wollen.

In dem Brief fordert der OB die Personen nun auf, das Grundstück innerhalb von vier Jahren zu bebauen und

## Vorschau

### Tagesseminar: Gewählt – was nun?

Die Stimmen sind ausgezählt, das Ergebnis wurde verkündet, die Zusammensetzung des neuen Gemeinderats steht fest. Du bist frisch gewählt, hast den Kopf voller Ideen und willst dich gleich mit Tatendrang in die Ratsarbeit stürzen. Aber wie genau anfangen, was wird gebraucht und wo ist noch gleich der Ratssaal?! „Gewählt – was nun?“ hilft dir weiter.

In diesem Seminar bringen wir euch die Grundlagen bei, die ihr in den ersten Sitzungen des Gemeinderats braucht. Ganz konkret widmen wir uns der Vorbereitung und dem Ablauf der sogenannten konstituierenden Sitzung: Die erste Sitzung des neugewählten Gemeinderates, in der wichtige Entscheidungen für die kommende Legislatur getroffen werden. Dazu gehören die Bildung einer Fraktion und die Besetzung von als auch die Arbeit in Aufsichtsräten, Ausschüssen und Beiräten.

Darüber hinaus lernt ihr eure grundlegenden Rechte und Pflichten im kommunalen Mandat kennen. Hierfür schauen wir gemeinsam in die Sächsische Gemeindeordnung und erarbeiten mit euch, was eine Hauptsatzung ist und was eine Geschäftsordnung ausmacht.

Nicht zuletzt geht es bei „Gewählt – was nun?“ um eure Vernetzung. Lernt euch kennen, bleibt in Kontakt, tauscht eure Erfahrungen aus und stützt euch aufeinander. Das KFS wird euch mit seinen über 25 Jahren an Wissen und Kompetenz immer zur Seite stehen.

Gehen wir es gemeinsam an!

Teilnahmebeitrag: 10 Euro, ermäßigt 5 Euro

Ermäßigung für KFS-Mitglieder und ALG-Empfänger, Auszubildende etc. Teilnahmebeitrag inklusive alkoholfreien Tagungsgetränken und Handbuch.

### Termine und Veranstaltungsorte

#### Sonnabend, 15. Juni 2019, 10:00 - 18:00

- Haus für Viele(s), Dresdner Straße 13, 01662 Meißen
- Villa Rosental, Humboldtstraße 1, 04105 Leipzig

#### Sonntag, 16. Juni 2019, 10:00 - 18:00

- Kreativcafé „All In“, Rosenhof 14, 09111 Chemnitz

#### Sonnabend, 29. Juni 2019, 10:00 - 18:00

- Jugendherberge „Altstadt“, Peterstraße 15, 02826 Görlitz
- Multifunktionsraum „Am Schulplatz“, Schulplatz 1, 08371 Glauchau

#### Sonntag, 30. Juni 2019, 10:00 - 18:00

- Volkshochschule, Macherstraße 144A, 01917 Kamenz
- Gewerkschaftshaus, Schützenplatz 14, 01067 Dresden

innerhalb von zwei Jahren dafür einen entsprechenden Bauantrag zu stellen. Alternativ bietet er an, dass die Stadt das Grundstück zum Verkehrswert kauft. Zudem hätten die Eigentümer ja die Möglichkeit, im Rahmen dieser zeitlichen Frist das Grundstück selbst zu verkaufen.

Palmer will es nicht bei dem Brief belassen. Er kündigte bereits die nächsten Schritte an. Folgen soll eine formelle Anhörung der Grundstücksbesitzer. Wenn sie auch dann noch nicht zum Bauen oder Verkaufen bereit sind, droht er mit Zwangsgeldern. Auch diese Möglichkeit ist im Baugesetzbuch fixiert.

Sein Ziel: Von den 350 Grundstücken, die er aktuell für bebaubar hält, will er bis zum Jahr 2030 mindestens 340 Grundstücke bebaut sehen.

### Kritik an Plänen zur Enteignung

Noch bevor der Brief an die Grundstückseigentümer versendet werden sollte, gab es Kritik am Vorhaben. Der Landrat von Tübingen etwa schlug vor, statt mit der Keule der Enteignung zu drohen, doch lieber die Möglichkeiten der Grundsteuer C zu nutzen. Hintergrund: Die Regierungskoalition im Bund hat sich im Koalitionsvertrag auf die Wiedereinführung der Grundsteuer C mit Hebesatzrecht für die Kommunen verständigt. Ein Gesetzentwurf befindet sich in den Beratungen.

Es soll für baureife Grundstücke gelten, die aus Spekulationsgründen nicht bebaut werden. Die Grundsteuer C soll diese Spekulationen eindämmen, indem sie die Kosten für unbebaute Grundstücke erhöht. Die Idee ist allerdings nicht neu. Im Jahr 1960 hatte der Bundestag die Einführung beschlossen, nur vier Jahre später schon wieder abgeschafft. Grund für die kurze Lebensdauer war die weitgehende Wirkungslosigkeit des Gesetzes: Das Grundstücksangebot hatte sich entgegen den Erwartungen nicht erhöht. Hinzu kamen viele Klagen von Betroffenen. Erhoben wurde die Steuer somit nur in den Jahren 1961 und 1962.

Im Reformpaket für die Grundsteuer will Finanzminister Scholz nun auch wieder die Grundsteuer C für unbebaute Grundstücke auf den Weg bringen. Im Geschäftsgang des Bundestags befinden sich derzeit verschiedene Anträge. So fordert die LINKE in ihrem Antrag „Sozial gerechte Grundsteuer-Reform für billigere Mieten und starke Kommunen“ vom 21.02.2019 auch eine Einführung der Grundsteuer C. Von der AfD gibt es einen Antrag auf die gänzliche Abschaffung der Grundsteuer.

Quelle: Onlinemagazin KOMMUNAL vom 11.04.2019  
<https://kommunal.de/enteignung-bauland>

# PARLAMENTARSREPORT



## Liebe Leserinnen und Leser,

*peinlich, peinlicher, Dulig – das muss man sagen, wenn man anschaut, was der SPD-Wirtschaftsminister derzeit veranstaltet. Zum 1. Mai wurde wieder daran erinnert, dass man von seiner Hände Arbeit leben können muss. Da hat das Niedriglohnland Sachsen großen Nachholbedarf: Das mittlere Brutto-Einkommen für einen Vollzeitjob (2.479 Euro) liegt nicht nur 860 Euro unter dem westdeutschen Wert, sondern sogar mehr als hundert Euro unter dem Mittelwert in Ostdeutschland. Das hat die Bundestagsabgeordnete der LINKEN Sabine Zimmermann mitgeteilt.*

*Nun hat Martin Dulig vor dem 1. Mai die niedrige Tarifbindung im Freistaat kritisiert. Mein Fraktionskollege Nico Brünler hat zu Recht daran erinnert, dass die SPD in Sachsen bereits neun Jahre den Wirtschafts- und Arbeitsminister stellt – von 2004 bis 2009 und wieder seit 2014. Zustände gebracht hat sie beim Schlüsselthema Lohn und Tarif – nichts. Eine Initiative in Richtung Mindestlohn 12 Euro gibt es ebensowenig wie Engagement für ein Verbot der Leiharbeit. Auf die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen im öffentlichen Dienst will man nicht verzichten. Am schlimmsten aber: Ein Vergabegesetz, mit dem der Freistaat als Auftraggeber ordentliche Löhne und Arbeitsbedingungen einfordern könnte, haben CDU und SPD nicht hingelegt. Einen solchen Entwurf der Linksfraktion, mit den Gewerkschaften erarbeitet, lehnten sie ab. Es ist nur noch peinlich, wenn Dulig nun eine Tarifreueklausel im Vergabegesetz fordert.*

*Da er weiter mit der CDU koalieren will, wird sich daran also auch in dieser Konstellation nie etwas ändern. Das zeigt: Die Konstellation gehört geändert!*

*Rico Gebhardt*

Rico Gebhardt  
Fraktionsvorsitzender

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag

## Misstrauensvotum gegen die Bevölkerung

CDU und SPD haben Sachsen ein schärferes Polizeirecht verpasst. Die Linksfraktion stimmte dagegen, und die Abgeordneten legten ihre Beweggründe in persönlichen Erklärungen dar. Zuvor protestierten sie im Plenum mit dem klaren Standpunkt: Freistaat statt Polizeistaat!

Der Beschluss steht am Ende einer monatelangen kontroversen Debatte, in der die Linksfraktion gemeinsam mit außerparlamentarischen Akteurinnen und Akteuren die Stimme für die Grundrechte erhoben hat. „Anstatt ein sicheres Leben in Freiheit anzustreben, opfert die Regierungskoalition Freiheiten und Grundrechte für die bloße Illusion eines Sicherheitsgewinns. Wohin übertriebenes Misstrauen des Staates gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern führt, haben wir in der DDR erlebt“, erklärte **Fraktionschef Rico Gebhardt** nach der Abstimmung.

Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) hatte im Vorfeld gefordert, es zu akzeptieren, dass es eine Mehrheit für das Polizeigesetz gebe. **Enrico Stange, Innenpolitischer Sprecher der LINKEN**, entgegnete: „Sie haben aber auch zu akzeptieren, dass, auch wenn wir nur eine Minderheit sind, unsere inhaltlichen Zweifel bleiben. Sie haben zu akzeptieren, dass nicht durch Mehrheit entschieden werden wird, ob dieses Gesetz mit dem Grundgesetz und der Sächsischen Verfassung vereinbar ist.“ Die Linksfraktion wird die erforderlichen Klärungen mit der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vornehmen. Nach der Ausfertigung des Gesetzes, das zum 1. Januar 2020 in Kraft treten soll, werden beide Fraktionen Normenkontrollklage vor dem Sächsischen Verfassungsgerichtshof in Leipzig erheben.

Denn das neue Polizeigesetz wird nicht gebraucht, um unser Leben sicherer zu machen. Die Zahl der Straftaten hat den niedrigsten Wert seit 25 Jahren erreicht, vor allem werden weniger Autos geklaut, Wohnungstüren geknackt. Es gibt weniger Mord und Totschlag, weniger Raubüberfälle auf Straßen und Wegen, weniger Grenz- und Gewaltkriminalität, betont Stange. „Das Gesetz ist auch unnötig im Kampf gegen Terrorismus und andere schwerste Kriminalität. Denn die Befugnisse des Strafprozessrechts stehen den Ermittlungsbehörden bereits zur Verfügung. Im Strafgesetzbuch wurden besondere Straftatbestände bis hin zu Vorbereitungshandlungen zu terroristischen Straftaten bereits bei Anfangsverdacht definiert. Gefahrenabwehr ist schon heute möglich und wird erfolgreich praktiziert.“ Es mangle nicht an Befugnissen, sondern daran, Befugnisse bestmöglich zu nutzen.

Den vermeintlichen Sicherheitsgewinn erkaufte die Landesregierung mit einem tiefen Eingriff in die Grundrechte. Befugnisse, die im Kampf gegen Terroristen und andere schwere Straftäter bereits erlaubt sind, werden gegen alle anwendbar – Meldeauflagen, Aufenthaltsverbote und -gebote, Kontaktverbote, elektronische Fußfessel, Telekommunikationsüberwachung, Videografie mit Gesichtserkennung. „Um ins Visier zu geraten, muss man gar keine Straftat begangen haben und oder eine solche planen. Es reicht eine bloße Vermutung der Polizei“, so Stange. Die Mutmaßung, dass eine Person in überschaubarer Zukunft eine wie auch immer geartete Straftat begehen werde, genügt künftig.

Damit werden Maßnahmen weit ins Vorfeld konkreter oder dringender

Gefahren verlegt, kritisiert auch der **Rechtsexperte der Linksfraktion, Klaus Bartl**. Die Staatsanwaltschaften könnten zuvor weder die Angemessenheit der polizeilichen Maßnahmen prüfen noch ein Strafverteidiger die Rechte des Überwachten wahren. Der Innenminister selbst hatte bei der Vorstellung der jüngsten Kriminalstatistik gesagt, die „gefühlte Kriminalität“ sei leicht gestiegen. Was das ist, kann niemand definieren – deshalb, so Bartl, dürfe der Staat Gefühle auch nicht zum Maßstab sicherheitspolitischen Handelns machen. Es müsse stets eine konkrete Gefahr vorliegen, damit Eingriffe gerechtfertigt sind.

Bartl, der bis 1989 als politischer Mitarbeiter und Abteilungsleiter für Staats- und Rechtsfragen der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt tätig war, richtete zum Ende seiner Rede einen ernsten Appell an die Koalitionsfraktionen. „Ich komme aus einer Vita, einer Biografie, in der ich Anteil an einer falschen Sicherheitspolitik hatte. Ich habe einen lang andauernden und quälenden Prozess durchlebt, in dem ich das alles aufzuarbeiten hatte. Ich habe nie gedacht, dass ich 28 Jahre später wieder in einem Parlament stehe, das klipp und klar beschließen will, dass die Sicherheitsinteressen, die Sicherheitspolitik, die Sicherheitsgefühle, die Sicherheitslage vor den Grundrechten stehen. Was Sie hier veranstalten, hätten Sie 1993, 1994 und 1997 unter dem Eindruck der Wende und der Versprechen vor der Wende nie machen können.“

**Die Reden von Enrico Stange und Klaus Bartl in voller Länge:**

[www.bit.ly/2DaRadn](http://www.bit.ly/2DaRadn)

[www.bit.ly/2Zh2MEX](http://www.bit.ly/2Zh2MEX)



# Kein Frieden mit Nachwende-Unrecht!

Das Wort „Ostdeutsche“ komme im DUDEN nicht vor, behauptete die CDU-Abgeordnete Hannelore Dietzschold. Gegen „einzelne Rechtsverstöße“ der Treuhand sei auf den Rechtsstaat Verlass. Und überhaupt sei alles in Butter in den „blühenden Landschaften“!

Die Linksfraktion hatte zum April-Plenum beantragt, ostdeutsche Arbeits- und Lebensleistungen anzuerkennen (Parlamentsreport April 2019, S. 3). Schon Dietzscholds Widerrede zeigt das mangelhafte Problembewusstsein der CDU. Dabei gibt es auch nach 30 Jahren für den gleichen Lohn im Osten weniger Rente als im Westen. Die Bundesregierungen haben dutzende Male die Renteneinheit angekündigt – nun meint Bundesarbeitsminister Heil (SPD), dass sie schon 2024 statt 2025 kommen solle. „Super! Dann muss ein 1990 mit 65 in Rente gegangener Ost-Rentner ja nur noch 99 statt 100 Jahre alt werden, um sie zu erleben!“, so **Susanne Schaper, Sprecherin der Linksfraktion für Sozialpolitik.**

Das sei exemplarisch für die Missachtung ostdeutscher Arbeits- und Lebensleistungen. Ostdeutsche seien bei der „Mütterrente“ benachteiligt. In der DDR geschiedene Frauen litten besonders unter Altersarmut, weil sie nicht durch abgeleitete Rentenansprüche ihrer Männer profitieren. In der DDR sollten sie unabhängig sein und erhielten andere begünstigende Regeln, die bei der Rentenüberleitung gestrichen wurden. Bis heute warten sie auf Ausgleich. Damit ist die Liste der Diskriminierungen längst nicht zu Ende. „Zahlreiche Berufsgruppen kämpfen immer noch dafür, dass ihre Rentenansprüche voll anerkannt werden“, so Schaper.

Es sei ja gut, dass die SPD den Osten entdeckte. Wenn ihre Vorsitzende Nah-

les fordere, Ungerechtigkeiten zu beseitigen, müsse man aber fragen: „Warum haben Sie hier gegen sämtliche unserer Initiativen gestimmt?“, so Schaper.

**Luise Neuhaus-Wartenberg, Koordinatorin der AG Ost der LINKEN Fraktionsvorsitzenden-Konferenz,** pflichtete bei. „Vieles ist getan worden. Dennoch taucht auf der Landkarte bei jedem Vergleich der Strukturdaten immer noch die DDR auf.“ Der Aufholprozess habe nicht zu gleichwertigen Lebensbedingungen geführt,



Bild von Hane Braxmeier auf Pixabay

auch weil der „Aufbau Ost“ oft nur ein Nachbau West gewesen sei. Eine unabhängige Kommission müsse aufarbeiten, was die Treuhand fabriziert hat – sie verscherbelte tausende Immobilien und Unternehmen. Der frühere Erste Bürgermeister Hamburgs, Henning Voscherau, sprach vom „größten Bereicherungsprogramm für Westdeutsche, das es je gegeben hat“. Darunter leide die ostdeutsche Wirtschaft bis heute.

Das alles habe nichts mit Jammern zu tun. Wer Lösungen und Ausgleich wolle,

müsse die Realität anerkennen. Dazu gehöre etwa, dass viele Datschen- und Garagenbesitzer im Osten ihr Eigentum verloren, oder dass Ostdeutsche bis heute kaum in Leitungsfunktionen vertreten sind. Von den 120 Abteilungsleitern in den 14 Bundesministerien kommen ganze drei aus Ostdeutschland.

Neuhaus-Wartenbergs Fazit: „1990 wurden die Auflösung eines Staates und der Beitritt zu einem anderen beschlossen. Nicht trotz, sondern wegen dieses Faktos sollten die Menschen im Osten

ihre Erfahrungen einbringen und vertreten wissen können.“ Alle Regionen seien zu fördern, es müsse massiv in soziale, technische und vor allem kulturelle Infrastruktur investiert werden.

Eine starke LINKE garantiere, dass ostdeutsche Interessen vertreten werden, so Susanne Schaper. „Es geht um konkrete Lösungen. Für die Linksfraktion gibt es keinen Frieden mit dem Nachwende-Unrecht.“ Die Ostdeutschen sind übrigens im DUDEN vertreten. Aber das reicht nicht!

## Bildungswege länger offen halten

„Ansturm auf Gymnasien in den Großstädten“, titelte kürzlich die Sächsische Zeitung. Hintergrund sind die Bildungsempfehlungen, die zur Mitte des vierten Schuljahres ausgesprochen werden. Von den 31.000 Schülerinnen und Schülern, die im August auf eine weiterführende Schule wechseln, sollen 48,5 Prozent aufs Gymnasium und 51,5 Prozent auf eine Oberschule gehen. Ein Trend ist dabei offensichtlich: In den Großstädten bekommen die Gymnasien Platzprobleme, abseits der Großstädte soll die Mehrzahl an der Oberschule lernen. „Diese regionalen Ungleichgewichte sind bedenklich“, findet der **Vorsitzende der Linksfraktion, Rico Gebhardt.** „Der ländliche Raum braucht nicht nur mehr Handwerkerinnen und Handwerker, sondern auch Akademikerinnen und Akademiker. Die Großstädte brauchen nicht nur Akademikerinnen und Akademiker, sondern auch Handwerkerinnen und Handwerker.“

Die Bildungschancen sind in Sachsen ungleich verteilt, und zwar sozial und regional. Der Anteil der Abgänger ohne Hauptschulabschluss ist im Bundesvergleich einer der höchsten. Es macht einen Unterschied, wo Kinder und Jugendliche hierzulande aufwachsen. Auf dem Land und in bestimmten Stadtteilen sind die Chancen auf einen hohen Schulabschluss eher gering. Die CDU hat jahrelang das Schulnetz auf dem Lande ausgedünnt, mit dem Ergebnis, dass unsinnigerweise auch die Länge des Schulweges die Entscheidung über den Bildungsweg beeinflusst. Die unbeschränkte Mobilität zwischen Gymnasium und Oberschule, die Kultusminister Christian Piwarz (CDU) vorgaukelt, ist schon deshalb eine Schimäre. Dass die frühere Mittelschule vielen Eltern als „Resteschule“ gilt, ist eine zwangsläufige Folge des gegliederten Schulwesens.

Das Grundproblem besteht darin, dass viel zu früh der spätere Lebensweg junger Menschen vorgezeichnet wird, in einem Alter, in dem die Kinder noch gar nicht einschätzen können, ob sie eher in Richtung eines Studiums oder einer Ausbildung gehen wollen und können. Deshalb kommt es darauf an, Bildungswege möglichst lange offen zu halten. Eltern, Lehrkräfte und Kinder sollten mehr Zeit für diese wichtige Entscheidung haben. Deshalb sollte die Gemeinschaftsschule, an der länger gemeinsam gelernt wird, als zusätzliche Schulart auch in Sachsen möglich sein. Die Linksfraktion unterstützt deshalb den Volksantrag, der das erreichen will.

## Echte Sicherheit – ein Leben lang

314 Euro mehr – also 1.686 statt „nur“ 1.372 Euro im Monat: So stark stieg zum 1. Februar der Eigenanteil einer Pflegebedürftigen, die in einem privaten Heim lebt und deren Angehöriger sich hilflos suchend an die **LINKE Sozialpolitikerin Susanne Schaper** gewandt hat. Es gibt derzeit viele Zuschriften dieser Art, hinter jeder steht ein Schicksal. Denn oft reicht das Geld nicht für den Pflegeplatz, selbst wenn die komplette Rente und die Zuzahlungen aus der Pflegeversicherung investiert werden. Immer mehr Menschen müssen zum Sozialamt, obwohl sie meist lange und hart gearbeitet haben.

„Dieses Phänomen gibt es nicht nur in privaten Einrichtungen, die Rente machen wollen, sondern auch bei kommunalen Trägern, freien Trägern und Wohlfahrtsverbänden. Niemand kommt angesichts steigender Kosten daran vorbei, Eigenanteile zu erhöhen“, ärgert sich Schaper. „Allerdings bleiben die Pflegebedürftigen damit allein – ein Skandal!“ Die Pflegeversicherung funk-

tioniere nicht, sie habe Geburtsfehler. So kann sich ein Teil der Bürgerinnen und Bürger dem Sozialversicherungssystem entziehen, außerdem werden nicht alle Einkommensarten verbearbeitet. Die Beitragsbemessungsgrenze führt dazu, dass Menschen mit einem monatlichen Bruttoeinkommen von bis zu 4.537 Euro genauso viel einzahlen wie jemand, der zehnmal so viel erhält. Die Leistungen decken zudem nur einen Teil des Pflegerisikos ab, und sie steigen nicht. Das tun dafür die Eigenanteile. Eine Petition der Arbeiterwohlfahrt, sie zu begrenzen, erhielt schnell zehntausende Unterschriften.



„Die Pflege-Vollversicherung ist die Lösung“, betonte Schaper in der Debatte zum entsprechenden Antrag der Linksfraktion (Drucksache 6/16466). Alle sollten ihren Beitrag gemessen an der vollen Höhe aller ihrer Einkommen einzahlen. Im Falle der Pflegebedürftigkeit müssten sie dann für alle Kosten, die im Zusammenhang mit der Pflege stehen, nichts draufzahlen. Und es käme mehr Geld ins System, um die Pflegekräfte anständig zu bezahlen. „Für geringe Beitragssatz-Steigerungen bekämen alle Planungssicherheit in Sachen Pflege fürs ganze Leben“, so Schaper.

Eine solidarische Pflegevollversicherung ist finanzierbar, aber mit dieser Regierung nicht zu machen. Die CDU setzt darauf, dass Angehörige selbst pflegen, obwohl es sich dabei meist um Frauen handelt, denen dann selbst Armut im Alter oder im Pflegefall droht. Auch die steigenden Eigenanteile zeigen es: Sachsen braucht eine andere politische Mehrheit!

# Mehr Demokratie, gleiche Rechte, gute Arbeit, friedliche Forschung!

Das Hochschul„freiheits“gesetz war ein schwarz-gelbes Kernprojekt in der vergangenen Wahlperiode. Schon der Name war falsch – denn es hat den Hochschulen nicht mehr Autonomie verschafft, sondern staatliche Zuweisungen noch stärker davon abhängig gemacht, dass sich die Hochschulen den Zielvorgaben der Landesregierung unterwerfen. Außerdem wurde die studentische Selbstverwaltung geschwächt, indem eine Austrittsoption geschaffen wurde – nur zwei von vielen Problemen. Die Linksfraktion stellt dem einen eigenen Gesetzesentwurf (Drucksache 6/9585) entgegen. „Unser Gesetz ermöglicht es den Hochschulen, sich wirklich selbst zu verwalten und sich eigenständig zu entwickeln. Wir schaffen die Autonomie, die das Hochschul„freiheits“gesetz nur suggeriert, und stärken die Idee der Gruppenuniversität“, so **René Jalaß, Sprecher für Wissenschafts- und Hochschulpolitik**.

Das Mantra der unternehmerischen Hochschule wollen wir zugunsten demokratischer, offener, freier und vielfältiger Hochschulen überwinden. Sachsens Hochschulen brauchen eine auskömmliche Grundfinanzierung, damit die Abhängigkeit von Drittmitteln gesenkt und bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten geschaffen werden können. „Gespräche mit den Rektoraten, mit wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Studierendenvertretungen haben uns ermutigt“, so Jalaß.

Mit dem wegweisenden Vorstoß, ein Departement-Modell zu etablieren, soll die Abhängigkeit zwischen wissenschaftlichem Personal und Lehrstühlen

haberinnen und -inhabern aufgehoben werden. Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler sollen kollegial mit den Professorinnen und Professoren zusammenarbeiten können und mit gleichen Rechten ausgestattet werden. Diese Umwandlung der alten Ordinariatenuniversität in ein Departement-Modell lehnen CDU und SPD strikt ab, wie die Abstimmung über das Gesetz gezeigt hat. Dabei ist das Modell längst internationaler Standard. Es ermöglicht den Hochschulen auch, unbefristete Arbeitsverhältnisse zum Regelfall zu machen. „Wie nötig das ist, zeigen Kampagnen der Mittelbauinitiativen und der Gewerkschaften – siehe Hashtags wie #FrististFrustr, #unbezahlt oder #AusstiegHochschule“, mahnt Jalaß.

Doch nicht nur die Beschäftigten im akademischen Mittelbau stehen im Fokus, sondern auch die Studierenden. Sie sollen endlich gleichberechtigt mitbestimmen können. Dazu sind neue

Regelungen zum aktiven und passiven Wahlrecht vorgesehen, die Einführung einer studentischen Prorektorin, die Erweiterung des hochschulpolitischen Mandates der verfassten Studierendenschaft sowie die Abschaffung der Austrittsoption. Zudem sollen sich alle Hochschulen eine Zivilklausel geben können. Forschung muss friedlichen Zwecken dienen!

„Die angebliche Balance des Hochschulsystems fußt auf Ausbeutung, fehlender Mitbestimmung und Ignoranz gegenüber Problemen jener Mitgliedergruppen, die keine Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sind. Wir wollen die Rahmenbedingungen für solidarische und fortschrittliche Hochschulen schaffen“, so Jalaß. Die Koalition lehnte ab – ein neues Hochschulgesetz bleibt also auf der Aufgabenliste für die kommende Wahlperiode. Bleibt zu hoffen, dass wir dann endlich eine echte Verbesserung erreichen.



Bild von ElasticComputerFarm auf Pixabay

## „Rechtsextreme Netzwerke zerschlagen“

„Es gibt Momente, da springe ich gern über meinen Schatten und sage: Ja, der Ministerpräsident hat recht“, bekannte **Kerstin Köditz, Sprecherin der Linksfraktion für Antifaschistische Politik**, unlängst bei einer von der LINKEN beantragten Debatte im Landtag. Vier Wochen zuvor hatte der Regierungschef gefordert: „Wir müssen diese rechtsextremen Netzwerke zerschlagen.“

Hintergrund war die Huldigung für einen verstorbenen Neonazi und Hooligan im Stadion des Chemnitzer FC. „Der Ministerpräsident hat recht: Hier tritt etwas zum Vorschein, das wir auf keinen Fall hinnehmen dürfen“, so Köditz. Es wäre allerdings besser und möglich gewesen, damit schon vor drei Jahrzehnten zu beginnen. Die CDU-geführten Regierungen warteten aber, bis sich das Problem nicht mehr leugnen ließ.

Welche Netzwerke der Ministerpräsident wohl meine, fragte Köditz: „Die offenbar tonangebenden Akteure in der

Chemnitzer Fanszene? Die rechtsoffene, gewalterfahrene, bestens vernetzte Hooliganszene im Umfeld mehrerer sächsischer Vereine? Die Allianz aus Neonazis, Hooligans und Kampfsportlern, die Anfang 2016 in Leipzig gewütet hat? Die Anhänger des verbotenen ‚Blood & Honour‘-Netzwerks oder von ‚Combat 18‘? Das Firmennetzwerk, das Nazi-Devotionalien produziert und vertreibt? Die ‚völkischen Siedler‘? Tarninitiativen und sogenannte Heimatvereine der extremen Rechten?“ Noch gespannter sei sie auf die Antwort, wie der Ministerpräsident seine Ankündigung umsetzen wolle. Doch die blieb in der Debatte aus.

Also machte die Linksfraktion selbst Vorschläge. Nötig sei ein Gesamtkonzept mit präventiven und repressiven Ansätzen. Kommunen müssten unterstützt werden, wenn sie sich gegen Nazi-Demonstrationen, Nazi-Konzerte oder Immobilienkäufe durch Nazis wehren. Rechtsmotivierte Straftaten müssten in Kooperation mit der Opfer-

beratung erfasst werden. Lehr- und Forschungsangebote zu den Ideologien der Ungleichwertigkeit müssten ausgebaut und eine Forschungsstelle Rechtsterrorismus eingerichtet werden. Die extreme Rechte sei zu entwapfen, einschließlich der Reichsbürger.

Köditz' Fraktionskollege **Lutz Richter, Sprecher für Demokratiepolitik**, erhob eine weitere Forderung. Zivilgesellschaftliche Projekte und Förderprogramme wie das Netzwerk „Tolerantes Sachsen“ müssten dauerhaft institutionell gefördert werden. „Diese Initiativen, die sich für die Demokratie starkmachen, die wirklich versuchen, die Demokratie und Zivilgesellschaft zu stärken, sollen nicht jedes Jahr um ihre Existenz bangen müssen. Sie sollten kontinuierlich daran arbeiten können, Dinge zu entwickeln und diese Gesellschaft und diese Gegend lebenswerter zu machen.“

Kretschmers Ankündigung müssen also Taten folgen!

### Wahlrecht trotz Betreuung

Manchmal geht es ganz fix. Zum Aprilplenar hatte die Linksfraktion ihren Entwurf eines „Gesetzes zur Behebung verfassungswidriger Wahlrechtsausschlüsse in Sachsen“ vorgestellt. Hintergrund ist eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom Januar 2019. Demnach dürfen Personen, die in allen ihren Angelegenheiten einen Berufsbetreuer zur Seite gestellt bekommen haben, nicht mehr von den Wahlen zum Deutschen Bundestag ausgeschlossen werden. Das ist ein überfälliges und sehr erfreuliches Urteil!

Allerdings geht es, zumal in einem Superwahljahr wie 2019, nicht nur um Bundestagswahlen. „Sowohl das Grundgesetz als auch die sächsische Landesverfassung gewähren jedem volljährigen deutschen Staatsbürger bzw. EU-Bürger bei Bundes-, Landtags-, Kommunal- und Europawahlen das Recht zu wählen“, so **Klaus Bartl, rechtspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE**.

Artikel 29 der UN-Behindertenrechtskonvention, die seit 2009 rechtsverbindlich für die Bundesrepublik gilt, garantiert Menschen mit Beeinträchtigungen die gleichberechtigte Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben. Mithin müssten die Wahlrechtsausschlüsse auch bei Kommunal- und Europawahlen sowie bei Landtagswahlen endlich abgeschafft werden, fordert Bartl. Bisher schließen das Sächsische Landeswahlgesetz, die Gemeindeordnung und die Landkreisordnung exakt jenen Personenkreis aus, dem das Wahlrecht nach den Feststellungen des Bundesverfassungsgerichts nicht mehr vorenthalten werden darf.

Nachdem das Bundesverfassungsgericht im April auch für die Europawahl festgestellt hatte, dass es Wahlrechtsausschlüsse für in allen Angelegenheiten Betreute nicht mehr geben dürfe, erneuerte die Linksfraktion ihre Forderung. Und siehe da: Noch am gleichen Tag gab die Staatsregierung bekannt, dass das Kabinett beim Verfassungsgerichtshof des Freistaates Sachsen einen Antrag auf einstweilige Anordnung eingereicht habe. Dieser habe zum Ziel, „dass die gesetzlich geregelten Wahlrechtsausschlüsse durch kurzfristigen Gerichtsentscheid nicht zur Anwendung kommen.“

Das muss nun schnellstmöglich auch noch für die Kommunal- und Landtagswahlen geregelt werden!



## Plenarspiegel April 2019

Die 90. und die 91. Sitzung des 6. Sächsischen Landtages fanden am 10. und 11. April 2019 statt. Die Fraktion DIE LINKE war mit folgenden Initiativen vertreten:

### Aktuelle Debatte

„Ministerpräsident Kretschmer beim Wort nehmen: Rechts extreme Netzwerke zerschlagen – jetzt!“

### Gesetzentwürfe

„Gesetz zur Einführung der Selbstverwaltung der Hochschulen im Freistaat Sachsen“ (Drs 6/9585)

„Gesetz zur Neuordnung der Schutzgebietsverwaltung im Freistaat Sachsen“ (mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drs 6/9993) mit Änderungsantrag (Drs 6/17377)

„Gesetz zur Behebung verfassungswidriger Wahlrechtsausschlüsse in Sachsen“ (Drs 6/17125)

### Große Anfrage

„Geschlechtsspezifische Auswirkungen der Digitalisierung der Arbeitswelt“ (Drs 6/13483), dazu Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE (Drs 6/17398)

### Anträge

„Pflegeversicherung in eine solidarische Pflegevollversicherung umgestalten!“ (Drs 6/16466)  
„Ostdeutsche Arbeits- und Lebensleistung anerkennen – Fehler und Versäumnisse der Nachwendzeit und Treuhand-Unrecht kritisch aufarbeiten!“ (Drs 6/17169)

### Sammeldrucksache 6/17270 mit den LINKEN Anträgen

„Dyskalkulie schulrechtlich anerkennen und einen rechtsverbindlichen Nachteilsausgleich schaffen“ (Drs 6/12888)

„Abschaffung von Industrierabatten bei der EEG-Umlage“ (Drs 6/16434)

„Konsequenzen für die Beteiligungspolitik des Freistaates Sachsen aus dem Teilnehmungsbericht 2017“ (mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drs 6/15577)

# Kleiner Piks, großer Schutz

„Infektionskrankheiten sind keine Bagatellen – Impflücken schließen“. Diesen Titel hatten CDU und SPD für eine Debatte gewählt und ein richtiges Ziel formuliert. Über die Wege dahin wird gestritten. Allerdings bekommt eine Forderung Aufwind, die 86 Prozent der Ost- und 75 Prozent der Westdeutschen teilen: eine Impfpflicht gegen Masern für Krippen-, Kindergarten- und Schulkinder. „Während weltweit Hilfsorganisationen unterwegs sind, um Kinder zu impfen, während weiter Masern-, Mumps- und Rötelparties gefeiert werden, leisten wir uns lange Debatten. Ich frage mich, was es noch zu besprechen gibt“, meinte **Susanne Schaper, gesundheitspolitische Sprecherin der Linksfraction**. „Statistisch gesehen stirbt weltweit fast alle fünf Minuten ein Mensch an Masern – meist Kinder unter fünf Jahren.“ Selbst Bundesgesundheitsminister Spahn habe die Notwendigkeit einer Impfpflicht gegen Masern erkannt.

Überzeugung sei besser als Zwang, so Schaper, aber Überzeugung reiche offensichtlich nicht. Um ein ausreichendes Schutzniveau zu erreichen, müssten 95 Prozent der Gesellschaft geimpft sein. Denn manche Menschen, dürfen wegen ihres Alters oder eines geschwächten Immunsystems nicht geimpft werden. „Der Schutz aller muss das Ziel sein, das zur Not per Impfpflicht durchgesetzt werden muss.“ Dass heute 20-mal weniger Menschen an Masern erkranken als vor 50 Jahren, liege allein an der seit Anfang der 1970er Jahre verfügbaren Impfung.

Dennoch gab es in den letzten 20 Jahren in Deutschland mindestens 10.000 Maserninfektionen – auch weil nicht alle Eltern ihre Kinder impfen lassen, obwohl diese impffähig wären. Das kann schwere Folgen haben, denn selbst eine überstandene Masernerkrankung kann Jahre später zu einer sklerosierenden Panenzephalitis, kurz SSPE, führen. Der SPIEGEL schilderte den Fall eines Mädchens, das im

Alter von sechs Monaten noch nicht geimpft werden konnte und an Masern erkrankte. Heute ist es 13 Jahre alt und wegen einer SSPE-Erkrankung schwerstbehindert. Es könnte gesund sein, wenn die Kinder in seinem Umfeld geimpft gewesen wären. In Sachsen wurden von 2006 bis 2015 drei Sterbefälle mit SSPE als Ursache registriert.



„Wir kommen um eine Impfpflicht nicht herum“, ist Schaper sicher. „Sie setzt voraus, dass die Patientinnen und Patienten bzw. die Eltern ausreichend aufgeklärt werden, auch über Nebenwirkungen. Dafür müssen die Kinderärzte genug Zeit haben und eine Impfberatung vergütet bekommen. Und die Impfstoffe müssen verfügbar sein. Nicht umsonst hatten wir bei den Haushaltsberatungen gefordert, den Öffentlichen Gesundheitsdienst zu stärken.“ Masern seien nicht die einzige schwere Infektionskrankheit – es gebe auch Hepatitis, Keuchhusten und Diphtherie, wo die Impfquote gerade bei Schulanfängern nur bei etwas über 40 Prozent liegt.

Impfungen bringen keine hundertprozentige Sicherheit vor Erkrankungen. Aber Menschen ohne ausreichenden

Impfschutz sind zweifellos stärker gefährdet als andere. „Auch als Mutter und Krankenschwester rufe ich dazu auf, dass wir alle uns unserer Verantwortung bewusst werden und auf ausreichenden Impfschutz achten“, so Schaper. „Wir sollten uns nicht von der kleinen Gruppe der Impfgegner einschüchtern lassen, die für Argumente

nicht zugänglich sind. Davon zu unterscheiden sind Impfskeptiker. Viele lassen sich noch davon überzeugen, dass Obst und frische Luft nicht vor schweren Krankheiten schützen.“

Es gab in Deutschland schon über hundert Jahre eine Impfpflicht, in deren Folge die Pocken ausgerottet wurden. Durch Impfen verschwand auch die Kinderlähmung. Bundesgesundheitsminister Spahn will einen Entwurf für eine bundesweit obligatorische Masernimpfung für Kinder vorlegen. Der Landtag im rot-rot regierten Brandenburg hat die Landesregierung beauftragt, eine Impfung zur Zugangsvoraussetzung für Kitas und Tagespflege zu machen. Auch Sachsens Regierung muss handeln. Die Liste ausgestorbener Krankheiten muss länger werden!

## Der Osten nach 30 Jahren Einheit

„Sachsen und der Osten 30 Jahre nach der deutschen Einheit – Situation, Folgen, Herausforderungen und Auswege“ – dazu lud die Linksfraction zur öffentlichen Konferenz am 15. April 2019 nach Chemnitz. Zahlreiche Gäste diskutierten mit dem Vorsitzenden der Bun-

destagsfraction, Dr. Dietmar Bartsch, dem ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden des Kombinars Trikotagenwerk Karl-Marx-Stadt Mike Lätzsch sowie den sächsischen LINKE-Abgeordneten Susanne Schaper, Klaus Bartl und Rico Gebhardt.



## Impressum

Fraktion DIE LINKE  
im Sächsischen Landtag  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800  
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de  
www.linksfraktion-sachsen.de

V.i.S.d.P.: Marcel Braumann  
Redaktion: Kevin Reißig

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag